

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 14. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3 Bände pro Nummerzahl:
Bietzeit 3, 30 Bände, monatlich 1,10 Mk.,
einzelne Nummer 5 Bände, Sonntag-
blätter mit illustriertem Sonntag-
beilage. Die Neue Welt 10 Bände.
Abonnement 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Bestimmungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
zeile oder deren Raum 60 Bg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg.,
„Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
Wort 20 Bg. (zulässig 2 festgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Bg.,
Zeilengeld und Schlüsselstellenan-
zeigen das erste Wort 10 Bg., jedes
weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zum dreißigsten Todestage von Karl Marx.

1883 — 14. März — 1913.

Von Karl Kautsky.

In dem Bericht, den Engels im Züricher „Sozialdemokrat“ über das Begräbnis des Freundes erstattet, der mit ihm der Begründer unserer Weltanschauung geworden, nennt er nur zehn Namen von Leidtragenden, die dem Sarge folgten. Und viel mehr waren es nicht, die Marx zur letzten Ruhe geleiteten.

Wie seltsam stehen davon ab die gewaltigen Massen, die in unserem Jahrhundert auf die Straßen strömen, so oft einer unserer bekannten Vorkämpfer bestattet wird, die Hunderttausende, die ein Leichengefolge bildeten, wie es sonst nur einem Fürsten zuteil wird, für Liebknecht, Auer, Singer in Berlin, dann für Lafargue in Paris und jüngst erst für Schuchmeister in Wien.

Dieser auffallende Gegensatz entspringt nicht einer einzigen, sondern mehreren Ursachen, aber im ganzen und großen darf man doch sagen, daß er den kolossalen Aufschwung spiegelt, den der proletarische Klassenkampf und in ihm das marxistische Denken in den letzten drei Jahrzehnten genommen.

Bei Marx' Tode stand bloß in Deutschland die politische Bewegung auf marxistischem Boden, und auch sie mehr instinktiv als bewußt. Und gerade als Marx starb, war sie vom Sozialistengesetz niedergedrückt und in ihrer Existenz bedroht.

Heute finden wir proletarischen Klassenkampf in ganz Europa, und nicht bloß in Europa, sondern in allen fünf Weltteilen, und überall ist es die marxistische Auffassung, die ihn beherrscht, soweit überhaupt eine wissenschaftliche Lehre seine Organisationen leitet.

Aber auch die Zahl der Marxisten in engerem Sinne, das heißt derjenigen, die auf den Grundlagen, die Marx gelegt, wissenschaftlich arbeiten, ist rapid gewachsen — trotz der unablässigen „Bermittlungen“ des Marxismus, die sich in reichen Fälle einstellen, nachdem das Totschweigen nichts geholfen hatte.

Nach 1884 zum erstenmal für Marx polemisch in die Schranken trat in einer an Robertus geübten Kritik, war ich voreilig genug, von Historikern der Marx'schen Schule zu schreiben. Mein Gegner C. A. Schramm, damals der bedeutendste Theoretiker innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, höflich mich darob, er habe von einem Historiker der Marx'schen Schule noch nie etwas gehört. Und auch Engels schrieb mir damals: „Von der Marx'schen historischen Schule zu sprechen, war allerdings stark antizipiert“.

Unter den Historikern der Marx'schen Schule hatte ich Lafargue und mich selbst verstanden. Aber freilich, für eine „Schule“ war das nicht viel, umsonstiger, als auch wir beide wohl damals sehr energisch historische Studien nach marxistischer Methode trieben, aber noch mit keiner erheblichen Leistung aufgetreten waren.

Heute wird niemand mehr an dem Bestand einer Marx'schen Schule und der Existenz marxistischer Historiker zweifeln wollen. Heute sind wir vielmehr schon so weit, innerhalb der marxistischen Schule verschiedene Richtungen unterscheiden zu können. Es gibt wissenschaftlich arbeitende Marxisten in den meisten Nationen der kapitalistischen Produktionsweise, und wir können bereits die Beobachtung machen, daß ganz entsprechend der materialistischen Geschichtsauffassung, jeder Staat mit ausgeprägter Eigenart auch einen eigenartigen Marxismus produziert.

Wir dürfen in diesem Sinne von einem österreichischen Marxismus reden, einem holländischen, einem französischen, einem amerikanischen, einem russischen. Ja, der letztere hat bereits zwei besondere Formen angenommen, eine professorale, die sich freilich meist nur als Durchgangsstadium erweist, und eine echtmarxistisch-proletarische.

Wohl am wenigsten Eigenart hat der deutsche Marxismus entwickelt, obwohl oder viellecht gerade deshalb, weil er, der Stärke unserer Partei entsprechend, die stärkste der marxistischen Schulen der verschiedenen Länder darstellt. Er bildet daher eine starke Anziehungskraft für die Marxisten anderer Länder, Holländer, Polen, Österreicher, die in seinem Rahmen wirken und größere Mannigfaltigkeit, aber auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten mit sich bringen.

Noch mehr jedoch als durch seinen internationalen Charakter wurden die Meinungsverschiedenheiten des Marxismus durch das Wachstum der Partei und ihrer Aufgaben herbeigerufen, und insofern kann man sich mit der Tatsache versöhnen, daß die Fehden innerhalb des Marxismus zeitweise ziemlich Dimensionen annehmen.

Eine dritte Quelle von Meinungsverschiedenheiten erstreckt aber schon aus dem bloßen Alter der Partei. Sie hat heute eine ansehnliche Geschichte hinter sich und sie beginnt, sich mit der Erforschung dieser Geschichte zu beschäftigen, also auch mit der Erforschung der inneren Differenzen der Vergangenheit. Diese erwachen damit zu neuem Leben, werden zu neuen

Differenzen der Gegenwart, die mitunter recht hartnäckig ausgefochten werden, da sie trotz ihrer Herkunft aus weit zurückliegenden Jahrzehnten doch noch nicht völlig überwunden sind. Sie betreffen Probleme, die sich seit den Anfängen der Arbeiterbewegung immer wieder erneuern. Der Fortschritt ärgert sich nicht in ihrer Ueberwindung, sondern in ihrer Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter. So sehr die Einzelheiten und die äußeren Bedingungen der Probleme wechseln mögen, in ihren Grundzügen bleiben sie sich gleich. Namentlich ist es der Gegensatz zwischen Augenblickspolitik und weitschauender, grundsätzlicher Politik, der immer wieder in neuen Formen die Geister bewegt und erregt. So können wir die Vergangenheit der inneren Kämpfe nicht erforschen, ohne an die inneren Kämpfe gemahnt zu werden, die wir selbst auszufechten haben, und ohne nochmals unseren heutigen Anschauungen entsprechend Partei zu nehmen. So hat z. B. v. Schweitzer zu den heftigen Kämpfen innerhalb der Partei, die er bei Lebzeiten entzündet, jetzt, vier Jahrzehnte nach seinem Tode, einen neuen Kampf hinzugefügt.

Aber wie groß auch die Differenzen innerhalb des Marxismus sein mögen, darin sind wir Marxisten wohl alle einig, daß die Gedenkfeste nicht die schädliche Gelegenheit ist, unsere Meinungsverschiedenheiten fühlbar zu machen, daß wir hier nur das zum Ausdruck bringen wollen, was uns alle einigt, den hohen Respekt vor unserem Meister. Nicht etwa in dem Sinne blinden Autoritätsglaubens der „Pfaffen“, daß wir auf jedes seiner Worte schwören, jedes seiner Urteile als ein endgültiges und unabänderliches hinnehmen. Wohl aber in dem Sinne der Erfahrung, daß, je mehr wir uns in die Marx'schen Werke vertiefen, um so mehr neue Einblicke uns in das Wesen und Werden unserer Gesellschaft erschlossen werden; und andererseits, daß je tiefer wir in das Wesen und Werden unserer Gesellschaft eindringen, wir um so entschiedener alles bestätigt finden, was Marx darüber erforscht und kundgetan. So wächst mit jedem Fortschritt unserer Erkenntnis der Respekt vor dem gewaltigen Geiste, und nicht bloß vor seinem Scharfsinn, seinem genialen Blick, sondern auch vor seinem übermenschlichen Fleiß, dessen Uebermaß vorzeitig des Denkers bedeutende körperliche Kraft brach, vor seiner Gewissenhaftigkeit und seiner strengen Selbstkritik. Wir finden seinen Satz bei Marx, der nicht auf eindringendem Studium und umfassendster Prüfung beruhte. Das hat ihn natürlich vor Irrtümern nicht bewahrt, denn absolute Wahrheit ist keinem Sterblichen gegeben. Aber das macht jede seiner Äußerungen, jedes seiner Urteile beachtenswert, verbietet es jedem ersten Forscher, irgendeine der Marx'schen Anschauungen ohne sorgfältige Prüfung der Gründe, auf denen sie beruht, abzulehnen. Und diese Prüfung wird in jedem Falle, wenn sie ausreichend sein soll, so viele Tatsachen und Erkenntnisse bloßlegen müssen, daß sie reichen Gewinn in jedem Fall bietet, welches immer ihr Ergebnis sein mag. In diesem Sinne lernen wir nicht nur aus den Errungenschaften, sondern auch aus den Irrtümern von Karl Marx.

Es ist aber nichts Bedeutendes, was bisher als Irrtum bei Marx nachgewiesen worden. Wohl hat er in Kleinigkeiten nicht selten geirrt, in der Beurteilung einzelner Personen und Vorkommnisse, aber es ist noch niemandem gelungen, ihm in seinen großen, grundlegenden Schlussfolgerungen und Anschauungen einen Fehler oder Widerspruch nachzuweisen. So oft dies versucht worden ist in den dreißig Jahren seit seinem Tode, versucht auch von einigen der Schüler selbst, „gemäßigten“, wie „radikalen“, bisher hat noch jedes derartige Beginnen, Marx zu verbessern, mit einem Mißerfolg geendet und sich in ein „großes Mißverständnis“ aufgelöst.

In der Geschichte der modernen Wissenschaft, die eine stete Revolutionierung des Stoffes, der Methoden, der Resultate darstellt, steht die nun schon ein halbes Jahrhundert dauernde Unerklärlichkeit sämtlicher Grundzüge der wissenschaftlichen Leistung von Karl Marx ganz einzig da.

Es gehörte eine gewaltige, das Durchschnittsmaß riesengroß überragende geistige Kraft dazu, dieses Resultat zustande zu bringen. Aber sie hätte allein wohl dazu nicht ausgereicht. Marx wäre nicht imstande gewesen, zu leisten, was er geleistet, wenn er nicht einen Freund fand, der ein Geistesbrüder, so gewichtig wie Marx selbst, vier Jahrzehnte lang seine Kräfte den seinen hinzugesellte. Wie die wissenschaftliche Leistung von Marx, so steht der wissenschaftliche und politische Freundschaftsbund von Marx und Engels geradezu einzig da in seiner Dauer, seiner Innigkeit und Harmonie, dem völligen Meinanderaufgehen der beiden Individualitäten. In der Tat, genau genommen dürfte man nicht von der Marx'schen Leistung sprechen, müßte man stets von der Marx-Engels'schen Leistung reden. Es ist ganz unmöglich, heute festzustellen, was der eine oder der andere dazu beigetragen, zu sei sind in dem Gewebe, das sie gemeinsam webten, die Fäden von ihnen und

drüben ineinander verflochten. Wir dürfen nie der Leistung Marxens gedenken, ohne Engels als ebenbürtigen Urheber des gemeinsamen Wertes zu nennen.

Wenn Engels selbst dabei das Gefühl hatte, daß er die zweite Violine spiele, wie er sich einmal ausdrückte, so rührte das kaum daher, daß er an geistiger Begabung und Kraft Marx nachstand, wenn sie auch anders geartet war als die Marx'sche, sondern eher daher, daß sich sein Temperament von dem Marx'schen unterschied. Sein sanguinischer Enthusiasmus riß ihn leicht fort, wenn die Freude über eine neue Entdeckung, einen neuen Einblick in ihm auflöste. Marx ließ sich von solcher Freude nie hinreißen, traute seiner eigenen Entdeckung nicht, ehe er sie nicht nach allen Seiten, Verzweigungen und Konsequenzen hin geprüft hatte.

An der Größe und Gewaltigkeit des Baues, den beide gemeinsam aufgeführt, dürfte jeder von ihnen in gleichem Maße, wenn auch nicht in gleicher Weise, beteiligt sein. Seine Festigkeit, die der Zeit zu trotzen scheint, war vor allem Marx zu danken.

Kein einzelner allein hätte vollbringen können, was beiden vereint, dank ununterbrochener gegenseitiger Anregung gelang. Aber auch vereint hätten sie geringeres geleistet, wären sie nicht auf dem proletarischen Standpunkt gestanden. Wer auf dem bürgerlichen Standpunkte steht, vermag sich über die bürgerliche Welt nicht zu erheben, sie nicht von einer höheren Warte zu betrachten. Wer vom proletarischen Standpunkte an die kapitalistische Welt herantritt, dessen Interesse ist auch wachgerufen für die Unterscheidung ihrer vorübergehenden und ihrer dauernden Elemente sowie für die Erkenntnis der Keime, die sie in ihrem Schoße trägt. Es bedarf dann nur scharfer Augen, um sie besser als die bürgerlichen Forscher zu erkennen, deren Interesse dem Bestehenden, nicht dem Kommenden gilt. Auch darin liegt zum großen Teil die bisherige Unzerstörbarkeit des Marxismus begründet. Wohl besteht er schon seit vielen Jahrzehnten, wohl ist seitdem eine gewaltige ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung vor sich gegangen. Aber sie hat ihn nicht überholt und desabonniert, sondern bestätigt.

Das wurde freilich nur dadurch ermöglicht, daß England schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts alle wesentlichen Elemente und Probleme des bisherigen Kapitalismus wie des bisherigen proletarischen Emanzipationskampfes wenigstens im Keime entfaltet hatte. Die Leistung von Marx und Engels beruhte nicht zum geringsten darauf, daß sie jahrzehntelang in England lebten, in stetem Verkehr mit seiner Arbeiterbewegung, mit Chartisten und Gewerkschaften, und daß Engels als Kaufmann Gelegenheit hatte, dessen Kapitalismus nach allen Seiten nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch zu erfassen. Daß aber daraus nicht bloß eine schärfere Erkenntnis des Kapitalismus erwuchs, sondern eine umfassende neue Gesellschafts-, Geschichts-, ja Weltanschauung, das wurde nur dadurch möglich, daß Marx und Engels in Deutschland ihre Bildung erhielten, zu einer Zeit, wo die deutsche Philosophie einen Höhepunkt erreicht hatte. Mit bloßem englischen Empirismus wären sie nicht weit gekommen.

Kein Engländer, dem Deutschland fremd blieb, aber auch kein Deutscher, der nicht in England zu Hause war, konnte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts den Marxismus entwickeln. Er ist die Frucht der Vereinigung von Philosophie, Kaufmannschaft und Arbeiterbewegung, ebenso wie der Vereinigung deutscher Bildung und englischer Praxis.

Alle diese eigenartigen Bedingungen mußten zusammen-treffen, damit der Marxismus geboren wurde. Auch ohne ihn hätten wir zu Gedankengängen kommen müssen, die den seinen ähneln. Das liegt in der Natur der Dinge. Aber daß wir zu ihnen nicht nach und nach, stückweise und unvollkommen kamen, daß sie der modernen Arbeiterbewegung bei ihrem Einsetzen in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bereits als geschlossene widerspruchslöse Weltanschauung geboten wurden, das verdanken wir Marx und Engels und den Bedingungen, unter denen sie wirkten.

Durch sie hat die marxistische Sozialdemokratie eine Sicherheit erlangt, die jeder anderen Bewegung moderner Geister fehlt. Die Elemente der heutigen Gesellschaft, die über das Stadium stumpfsinnigen Vegetierens oder gedankenlosen Genießens hinaus sind, werden alle, soweit sie denken und streben, von nagendem Zweifel, rastloser Unruhe, qualender Unsicherheit, oft völliger Verzweiflung erfüllt; fest und sicher, wie ein granitener Fels in tosendem Meer, steht einzig die marxistische Sozialdemokratie da. Sie schöpft ihre stolze Zuversicht aus dem Vertrauen in die unaufhaltsam anwachsende Macht des Proletariats, ein Vertrauen, das kein blinder Glaube, sondern klare, wissenschaftliche Erkenntnis ist durch das Licht, das unsere beiden Meister uns gebracht: Friedrich Engels und Karl Marx.

Ein Leben in Kampf und Wissenschaft.

Ein Menschenalter ist heute verflossen, seit der vulkanische Geist von Karl Marx erlosch. „Die Doktorzeit“, schrieb damals Friedrich Engels, sein treuer Freund, waderer Kampfgenosse und stets bereiter Helfer all die Jahre hindurch, an Sorge, „hätte ihm vielleicht noch auf einige Jahre eine vegetierende Existenz sichern können, das Leben eines hilflosen, von den Ärzten zum Triumph ihrer Künste nicht plötzlich, sondern zollweise absterbenden Wesens. Das aber hätte unser Marx nie ausgehalten. Zu leben mit den vielen unvollendeten Arbeiten vor sich, mit dem Tantalusgelüst, sie zu vollenden und der Unmöglichkeit, es zu tun — das wäre ihm tausendmal bitterer gewesen als der sanfte Tod, der ihn ereilt.“ So ehrt denn auch heute, nach dreißig Jahren, das internationale Proletariat die Notwendigkeit dieses trotz allem so frühen Todes, indem es nicht klagt um das, was der Große unvollendet zurückgelassen, sondern indem es dankbar dessen gedenkt, was sein nimmer rastender Genius der Arbeiterklasse verschwenderisch gespendet. Und das ist, mag man nun ihr Füßlein oder Hoffen oder Glauben oder Wissen heranziehen, nicht viel weniger denn alles.

Der Tag heute gilt auch nicht einem Gedenken, wie es die bürgerliche Welt so gern mit Völlerschüssen und Fahnenmasten und Festreden feiert, sondern eines verleiht diesem Gedenktag ein besonderes Gepräge: die Freude der Massen darüber, daß das Lebenswerk von Karl Marx jetzt frei wird und aus dem Besitz von ein paar Buchhändlern wirklich zum Besitz der Völker des Erdenrundes wird. Da der Nachdruck seiner Werke nunmehr gestattet ist, wird es nicht lange mehr dauern und wir haben eine mustergültige Klassiker-Ausgabe unseres Alimeisters auf dem Bücherregal stehen und das „Kapital“ wird bald in tausenden, in zehntausenden von Exemplaren seinen Einzug in Arbeiterwohnungen halten, denen es seines Preises wegen — seine Anschaffung verschlang selbst ein kleines Kapital — bislang fernblieben mußte. So ist es, als sei eine hemmende Schleuse aufgebrochen und von neuem ergießt sich in breiter majestätischer Flut das Lebenswerk von Karl Marx in die Lande, sich bald auswachsend zum Weltmeer, das alle Schiffe trägt und alle Küsten bespült.

Selten hat das Lebenswerk eines Mannes schon drei Jahrzehnte nach seinem Tode so reiche Früchte getragen wie das des Denkers und Kämpfers, dessen Namen für alle Zeiten am unauslöschlichsten mit dem Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse verknüpft ist. Als sie ihn auf dem Friedhof zu Highgate zur Ruhe bettet, wuchten die bürgerlichen Alles- und Nichtwissler von ihm nur zu berichten, daß ein geistreicher nationalökonomischer Theoretiker dahingegangen sei, oder daß man einen Titanen zu Grabe getragen, der die Erde in seinen Grundfesten erschütterte, soweit das einzelnen Sterblichen überhaupt möglich ist, das ahnten wohl die Allerwenigsten. Die zünftigen Nationalökonomten taten ihn geringschätzig ab als einen Kerl, der spintiert ist, und wenn sie sich zu etwas aufschwangen, so zu der wahrhaft genialen Feststellung, daß man bei Marx ein Einerseits und ein Andererseits unterscheiden müsse — einerseits die Werttheorie, andererseits das politisch-revolutionäre Element und die Klassenkampf-auffassung. Dann kam eine Zeit, da war es die beste Empfehlung für junge Menschen, die nach einem akademischen Lehramt schnappten, wenn sie Karl Marx in einem mehr oder minder gelährten Werk mauzetot geschlagen und den Unsinn all' seiner Lehren klipp und klar nachgewiesen hatten. Wertwürdig war es nur, daß der totgeschlagene

Marx im nächsten Jahr von neuen Adepten aufs neue totgeschlagen und der Unsinn seiner Theorien abermals dargelegt wurde. Die Marxkörter folgten einander und sie glichen, der eine dem andern wie ein faules Ei dem andern, und so ging das in wenig kurzweiligem Wechsel weiter, bis eines schönen Morgens, ja! bis Karl Marx selbst in akademischen Lehrkreisen Mode wurde. Das war nun das Schlimmste, was ihm überhaupt widerfahren konnte, denn diese Professoren der neueren nationalökonomischen Richtung behandelten ihn bald auf Du und Du und wiesen ihm in allem Wohlwollen heute hier einen Rechenfehler, morgen dort einen Denkfehler nach, bis sie ihn schließlich „überwunden“ hatten und fortan einen Gallmattias von sich gaben, der um so mehr kauderwälsch war, als viel mißverständlicher und mißhandelter Marx darin steckte. Aber immerhin spiegelt es ein hübsches Stück Entwicklung, wenn selbst ein Reichbeutel wie Sombart anerkennen muß, daß heute ein Nationalökonom Karl Marx so wenig unberücksichtigt lassen kann, wie ein Biologe an Darwin, ein Physiker an Helmholtz, ein Bakteriologe an Robert Koch vorübergehen kann. Das rührt nicht etwa daher, daß heute gescheiterte Köpfe über die deutschen Universitätslehrer ragen als vor einem Menschenalter, sondern liegt daran, daß sich die Richtigkeit der Marx'schen Theorie in diesen dreißig Jahren an den Universitätsköpfen selbst ausgewirkt hat: Der riesenhafte und unheimlich beschleunigte kapitalistische Prozeß seit 1888 hat sie mit der Nase auf Marx gestoßen und die Entwicklung der Dinge selbst hat sich nach einem bekannten Wort als den besten orthodoxen Marxisten erwiesen.

Aber was liegt im Grunde an Professoren und Juristengelehrten und Nationalökonomten! Mögen sie Marx belächeln oder totschlagen oder verwässern, was tut's! Auf die Massen kommt es an, und in diesen Massen hat Marx in den dreißig Jahren seit seinem Tode so festen Fuß gefaßt wie es nie einem Denker gelungen ist und so leicht keinem wieder gelingen wird. Als 1835 der große französische Utopist Saint-Simon starb, da sah er in der prophetischen Stimmung der letzten Stunde die Partei der Arbeiter vor sich, deren Gründung ihm bei Lebzeiten niemals beigegeben war und mit erlöschender Stimme meinte er: „Die Zukunft gehört unser!“ Als Marx acht- undfünfzig Jahre später der Natur seinen Tribut zollte, lebte diese Arbeiterpartei, aber gerade damals waren ihre Atemzüge schwach und unregelmäßig. In England kaum die Ansätze zu einer wirklich sozialistischen Bewegung, in Frankreich ein Streit zwischen verschiedenen Richtungen, die fast alle mehr von Blanqui als von Marx an sich hatten, und in Deutschland das Sozialistengefetz mit all seinen Gehässigkeiten in voller Wirkung und die Stimmenzahl der Partei arg zusammengeschmolzen. Schlechte Aussichten für die Zukunft im Frühling 1883! Aber musterte damals der Sozialismus in allen Ländern der Erde für seine Kandidaten nicht mehr als 425 000 Stimmen, so brachte bei den letzten Wahlen die deutsche Sozialdemokratie allein zehnfach mehr Stimmen heim, und nach Dugenden von Millionen zählen heute auf dem Erdball die Männer und Frauen, deren Denken und Fühlen von Karl Marx bestimmt ist, und in Rußland wie in China, in Japan wie in Australien findet sein Sturmruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ jubelnden und vielstimmigen Widerhall. Kein Eroberer hat je solche Triumphe gefeiert!

Freilich ist den ungeschulten Massen des Proletariats der Name Ferdinand Lassalle heute noch geläufiger als der Karl Marx. Das macht, daß Lassalle die äußerlich faszinierendere Erscheinung war. Er war der unmittelbare Aufriittler mit der Sehnsucht nach schneller Wirkung, der Mann der rauschenden äußeren Erfolge, dessen Wirken ein Triumphzug war und sein sollte. All das war Marx weiten- und

wesensfern. Er sah alle Zeit, fern von dem janzhenden Beifall der Menge, in seiner stillen Gedankenschmiede, aus der ein heller Feuerschein in die Nacht hinausfiel, den arbeitenden Massen draußen ein freundliches Zeichen, daß an ihrer Erlösung gearbeitet wurde. Ferdinand Lassalle's Wirken im Dienst der Arbeiterklasse umspannte nicht einmal drei Jahre, und doch fühlte er, als der Erfolg in dem erträumten Umfang ausblieb, seine Schwingen matt werden. Karl Marx schuf, unter widrigen persönlichen Verhältnissen, Jahrzehnt um Jahrzehnt, Werk um Werk, deren keinem ein rascher und unmittelbarer Erfolg beschieden war, aber er verlor auch nicht einen Augenblick den Glauben an seine Sache und den Glauben an sich. So verdanken gerade wir deutschen Sozialdemokraten den beiden Führern und Wegweisern Verschiedenes, doch sich Ergänzendes. Was wären wir ohne den stürmischen Eifer, den uns Lassalle vermittelt, was ohne die ruhige Sicherheit, die uns Marx gegeben hat.

Karl Marx hat das grandiose Fundament aufgeführt, auf dem die moderne Arbeiterklasse ihren großen Kampf führt. Mögen immerhin die Pluten hier ein Steinchen und dort ein Sandkörnchen abbröckeln, das Ganze bleibt in seiner Buacht fest und unerschütterlich. Die Lumpensammler haben gewisse Marxvernichter in dem Schutthaufen des utopischen Sozialismus umhergestöbert und bald ein Stückchen Saint-Simon, bald einen Fetzen Considérant hervorgezogen, um nachzuweisen, daß Marx kein originaler Denker sei, sondern viele Gedanken seinen Vorläufern entlehnt habe. Loren und Schlimmeres! Wir sind die letzten, zu leugnen, daß die großen französischen Utopisten mit genialer Intuition manchen Gedanken erfaßt haben, den Marx nachher ausgebaut hat. Aber noch weniger brauchen wir Marx gegen den erwähnten läppischen Vorwurf des Plagiats in Schutz zu nehmen. Das ihn wie eine Welt von den utopischen Sozialisten trennt, ist das Prinzip der immanenten Entwicklung in der Menschheitsgeschichte, das er verfaßt und jene vertonen. Ihnen war alle Geschichte ein Durcheinander ohne Ziel und Richtung, weil eben noch nicht der große Mann gekommen war, um den Weg aus dem Jammerthal der Gegenwart in ein Paradies der Zukunft zu weisen. Für Marx aber war die Geschichte der Menschheit eine Aufeinanderfolge von Klassenkämpfen, deren letzter, der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, mit der Aufhebung aller Klassengegensätze und Klassenherrschaft enden wird. Während jene bei der Studierlampe irgendein Phalansterium auskügelten, in das sie wie in eine Kaserne die Menschheit einzuquartieren gedachten, tat Marx mit schlagender Logik und schier mathematischer Konsequenz dar, daß die Entwicklung zum Siege der Arbeiterklasse und zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel führen muß. Und während die Utopisten sich in den Bahnen einwiegelten, daß nur die werttätige Hilfe der Besitzenden den Elenden und Enterbten auf die Strümpfe helfen könne, wies Marx auf die einzige Möglichkeit der Befreiung des Proletariats hin: durch das Proletariat selbst! Wenn er zu diesem Ende mit dem historischen Materialismus die Triebkräfte alles menschlichen Geschehens in den ökonomischen Verhältnissen und Umwälzungen sah, wenn er mit der Klassenkampfauffassung die Geschichte in laufende Kämpfe widerstrebender Massen zerlegte, und wenn er schließlich mit der Mehrwerttheorie das Geheimnis kapitalistischer Ausbeutung durchschaute und auflöste, so fügte sich hier eins mit Notwendigkeit zum andern, so waren das Quadern ein und desselben gigantischen Baues. Auf diesen Quadern ruht die Sicherheit, mit der die Arbeiterklasse ihr Dasein und ihren Kampf, aber auch ihren Sieg als „der Geschichte ehernes Ruh“ wertet und sich von keinem Augenblickserfolg und

Karl Marx im Kampfe mit der Zensur des Vormärz.

Am 1. Januar 1842 erschien in Köln die erste Nummer der „Rheinischen Zeitung“, die das weitest bedeutendste Oppositionsblatt des Vormärz war. Sie war gegründet von Männern der rheinischen Bourgeoisie, von angesehenen Kaufleuten und Industriellen, und wurde geschrieben von radikalen Junghegelianern. Marx war in den ersten drei Quartalen des Jahres 1842 von Bonn aus ihr Mitarbeiter, von Mitte Oktober dieses Jahres bis zum März des nächsten Jahres hat er als Redakteur in Köln mitgewirkt.

Die „Rheinische Zeitung“ hatte von Anfang an einen schweren und hartnäckigen Kampf mit der Zensur auszufechten. Ueber diese Kämpfe und die bedeutende Rolle, die der damals 24-jährige Marx in ihnen spielte, enthält ein Artikel, den Dr. Gustav Mayer, der sich durch seine sehr lesenswerte Biographie v. Schopenhauers einen ersten Platz als Historiker der deutschen Parteientwicklung gesichert hat, in der „Zeitschrift für Politik“ über „Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen“ veröffentlicht hat, sehr interessante Details.

Die eigentliche Triebkraft im Kampfe gegen die „Rheinische Zeitung“ war Friedrich Wilhelm IV. selbst und es ist recht bezeichnend, bei Mayer nachzulesen, wie der König immer wieder seine Minister zur Unterdrückung des Blattes antrieb. Die Minister ärgerten mit dieser radikalen Maßregel aus Rücksicht auf die angesehenen Gründer der Zeitung und um das Monopol, das bis dahin die „Rheinische Zeitung“ besessen hatte, nicht wieder herzustellen. So ergreifen sie zunächst ein anderes Mittel. Sie verlangen unter Androhung der endgültigen Konzessionsverweigerung die Ersetzung des bisherigen verantwortlichen Redakteurs Renard durch eine geeignete Persönlichkeit. Zugleich wurde der bisherige Zensur wegen zu großer Nachsicht abgesetzt. „Eigentlich sollte“, so fährt nun Mayer aus, „Renard bei dieser Gelegenheit protokolllarisch vernommen werden. Aber aus naheliegenden Gründen hielt die Redaktion es für vorzuziehender, daß er sich beim Oberpräsidenten schriftlich verantwortete. Die Abfassung dieses bedeutsamen Briefes, für den der Verleger bloß die Unterschrift lieferte, übertrug man dem Dr. Karl Marx aus Trier, der seit dem 15. Oktober in die Redaktion eingetreten war und trotz seiner Jugend alsbald von allen Seiten, selbst von der Zensur, als die treibende Kraft der Zeitung respektiert wurde.“

Der künftige Vorkämpfer der Arbeiterklasse verteidigt hier gegen die Regierung mit berechtigtem Stolz, aber auch mit schneidender Ironie die freibeitlichen Forderungen des preussischen

Bürgerturns. Die Tendenz eines Blattes, meinte er, dürfe nicht bloß ein gefinnungsloses Amalgam von trockenen Referaten und niedrigen Lobhudeleien sein; es müsse mit einer edlen Zweckbewußtheit Kritik der staatlichen Verhältnisse und Einrichtungen beinhalten, wie es die jüngst erlassene Zensurinstruktion und auch die anderwärts oft geäußerten Ansichten des Königs forderten. Auch in Zukunft wolle die „Rheinische Zeitung“, soviel an ihr läge, den Weg des Fortschritts bahnen helfen, auf dem Preußen gegenwärtig dem übrigen Deutschland vorangehe. Wie könnte ein Blatt mit solcher Tendenz in Rheinland französische Sympathien und Ideen verbreiten wollen? Gerade das Gegenteil sei der Fall: die „Rheinische Zeitung“ betrachte es als ihre Aufgabe, in der Provinz, wo sie erscheine, die Blide auf Deutschland zu lenken und hier statt eines französischen einen deutschen Liberalismus hervorzuheben, was der Regierung Friedrich Wilhelms IV. gewiß nicht unangenehm sein werde. Auch sei in ihren Spalten stets darauf verwiesen worden, daß von der Entwicklung Preußens die des übrigen Deutschland abhängt. Neben ihren polemischen Artikeln gegen die antipreußischen Behauptungen der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ und neben ihrer Agitation für die Ausdehnung des Zollvereins auf das nordwestliche Deutschland, zeigten sich ihre preussischen Sympathien vor allem in ihrem steten Einwirken auf norddeutsche Wissenschaft im Gegensatz zu der Oberflächlichkeit der französischen und auch der süddeutschen Theorien. Die „Rheinische Zeitung“ sei das erste „rheinische und überhaupt süddeutsche Blatt“, das hier den norddeutschen Geist einführe und damit zu der geistigen Einigung der getrennten Stämme beitrage.

Die Religion als solche sei von ihr niemals angefaßt worden und auch in Zukunft werde es nicht geschehen. Hinsichtlich des Gehalts eines bestimmten positiven Glaubens sei ganz Deutschland und vorzugsweise Preußen in zwei Heerlager geteilt, die beide in Wissenschaft und Staat hochgestellte Männer zu ihren Verteidigern zählten. Sollte etwa eine Zeitung in diesem noch unentschiedenen Zweifelskampf keine oder bloß eine ihr auf amtlichem Wege vorgeschriebene Partei ergreifen dürfen? Dogmen, kirchliche Dogmen und Zustände habe sie immer nur berührt, wenn andere Blätter die Religion zum Staatsrecht machen und aus ihrer eigenen Sphäre in die Sphäre der Politik verweisen wollten. So dürfe sie annehmen, daß sie ganz vorzugsweise den in der Zensurinstruktion niedergelegten Wunsch Seiner Majestät nach einer unabhängigen, freimüthigen Presse realisiert und hierdurch nicht wenig zu den Segensprechenden beigetragen habe, mit denen ganz Deutschland Seine Majestät den König auf seiner emporsiedenden Laufbahn begleite. Nicht als eine Buchhändlerperipetation sei die „Rheinische Zeitung“ ins Leben getreten, sondern eine große Zahl der angesehensten Männer Kölns und der Rheinlande hätten, in gerechtem Unwillen über den sommertollen Zustand der deutschen Presse, den Willen

Seiner Majestät nicht besser ehren zu können geglaubt, als indem sie ein Blatt gründeten, das charaktervoll und furchtlos die Sprache freier Männer führe und den König die wahre Stimme des Volks vernahmen lasse!

Soweit es „mit dem Verus eines unabhängigen Blattes vereinbar“ war, wollte die „Rheinische Zeitung“ gern alles tun, um sich vor dem drohenden Untergang zu bewahren. Für die Zukunft versprach deshalb das Schreiben mehr Mäßigkeit in Bezug auf die Form, soweit der Inhalt es gestattete. Auch wollte man, wie es schon seit einiger Zeit geschehen sei, von allen kirchlichen und religiösen Gegenständen hinfort absehen. „Der Gewalt nachgebend“ wurde endlich die einseitige Entfernung Rutenbergs zugestanden und die Präsentation eines verantwortlichen Redakteurs in Aussicht gestellt.

In seiner Antwort auf dieses aus Bodeheit und Diplomatie gemischte Schreiben rief der Oberpräsident der Redaktion unter der Nase, daß die „Rheinische Zeitung“ für die Regierung bisher noch „gar nicht existiere“, weshalb diese auch befragt wäre, ihr Weitererschweigen an Bedingungen zu knüpfen. Würde Rutenberg (dessen Einfluß die Minister offenbar überschätzten) nicht sofort entfernt und bis zum 12. Dezember ein durchaus geeigneter Redakteur nominiert gemacht, so erfolge unweigerlich die Unterdrückung des Blattes. Aber selbst wenn diesen Anforderungen Genüge geschah, wollten die Minister die Erteilung der Konzession erst von der weiteren Haltung des Blattes abhängig machen. . . .

Aber der König und seine Regierung sorgten dafür, daß die „Rheinische Zeitung“ die modernisierte Sprache, zu der sie sich verpflichtet hatte, nicht lange einhalten konnte. Am Weihnachtstag wurde die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ in Preußen verboten, und gleich darauf erfolgte die Unterdrückung der „Deutschen Jahrbücher“ auf Veranlassung der preussischen Regierung. Dazu trat das Gerücht von der bevorstehenden gänzlichen Zurücknahme der liberalen Zensurinstruktion. Marx und seine Kampfgenossen konnten nicht mehr zweifeln, daß auch ihres Blattes Stundlein bald schlagen würde. Für sie handelte es sich hinfort nur noch darum, die kurze Spanne Zeit, die ihnen blieb, auszunutzen. So geistelten sie von jetzt ab voll Empörung die offensichtliche Umkehr der Regierung in der Preusspolitik und die tiefe Unfähigkeit, die im Wesen einer jeglichen Zensur läge. Kurz danach löste sich wirklich aus den Wolken, die immer über der „Rheinischen Zeitung“ geschwebt hatten, der tödende Blitzstrahl. Vom 1. April ab sollte sie zu bestehen aufhören. In der Sitzung, die das Todesurteil fällte, sprach der König sein ernstes Mißvergnügen darüber aus, daß man dieser Zeitung so lange eine Ungeduldigkeit verstatte habe, die mit den Befehlen und mit der Autorität der Staatsverwaltung durchaus in Widerspruch stünde. Ein solcher Wind genügt den Ministern, um die Reform der Kölner Zensur,

keiner Augenblicksüberlage von dem geraden Weg abbringen läßt. Das der Erwerb dieser inneren Sicherheit den Geschlechtern bedeutet hat, deren Kleinbürgerlichen Besitz der eiserne Gang der wirtschaftlichen Entwicklung wie Maulwurfs- haufen zertreten hatte, die der kapitalistische Sturmwind gleich dürren Blättern zusammensetzte und die nun, heftlos und entwurzelt, nicht wußten, wo ein, noch aus, das Vermögen ihr heute kaum mehr zu ermessen.

Aber eines soll noch betont werden in einer Zeit internationaler Spannung, da der Erdball von Vajonetten starrt und die Herrschenden hüben und drüben sich in den Weitzängen des Chauvinismus drehen: daß Karl Marx auch die arbeitenden Klassen in seiner berühmten Inauguraladresse aufgerufen hat, „selber die Mythen der internationalen Staatskunst zu demontieren, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.“

Für all das aber, was Karl Marx den arbeitenden Klassen geschenkt hat, brennen sie, seinem Gedächtnis den Dank mit der Lat abzustatten, sie, für die heute mehr denn je sein Wort gilt, daß sie nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen.

Eine Rede von Karl Marx.*)

Sorbemerkung des Herausgebers: Am 14. April 1898 hat die Londoner Charistische Organisation, die das „People's Paper“ („Volk's Zeitung“) unter der Redaktion von Ernest Jones herausgab, den Segern und der Administration anlässlich der vierjährigen Existenz des Blattes ein Fest gegeben. Bei dieser Gelegenheit hat Marx, der während ein etlicher Mitarbeiter und Berater auch dieses charistischen Unternehmens war, die nachfolgende Rede gehalten. Sie ist in „The People's Paper“ vom 19. April 1898 veröffentlicht worden. R. H. J. A. n. o. f. f.

Die sogenannten Revolutionen von 1848 waren nur kleine Zwischenfälle — geringfügige Spalten und Risse in der harten Kruste der bürgerlichen Gesellschaft. Aber sie zeigten den Abgrund. Unter der scheinbar festen Oberfläche offenbarte sich ein ungeheurer Dzean, der nur der Exposition bedurfte, um ganze Kontinente in Stücke zu zerschmettern. Niemand und niemanden kündeten sie die Emanzipation des Proletariats an, das heißt, das Geheimnis des 19. Jahrhunderts und seiner Revolution. Es ist wahr: diese Revolution war keine Erfindung des Jahres 1848. Dampf, Elektrizität und die Selbstfaktoren waren Revolutionäre von viel gefährlicherem Charakter als die Bürger Barbès, Raspail und Blanqui.**) Aber obwohl die Atmosphäre, die wir atmen, auf jedem von uns mit einem Gewicht von 20 000 Pfund lastet, fühlen Sie es? Ebenso wenig wie die europäische Gesellschaft von 1848, die doch von revolutionärer Luft umhüllt und von allen Seiten bedrängt war. Es gibt eine große Tatsache, die für das 19. Jahrhundert charakteristisch ist und die keine Partei ableugnen kann. Auf der einen Seite sind industrielle und wissenschaftliche Kräfte zum Leben erwacht wie sie keine frühere Geschichtsperiode je ahnen konnte. Auf der anderen Seite machen sich Anzeichen eines Verfalls bemerkbar, der die vielgenannten Schrecken aus der letzten Zeiten des Römischen Reiches in Schatten stellt. In unserer Zeit scheint jedes Ding schwarzer mit seinem Gegenteil. Die Maschine ist mit der wundervollen Kraft begabt, die menschliche Arbeit zu verkürzen und fruchtbarer zu machen, aber siehe: sie führt

*) Wir entnehmen diese bisher noch nie veröffentlichte Rede von Karl Marx der diesjährigen März- und März-Gedenkschrift unserer österreichischen Genossen.

**) Barbès wie Blanqui, französische Revolutionäre, die an allen französischen Kämpfen und Verdrängungen ihrer Zeit teilnahmen. Raspail, Arzt und bürgerlicher Demokrat.

von der auch sie jetzt behaupteten, daß sie „die preussische Regierung geradezu kompromittiert“ hätte, energisch in Angriff zu nehmen. Während der Galgenfrist, die mit Rücksicht auf die Aktionäre der „Rheinischen Zeitung“ vergönt blieb, sollte sie mit der größten Strenge behandelt werden. Dagegen wollte man der „Rheinischen Zeitung“ bei der von ihr in der letzten Zeit im ganzen entwickelten „Loyalität“ unbedenklich Spielraum verstaten, um so dem Publikum zu zeigen, daß das Gouvernement nur die schlechten Tendenzen mit Energie bekämpfe, der wohlthätigen Seite der durch die Tagespresse erfolgenden Meinungsäußerungen dagegen volle Anerkennung widerfahren lasse. In der Rheinprovinz fand sich kein Beamter für die unpopuläre Aufgabe, das gerichtete Blatt bis zu seinem Eingehen zu überwachen. Deshalb entsandte die Regierung in ihrer Verlegenheit zu diesem Zweck den expedierenden Sekretär von Saint-Paul, der sich im Zeitungsbureau der Zensurverwaltung eine gründliche Kenntnis der zeitgenössischen Presse erworben hatte. Aber selbst dieser geniale Juniler empfand lebhaft die Undankbarkeit der ihm übertragenen Mission. Wollte er nicht lässliche Artikel, die ihm eingereicht wurden, streichen und dem Blatt damit ein vorzeitiges Ende bereiten, was nicht in der Absicht der Regierung lag, so war er gezwungen, seinerseits jene gefährlichen Beiträge ungenutzt zu lassen, was für einen Beamten eine heikle und Risikoposition erregende Beschäftigung war. Die Aufgabe, dem Blatt auch nur soviel Manuskript zuzugestehen, daß es in einer honnête pauvrete bis zum Erlöschen vegetieren konnte, wurde dem Zensor dadurch noch mehr erschwert, daß selbst die ausländischen Korrespondenzen mit dem inländischen Teil die Farbe der schlechten Tendenz teilten. Schon nach vier Wochen wäre St. Paul am liebsten nach Berlin zurückgekehrt.

Obwohl die „Rheinische Zeitung“ wegen ihres ausgesprochen antikatholischen Geistes dem frommen Kleinbürgertum der Provinz bis dahin als ein Fremdling gegolten hatte, so traf die Anklage ihrer bevorstehenden Unterdrückung den lebhaftesten Sinn des Rheinländers der Öffentlichkeit und strenges Recht dennoch mit ungeahnter Wucht. Weil die Zensur die Macht besaß, die Veröffentlichung jeder strafbaren oder auch nur missälligen Äußerung zu verhindern, wollte man sich nicht überzeugen lassen, daß die Notwendigkeit für eine radikale Maßregelung vorgelegen hätte. Man sah in dem einen Schritte den Ausdruck des ganzen Systems, welches auf dem Grundsatze der Ausübung einer willkürlichen Gewalt beruhte. Jetzt verlangte die ganze Provinz das Weitererscheinen des Blattes, und die Petitionen, die nun auf Veranlassung von Jung, Oppenheim und ihren Freunden den Weg nach Berlin nahmen, bedeckten sich schnell mit Tausenden von Unterschriften. Aber des Königs Entschließung stand fest: hätte er nur gegen die „Königsberger Zeitung“ die gleiche Waffe in der Hand gehabt wie gegen ihre „Querschwester am Rhein!“ Um ihm zu

zu Hunger und Heberarbeit. Die neu entseelten Kräfte des Reichums werden durch ein seltsames Spiel des Schicksals zu Quellen der Entbehrung. Die Siege der Kunst scheinen durch Einbuße an Charakter erlaßt. Die Menschheit wird Herr in der Natur, aber der Mensch wird Sklave des Menschen, wird Sklave seiner eigenen Niedertracht. Sogar das reine Licht der Wissenschaft kann, so scheint es, nur vor dem dunkeln Hintergrund der Unwissenheit aufstrahlen. Das Ergebnis aller unserer Erfindungen und unseres Fortschritts scheint zu sein, daß materielle Kräfte mit geistigem Leben ausgestattet werden, während die menschliche Existenz zu einer materiellen Kraft verdünnt. Dieses Widerspiel zwischen moderner Industrie und Wissenschaft hier, modernem Glanz und Verfall dort; dieser Gegensatz zwischen den Wirtschaftskräften und den gesellschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit ist eine Tatsache, eine handgreifliche, überwältigende und unbefreitbare Tatsache. Manche Parteien mögen darüber wehklagen; andere mögen wünschen, die modernen Fertigkeiten loszuwerden, um so auch die modernen Konflikte loszuwerden. Aber sie mögen sich einbilden, daß ein so erkennbarer Fortschritt in der Wirtschaft zu seiner Hervollkommenung einen ebenso erkennbaren Rückschritt in der Politik braucht. Wir für unseren Teil mißkennen den schlauen Geist nicht, der rüstig fortfährt, alle diese Gegensätze herauszuarbeiten. Wir wissen, daß die neuen Kräfte der Gesellschaft, ein gutes Werk zu verrichten, nur neue Menschen brauchen — und dies sind die Arbeiter. Sie sind so gut ein Erzeugnis der Gegenwart, wie die Maschine selbst. In den Zeichen, welche das Bürgertum, der Adel und die armseligen Propheten des Rückschritts in Verwirrung bringen, entdecken wir unseren guten Freund, unsere n Robin Hood, den alten Maulwurf, der so schnell in der Erde arbeiten kann — die Revolution. Die englischen Arbeiter sind die Erstgeborenen der modernen Industrie. Sie werden daher sicherlich nicht die letzten sein, die soziale Revolution, das Produkt eben dieser Industrie, zu fördern: eine Revolution, die die Befreiung ihrer ganzen Klasse in der ganzen Welt bedeutet, die so international ist wie Kapitalherrschaft und Lohnsklaverei. Ich kenne die heldenhaften Kämpfe, welche die englischen Arbeiter seit der Mitte des letzten Jahrhunderts ausgefochten haben; Kämpfe, die weniger von Ruhm begleitet waren, weil sie von den bürgerlichen Geschichtsschreibern im Dunkeln gelassen und totgeschwiegen wurden. Im Mittelalter existierte in Deutschland, und die Untaten der Herrschenden zu rächen, ein geheimes Tribunal, das „Zemgericht“. Wenn an einem Hause ein rotes Zeichen zu sehen war, so wußte man, daß sein Eigentümer der Feme verfallen war. Heute steht auf allen Häusern Europas das geheimnisvolle rote Kreuz. Die Geschichte selbst sagt zu Gericht — der das Urteil vollstreckt, ist das Proletariat!

Marx - Worte.

Wie der junge Marx sich seine Lebensaufgabe stellte.

Es hindert uns nicht, unsere Kritik an die Kritik der Politik, an die Parteinahme in der Politik, also an wirkliche Kämpfe anzuknüpfen und mit ihnen zu identifizieren. Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier lue nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zusprechen. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.

Die Reform des Bewußtseins besteht nur darin, daß man die Welt ihr Bewußtsein inne werden läßt, daß man sie aus dem Traum über sich selbst aufweckt, daß man ihre eigenen Aktionen ihr erklärt. Unser ganzer Zweck lag in nichts anderem bestehen, wie dies auch bei Feuerbachs Kritik der Religion der Fall ist, als daß die religiösen und politischen Frogen in die selbstbewußte menschliche Form gebracht werden.

Unser Wahspruch muß also sein: Reform des Bewußtseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analyse der mystischen, sich selbst unklaren Bewußtseins, trete es nun religiös oder politisch auf. Es wird sich dann zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. Es wird sich zeigen, daß es sich nicht um einen großen Gedankenstreit zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit. Es wird sich endlich zeigen, daß die Menschheit keine neue Arbeit beginnt, sondern mit Bewußtsein ihre alte Arbeit zustande bringt.

Wir können also die Tendenz unseres Blattes in Ein Wort fassen: Selbstverhändigung (kritische Philosophie) der Zeit über

zeigen, bis zu welchem Grade der Freiheit die „Rheinische Zeitung“ es noch in ihrer letzten Stunde trieb, überhande ihn Armin einen vom Zensor angehaltenen Aufsatz „Der letzte Carneval“, der angeblich Gott, Christus, Altes und Neues Testament verhöhnte und darbot, wie nach Beilegung dieser Fretümer die neue Philosophie der wahren Heiligtum begründe. „Es ist fast zu bedauern“, schrieb der Minister, „daß der Zensor verpflichtet ist, den Druck solcher Artikel zu verhindern, der allein hinreichte, um die Schändlichkeit dieses Treibens vor aller Welt aufzuheben und die beste Waffe der Regierung gegen dasselbe wäre.“ Dieses Argument, mit dem er sich zum Advocatus diaboli machte, da es natürlich für Pressefreiheit sprach, entnahm Armin offensichtlich einem Bericht St. Pauls, den er soeben gelesen haben mußte. Ob es vielleicht dem Zensor von Marx suggeriert worden war? In der letzten Zeit hatte seine amtliche Tätigkeit St. Paul mit diesem in häufige Berührung gebracht, und nur mühsam verbarg der geistvolle Bohemien in seinen Berichten nach Berlin das große Vergnügen, daß ihm der ungewohnte Verkehr mit dem übertragenden Jüngling bereite. Auf diesem Wege erfuhr man im Ministerium zum erstenmal von dem künftigen Begründer der Sozialdemokratie. St. Paul bezeichnete ihn in seinen Berichten als den „doktrinären Mittelpunkt“ und „den lebendigen Quell der Theorien des Blattes“; auch rühmte er seinen Charakter, denn er versicherte, Marx „sterbe auf seine Ansichten, die ihm zur Heberzeugung geworden“ seien. Dem jungen Redakteur gereichte es offensichtlich zum Vergnügen, den Zensor in zensurfreien privaten Unterhaltungen mit dem Kern seiner philosophischen und politischen Ansichten bekannt zu machen. Dieser berichtete darüber seinem Vorgesetzten: „Wir haben mehrere erschöpfende Unterredungen gehabt, deren Ergebnisse ich mir vorbehalte, ausführlich mitzuteilen, da sie den Einblick in die Elemente und Richtungen der geistigen Bewegungen der Gegenwart gewähren. So gewiß die Ansicht des Dr. Marx auf einem tiefen spekulativen Arcium beruht, wie ich ihn auf seinem eigenen Terrain nachzuweisen bemüht war, so gewiß ist er von der Wahrheit seiner Meinung überzeugt, wie denn überhaupt den Mitarbeitern der „Rheinischen Zeitung“, soweit ich sie kennen gelernt, eher alles andere, nur nicht Bestimmungslosigkeit im eben erwähnten Sinn zur Last fällt.“

Vereits am 2. März hatte St. Paul nach Berlin gemeldet, daß Marx sich entschlossen habe, „unter den jetzigen Umständen“ jede Verbindung mit der „Rheinischen Zeitung“ aufzugeben und Preußen zu verlassen. Bei seinem Austritt am 17. März atmete der von ihm bis zuletzt arg drangalierte Zensor glücklich auf: „Der Spiritus rector des ganzen Unternehmens, Dr. Marx, ist gestern definitiv ausgetreten und Oppenheim, — ein wirklich im ganzen gemäßigter, übrigens unbedeutender Mann, hat die Redaktion übernommen... Ich befinde mich dabei sehr wohl und habe heute

ihre Kämpfe und Wünsche. Dies ist eine Arbeit für die Welt und für uns. Sie kann nur das Werk vereinter Kräfte sein. Es handelt sich um eine Weichte, um weiter nichts. Um sich ihre Sünden vergeben zu lassen, braucht die Menschheit sie nur für das zu erklären, was sie sind.

Wo also die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation? Antwort: In der Bildung einer Klasse mit radikalen Akten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen unversehnen Charakter durch ihre unversehnen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens steht, einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat.

Das Proletariat beginnt erst durch die hereinbrechende industrielle Bewegung für Deutschland zu werden, denn nicht die naturwüchsig entstandene, sondern die künstlich produzierte Armut, nicht die mechanisch durch die Sämere der Gesellschaft niedergedrückt, sondern die aus ihrer akuten Auflösung, vorzugsweise aus der Auflösung des Mittelstandes hervorgehende Menschenmasse bildet das Proletariat, obgleich allmählich, wie sich von selbst versteht, auch die naturwüchsig Armut und die christlich germanische Leibeigenschaft in seine Reihen treten.

Wenn das Proletariat die Auflösung der bisherigen Weltordnung verübt, so spricht es nur das Geheimnis seines eigenen Daseins aus, denn es ist die faktische Auflösung dieser Weltordnung. Wenn das Proletariat die Negation des Privateigentums verlangt, so erhebt es nur zum Prinzip der Gesellschaft, was die Gesellschaft zu seinem Prinzip erhoben hat, was in ihm als negatives Resultat der Gesellschaft schon ohne sein Zutun verkörpert ist. Der Proletarier befindet sich dann in bezug auf die werdende Welt in demselben Recht, in welchem der deutsche König in bezug auf die gewordene Welt sich befindet, wenn er das Volk sein Volk, wie das Pferd sein Pferd nennt. Der König, indem er das Volk für sein Privateigentum erklärt, spricht es nur aus, daß der Privateigentümer König ist.

Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Witz des Gedankens gründlich in diesen niederen Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen.

Resumieren wir das Resultat: Die einzige praktisch mögliche Befreiung Deutschlands ist die Befreiung auf dem Standpunkte der Theorie, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt. In Deutschland ist die Emanzipation von dem Mittelalter nur möglich als die Emanzipation zugleich von den teilsweisen Überwindungen des Mittelalters. In Deutschland kann keine Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne jede Art der Knechtschaft zu brechen. Das grundsätzliche Deutschland kann nicht revolutionieren ohne von Grund aus zu revolutionieren. Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann nicht verwirklicht werden ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie.

Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird der deutsche Aufreistungstag verübt werden durch das Schmelzen des gallischen Schnees.

Freiheit — auch für die anderen.

Die Schuld der mit Deutschlands Hilfe in anderen Ländern verübten Niedertrügigkeiten fällt nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Teile dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verbindungen, seinen Habenssinn, seine Anfertigkeit als Landbesitzer und als „gemütliche“ Mittel und Werkzeug der Herren „von Gottes Gnaden“ wäre der deutsche Name weniger gehäht, verläßt, verachtet im Ausland, wären die von Deutschland aus unterdrückten Völker längst zu einem normalen Zustand freier Entwicklung gelangt. Jetzt, wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Ausland gegenüber ändern, oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umfassen, nehmen wir unsere eigene Junge, fast nur erst gedachte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maße frei, worin es die Nachbarvölker frei läßt.

kaum ein Viertel der sonstigen Zeit auf die Zensur verwannt.“ Aber auch die Regierung begriff nun schon, daß die „ultrademokratischen Gesinnungen“ von Dr. Marx „mit dem Prinzip des preussischen Staates in völligem Widerspruch“ ständen und daß deshalb seine beabsichtigte Auswanderung für sie „kein Verlust“ wäre.

Daß Marx während des halben Jahres seiner redaktionellen Tätigkeit die Seele des Blattes war, geht aus daraus hervor, daß St. Paul gleich nach seinem plötzlichen Ausscheiden, wenn auch ohne Erfolg, die Frage anregte, ob man die Zeitung nunmehr nicht fortbestehen lassen solle, da ein das protestantische Prinzip mit Wahrung vertretendes Organ in Köln nach wie vor eine politische Notwendigkeit bliebe. Heizingen, Jung, Advokat Mayer, Redaktionen wären zwar auch scharfe Federn, sie alle seien aber nur infinitesimal Radikale, ihnen fehle der wissenschaftliche Kern ihrer Meinung, sie hätten sich bloß nach gewissen Seiten hin die praktischen Konsequenzen der Auge-Bauer-Marx'schen Doktrinen angeeignet. Jetzt fand der Zensor, daß man in Berlin die Gefährlichkeit der „Rheinischen Zeitung“ überschätzt hätte. Ihr Idealismus wäre abstrakt, über alles Aktuelle, Nähere und Nächste wegsehend, überflüssig und exzentrisch, und könne deshalb nicht praktisch auf die Zustände einwirken. Viel gefährlicher seien scheinbar unbedeutende Blätter, die das nächste ergreifen und in ganz konkreter gemeinverständlicher Weise gegen einzelne bestimmte Institutionen herzugehen. Als aber die Regierung das Fortbestehen der „Rheinischen Zeitung“ nicht in Erwägung ziehen wollte, da richtete St. Paul, obgleich Dumont-Schauberg ihm kein Vertrauen einflößte, das Augenmerk nun doch auf die „Königsberger Zeitung“. Mit Dr. Dermes, einem geborenen Schlesier, der die politischen Leitartikel schrieb, hatte der gewandte Sendling der Regierung bereits seit längerem intime Beziehungen angeknüpft, die man sich in Berlin später gegen gutes Geld zunutze machte. Solange dieser brauchbare Mann die Leitartikel schrieb, hielt St. Paul die „Königsberger Zeitung“ für geeignet, das Organ zu werden, das am Rhein die preussischen Zustände mit loyaler Kritik bespräche, ohne daß es gegen sich Vorurteile erwecke, wie sie gegen Zeitungen beständen, von denen das Publikum wisse, daß die Regierung sie subventioniert. Der Zensor traute sich auch zu, von Dumont-Schauberg zu erreichen, daß er Hermes in Zukunft freiere Hand ließe.

Außer dem Alerus, der nunmehr hoffen durfte, daß die lehrerische Saat des Junghegelianismus in der frommen Provinz niemals aufgehen werde, war, wie Hobelschwing es vorausgesagt hatte, über das Eingehen der „Rheinischen Zeitung“, die am 31. März zum letztenmal erschien, niemand plünderer als der Besitzer der „Königsberger Zeitung“, den die Regierung von einer Konkurrenz befreite, die ihm gefährlicher und unbedeutsamer gewesen war als irgendeine frühere!

Gewerkschaftliches.

Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Die Monatszeitschrift „Das Einigungsamt“ bringt in ihrer Nr. 3 folgenden, von den Herren Dr. Brenner, Rath und v. Schulz, den Unparteiischen, zur Beilegung der Differenzen im Baugewerbe gezeichneten Artikel:

Die zur Beilegung der Lohnbewegung im deutschen Malergewerbe gefassten Schiedsprüche der Unparteiischen wurden von den sämtlichen Arbeiterorganisationen mit Mehrheit angenommen, dagegen von dem Arbeitgeberverband mit einer Lohnsumme von 40% Millionen Mark gegen 14% Millionen Mark abgelehnt.

Die Ablehnung erfolgte nach den Berichten der Hochzeitungen und den offiziellen Erklärungen der Arbeitgebervertreter weniger wegen der zugebilligten Lohnhöfungen und Arbeitszeitverkürzungen, als aus anderen Gründen allgemeiner Natur. Als hauptsächlichster Grund werden die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis angegeben. Was hier im einzelnen behauptet wird, bedarf im Interesse der Sache dringend der Aufklärung.

Hinsichtlich des Arbeitsnachweises kommen das Vertragsschema und ein Schiedspruch in Betracht, die beide hier kurz getwrdigt seien.

I. Zum Vertragsschema. Das neue Vertragsschema lautet: Zur Durchführung der im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen sollen in allen Orten, wo die Verhältnisse es gestatten, tunsücht Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage errichtet oder an kommunale Arbeitsnachweise angegliedert werden.

Man vergleiche hierzu die diesbezügliche Fassung im bisher geltenden Vertrage: „Zum Zwecke der Durchführung der im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen ist es Aufgabe der Organisationen, in allen Orten, wo die örtlichen Verhältnisse es gestatten, die Errichtung von auf paritätischer Grundlage beruhenden Arbeitsnachweisen anzustreben und ihre Arbeitsnachweise an paritätische Arbeitsnachweise anzugliedern. Die Benutzung soll für die Vertragsparteien obligatorisch sein.“ Diese Bestimmung hatte die widerspruchsfreie Billigung des Arbeitgeberverbandes gefunden. Aus der Vergleichung der beiden Vorschriften ergibt sich dreierlei:

1. Das Prinzip der Frage des obligatorischen Nachweises ist bereits 1910 von Arbeitgeberseite anerkannt worden. Das neue Vertragsschema stellt sonach keine neuen Grundsätze auf.

2. Im neuen Vertragsschema ist keine weitergehende tarifliche Zwangsweise Bindung ausgesprochen, wie im alten. Soweit eine präzisere Fassung vorgenommen wurde, so ist durch Einschaltung des Wortes „tunsücht“ eine weitere Abschwächung eingetreten, um keinerlei Errichtungszwang einzuführen.

3. Das im alten Vertrag vorgesehene, von Arbeitgeberseite bekämpfte Obligatorium der Benutzung ist im neuen Vertrage gestrichen.

Dazu kommt, daß das neue Vertragsschema die volle Billigung der Arbeitgebervertretung gefunden hat und von dieser Seite gar kein Schiedspruch verlangt wurde. Die Arbeitgebervertretung hingegen hatte hinsichtlich ihrer weitergehenden Forderungen schiedsrichterliche Entscheidung beantragt, die jedoch gegen die Arbeiter ausgefallen ist.

II. Zum Schiedspruch, betr. Arbeitsnachweis. Dieser lautet: Mit der neuen Fassung des Vertragsschemas über Arbeitsnachweise bezwecken die Unparteiischen eine weitere Förderung der paritätischen Arbeitsnachweise. Infolgedessen müssen mindestens die bisherigen paritätischen Arbeitsnachweise, jedoch nur nach Maßgabe des neuen Vertragsschemas, beibehalten werden. Die Ortstarisämter haben binnen sechs Wochen die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen ins Auge zu fassen. Daß überhaupt die Arbeitsnachweise späterhin die Unparteiischen nochmals beschäftigen, ist darauf zurückzuführen, daß von Arbeitgeberseite die Frage aufgeworfen wurde, ob die bisher errichteten Arbeitsnachweise in Zukunft weiterbestehen sollen. Vom Arbeitgeberverband wurde die protokolllarische Erklärung abgegeben, daß die bisherigen Arbeitsnachweise nach Maßgabe des neuen Vertragsschemas mindestens beizubehalten seien. Dieser Teil des Schiedspruches ist somit nichts anderes als die Formulierung und Begründung einer von Arbeitgeberseite selbst zum Ausdruck gebrachten Anschauung.

Der zweite Teil des Schiedspruches bezweckt doch schon nach seinem ganzen Wortlaut nichts anderes, als daß die Frage des Arbeitsnachweises in den Ortstarisämtern einmal zur Sprache gebracht werden soll. In den Ortstarisämtern sollen ja die Parteivertreter die Frage nur prüfen, ob und in welcher Weise die Errichtung ins Auge zu fassen ist (nicht, ob neue Arbeitsnachweise zu errichten sind). Also nur ein Prüfungs-, keinerlei Entscheidungsrecht der Ortstarisämter. Wo letzteres innerhalb des Vertragsschemas gewollt wurde, ist dies wiederholt ausdrücklich und klar im Wortlaut zum Ausdruck gebracht.

Tatsache ist sonach, daß nach wie vor auf keinem Wege, also auch nicht durch einen Beschluß der Ortstarisämter, ein Vertragsteil tatsächlich gezwungen werden kann, gegen seinen Willen einen paritätischen Arbeitsnachweis einzurichten. Alles beruht nur auf gegenseitiger Vereinbarung. Die Ortstarisämter sollen nur prüfen, ob eine derartige Vereinbarung zu erzielen ist, sonst nichts.

Wie jemand, der den Wortlaut und die Entstehungsgeschichte der Bestimmungen über Arbeitsnachweise kennt und an den Verhandlungen teilgenommen hat, eine andere Auffassung haben oder verbreiten kann, ist nicht recht ersichtlich. Wenn trotzdem diese Erklärung an dieser Stelle erfolgt, so geschieht es, um für alle Beteiligten vollkommene Klarheit über diese Ablehnungsgründe des Schiedspruches zu schaffen, aber auch, um von keiner Seite nachträglich den Vorwurf zu hören: Das hätte man uns rechtzeitig sagen sollen.

Auch die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse, in diesem Hauptstreitpunkt eine maßgebende Auslegung zu erfahren und damit die Dinge klar zu sehen.

Dr. Brenner, Rath, v. Schulz.

Nach dem Fiasco, das die Scharfmacher im Malergewerbe mit ihrer Wadtsprobe erleben mußten, scheitern jetzt auch alle ihre verzweifelten Versuche, den verfahrenen Karren flott zu machen. Am Mittwochabend war der Stand der Aussperrung der gleiche wie am ersten Aussperrungstage. In München sperren bisher nicht einmal die Führer des Unternehmerverbandes aus; in Wiesbaden, Magdeburg, Saarbrücken, Koblenz, Friedberg-Rauheim lehnten die Unternehmer eine Aussperrung überhaupt ab. In Dortmund, woselbst bisher ebenfalls nicht ausgesperrt wurde, sind jetzt die Unternehmer soweit scharf gemacht worden, daß sie am 14. März damit beginnen wollen.

Berlin und Umgegend.

Der Lohnkampf in der Berliner Herrenkonfektion.

Infolge des Streiks der Herrenkonfektionsschneider scheint sich die Gemütsstimmung der Vertreter der Unternehmerinteressen in der

Redaktion des „Konfektionär“ in einem bedenklichen Zustande zu befinden. Die letzte Nummer dieser Zeitung stellt zunächst fest, daß die Lage unüberdärbert sei, um dann im nächsten Satz zu sagen:

„Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Unmut vieler Schneider über den ihnen aufgedruckten Streik im Wachsen ist.“

Wenn der Sinn dieser Zeilen sein soll, zu sagen, daß der Arbeiterschaft der Streik von ihrer Organisation aufgedrungen sei, so muß schon eine arge Verwirrung in den Köpfen der Redakteure des „Konfektionär“ eingegriffen sein, denn vor einiger Zeit berichtete dasselbe Organ, daß die Arbeiter den Streik selbst beschlossen haben. Danach können sich die Arbeiter den Kampf nur selbst aufgedrungen haben. Es ist jedoch richtig, daß der Arbeiterschaft der Kampf von den Konfektionären aufgedrungen wurde. Dafür liegen ja schlüssige Beweise vor.

Die Unternehmer haben die härteste Form gewählt, um die Verhandlungen abzubrechen, indem sie ihre Angebote, von denen ihnen bekannt war, daß sie die Arbeiter nicht befriedigten, in der Form eines Ultimatum überreichten. Als ihnen noch vor Ausbruch des Kampfes die Vermittlung durch einen Unparteiischen angeboten wurde, haben sie diesen ohne Antwort gelassen. Neuerdings ist ihnen wieder die Vermittlung eines Unparteiischen angeboten und haben sie dieselbe wieder nicht angenommen. Von den Arbeitern ist auf die Anfrage des Unparteiischen die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausgesprochen worden.

Danach besteht doch nur in den Kreisen der Konfektionäre die Absicht, den Kampf weiter zu führen und eine Wadtsprobe zu veranstalten. Dies geht auch weiter daraus hervor, daß die Unternehmer ihren Mitgliedern sowohl in Berlin als im Lande die Dinge so darstellten, als sei es der Verband der Schneider, der sich weigere, auf einer annehmbaren Grundlage zu verhandeln. So haben sie zu Sonntag eine Ausschuffung nach Berlin einberufen, in welcher die Lage eingehend erörtert werden soll.

In welchem Sinne dies beabsichtigt ist, geht aus einem Schreiben hervor, das an die Mitglieder der Ortsgruppe II des Arbeitgeberverbandes gerichtet worden ist. Diese Gruppe fertigt nur Stapelwaren an. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Arbeitgeberverband der Berliner Stapelherrenkonfektion Engros & Co.
Berlin, den 8. März 1913.

Da Sie der gestrigen Sitzung des Verbandes, Berlin II, nicht beigewohnt haben, teile ich Ihnen folgendes mit:

Von dem Vorsitzenden des Verbandes Berlin I wird mir die Nachricht, daß dessen Mitglieder darüber Klage führen, daß unterseits nicht genügende Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Verbandes Berlin I genommen wird.

Sollte dieses sich nicht ändern, so würde an den allgemeinen Arbeitgeberverband unverzüglich auf Grund des § 24 unserer Statuten der Antrag gestellt werden, der Ausschuffung möge ohne Säumen zusammentreten und beschließen, daß Berlin II gezwungen sein soll, seine Arbeiter auszusperrten, damit Berlin I die Beendigung der bestehenden Arbeitsdifferenzen erleichtert wird.

Sie wollen also darauf achten, daß vorerst weder nach Schneidern noch Zuschneidern annonciert wird, daß keine neuen Schneider eingestellt werden, gleichgültig für wen sie bisher gearbeitet haben, daß keine Schneider für die Folge mehr Arbeit erhalten, als vor Beginn der Streitigkeiten. Hieraus mache ich Sie in meinem und allgemeinen Interesse aufmerksam und bitte dringend um strikte Befolgung.

Hochachtung

J. S.; David Löwenstein.

Demnach ist der Unmut der Schneider wohl eine Phantasie, die ihre Ursache in der wenig angenehmen Stimmung im Lager der Konfektionäre hat. Möglich, daß außer den Arbeitern, denen die Konfektionäre den Streik aufgedrungen haben, noch eine Anzahl Arbeiter ausgesperrt wird und damit den Unternehmern noch die Schließung ihrer Geschäfte ausgezwungen wird.

Es ist ja begreiflich, daß sich die Unternehmer über die Einigkeit und Geschlossenheit ärgern, die im Lager der Arbeiter herrscht, wo jeder mit Freuden für seine und seiner Kollegen Interessen eintritt. Das rechtfertigt aber doch nicht die Behauptung, daß im Lager der Arbeiter die gleiche Gewaltpolitik getrieben werde, wie sie von den Unternehmern ihren eigenen Kollegen gegenüber geübt wird. Die Einigkeit im Unternehmerlager ist doch nur dadurch zu halten, daß sie ihren Kollegen das Material sperren und sie dem wirtschaftlichen Ruin aussetzen, wenn sie den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter Rechnung tragen. In den Kreisen der Arbeiter sieht man der weiteren eingehenden Erörterung der Lage durch die Konfektionäre mit Ruhe entgegen und ist entschlossen, die Interessen der Arbeiterschaft unter allen Umständen zu wahren.

Achtung, Herrenkonfektion! Folgende Zwischenmeister für Hosen und Westen der Herrenkonfektion fertigen Streikarbeit an: Baum, Chodowiczstr. 21; Fändrich, Graunstr. 36; Koil, Mehnerstr. 5; Jahnke, Rheinsberger Str. 44; Marichowski, Auglerstr. 41; Hillmann, Choriner Str. 50a; Meißel, Schibelbeiner Str. 44; Herrmann, Schliemannstr. 32; Selle, Graunstr. 24; Kranich, Ruppiner Str. 42; Annacker, Vorhagenstraße 22; Rühr, Rauerstr. 6; Hänckle, Hagener Straße 12; Drews, Kastanienallee 11; Drews, Schliemannstraße 45; Kaulen, Dänenstr. 9; Spelling, Schönholzer Straße 15; Willabed, Brunnenstr. 83; Klingbeil, Kleine Markusstr. 16; Jempe, Kaltschadenstr. 96; Geyper, Ramlersstraße 22; Siemmer, Rigaer Str. 24; Fark, Widertstr. 141; Knoblauch, Köpenicker Str. 77; Bernuth, Kochhammerstraße 29; Beständig, Engelauer 1a; Schönlich, Köpenicker Straße 115; Fiedert, Stolpische Str. 20; Reher, Zwinmünder Straße 41; Fieg, Kochhammerstr. 6, vorn II; Wolayli, Thauerstraße 54; Joppil, Pringelallee 81; Schulenmeister, Löwenhauser Allee 71 und Tolkendorf, Franzensdammstr. 28.

Da sich in die bisher veröffentlichte Liste einige Fehler eingeschlichen haben, bitten wir, diese Liste genau zu beachten.

Die Betriebe dieser Zwischenmeister sind gesperrt.

Verband der Schneider, Billale Berlin I.

Achtung, Töpfer! Wegen Tarifbruch und Beschäftigung von Wilden sperren wir hiermit die Firma Rudolf Koch, Chodowiczstraße 41. In Frage kommt zurzeit der Bau Stargarder Straße 48.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Binnenschifffahrt.

Die Schifffahrtsgesellschaften haben an die Mannschaften die telegraphische Ordre gegeben, sofort die Arbeit aufzunehmen. Aber auch diese über 5000 Depeschen haben ihre Wirkung verfehlt. Die Streikbrecher werden den Firmen schon sehr un bequem. Sie richten an den Schiffen zu großen Schaden an. Was für Elemente darunter sind, beweist, daß die Polizei stadtbüchlich verlorletzte Personen von den Fahrgäugen heruntergeholt hat. Solchen Menschen werden Kaufmannsgüter anvertraut. Auf der Oder haben die Gesellschaften beschlossen, nur den Verkehr zu machen, den Talverkehr zu eröffnen, da dies ohne Dampfstraft möglich ist. Der Verkehr soll ruhen, da die Mannschaften ohne Unterschied der Chargen die Arbeit verweigern. Die Scharfmacher unter den Unternehmern wollen, daß die kleinen Schiffseigner, die jetzt fahren, in der laufenden Schifffahrtperiode nicht beschäftigt werden dürfen.

Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Unternehmerpresse verbreitet das Gerücht, daß die bewilligten Firmen die gestellten Forderungen nur für eine Reihe bewilligt hätten. Dies ist natürlich Unsinn. Für über 200 Firmen sind die Arbeitsverhältnisse insgesamt geregelt. In den Reihen des Unternehmerverbandes herrscht keine ungeteilte Meinung über die Aussperrung. Größere Firmen sind kampfesüde und versuchen, eine Einigung mit den Schiffen anzuführen. Nur fünf große Firmen wollen nicht nachgeben; doch werden auch diese zum Nachgeben veranlaßt werden, denn die Arbeiterorganisationen richten sich darauf ein, den Kampf, wenn nötig, noch bis zum Sommer durchzuführen.

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Bergöfer u. Co. in Niedergörschen bei Rassel sucht allerorts Arbeiter. Es wird ersucht, den Betrieb vorerst zu meiden, da von den Arbeitern eingereichte Forderungen um Verlängerung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnhöhung bisher ihre Erledigung noch nicht gefunden haben. — Metalldreher, Schlosser, Metallformer und Blechschmied seien besonders darauf aufmerksam gemacht.

Die städtischen Arbeiter Röhls verlangen seit Jahren den Neunstundentag für alle Tagearbeiter und den Achtstundentag für alle Schichtwechselarbeiter. Die neueste Forderung der Arbeiter hat nun die Stadtverwaltung veranlaßt, ein Gutachten von der Handelskammer über den Einfluß einer solchen Arbeitszeitverkürzung einzuholen. Tagearbeiter arbeiten zurzeit 9 1/2 Stunden, Schichtwechselarbeiter 10 bis 12 Stunden. Die Handelskammer hält die Forderung für un durchführbar, da bei ihrer Verwirklichung die Konkurrenzfähigkeit der industriellen Betriebe Kölns in Frage gestellt sei. Erfahrungsgemäß würden sich die Arbeiter in den privaten Betrieben die günstigeren Arbeitsverhältnisse der Staats- und Kommunalbetriebe zum Muster nehmen und sie zu verwirklichen suchen. Deshalb könnten weitere Zugeständnisse in Bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit nicht gemacht werden. Mit diesem sonderbaren Gutachten haben sich die städtischen Arbeiter in Versammlungen beschäftigt. Der Ansicht der Handelskammer wurden die praktischen Erfahrungen entgegen gestellt. Auch wurde hervorgehoben, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindebetriebe hinter denen der privaten Unternehmer zurückstehen, also keineswegs vorbildlich sind. Eine Protestversammlung vom 9. März wandte sich gegen den unberechtigten Eingriff der Handelskammer in die Interessensphäre der städtischen Arbeiter. Das Gutachten sei von Feindschaft des Unternehmertums gegen jeglichen sozialen Fortschritt diktiert. Die städtischen Arbeiter Kölns sind gewillt, ihren Kampf für die Verlängerung der Arbeitszeit weiterzuführen. Der freie Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird nachdrücklich für diese Forderung eintreten. Organisationsleitung und Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, durch ihre Weiter Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister zu pflegen.

In der Limbach-Chemnitzer Kartonagenindustrie drohen Differenzen. Die dortigen Kartonarbeiter haben seit 1907 tarifliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bei der Tarifverneuerung 1910 war wie 1907 es zu gegenseitiger Verständigung gekommen. Am 31. März dieses Jahres läßt dieser Tarif ab. Die Arbeiter und Arbeiterinnen unterbreiteten den Kartonfabrikanten eine neue Vorlage, die anstatt der 50 stündigen die 56 stündige Arbeitszeit und den teuren Zeiten entsprechende Mindestlöhne von 22 bis 50 Pf. pro Stunde vorsieht. Die Kartonfabrikanten lehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit strikte ab; Lohnhöfungen wollten sie nur in Höhe von 1 bis 2 Mark pro Woche eintreten lassen. Auf dieser Grundlage konnte keine Einigung zustande kommen. Die Kartonarbeiter bestehen auf einer Verkürzung der Arbeitszeit, und die Löhne müssen aufgebessert werden, da bisher von den Kartonfabrikanten die Mindestlöhne mit nur wenigen Ausnahmen als Höchstlöhne betrachtet wurden. — Vorausichtlich wird es zum Streik kommen. Deshalb werden Buchbinder und Kartonarbeiter ersucht, Zugang fernzuhalten und Arbeitsangebote nach Limbach abzulehnen.

Tarifbewegung der Steinhauer im fränkischen Muschelkalkgebiet.

Im Jahre 1910 wurde zwischen dem Verbands der Steinarbeiter und der Unternehmerorganisation für genanntes Gebiet ein Tarifvertrag abgeschlossen. Da die Lohnverhältnisse nicht die besten sind und der Tarif einer Reihe Änderungen bedarf, wurde er von den Arbeitern gekündigt. Der christliche Verband der Steinarbeiter hat im ganzen Gebiet ungefähr 80 Mitglieder. Der Steinarbeiterverband zählt rund 1000 Mitglieder. Zu den jetzigen Tarifberatungen hat sich der christliche Verband den Unternehmern aufgedrängt, die nun den Christlichen 3 Verhandlungskommissionsmitglieder und dem Zentralverbande 6 zugestehen wollen. Die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes kamen zu der Ueberzeugung, daß die Christlichen mit Absicht die Bewegung zum Nachteil der Arbeiter zu beeinflussen suchen, und lehnten es ab, mit ihnen gemeinsam zu verhandeln. Der christliche Verband hat auch durch seine Helfershelfer im Gebiet bereits verstanden lassen, daß er jederzeit den Unternehmern beistehen werde; sie zeigen dadurch förmlich die Unternehmer auf, eine Aussperrung vorzunehmen.

Ausland.

Generalfreist in Marseille.

Seit zwei Monaten streiken die Erdarbeiter, die die Kanalanlage in Aix herstellen sollen. Am Montag wurde nun der Beschluß gefaßt, daß sämtliche Arbeiter in Marseilles und Aix in den Ausstand treten wollen, um hiermit ihre Solidarität mit den Streikenden zu bezeugen. Selbst die Modistinnen nehmen an dieser Bewegung teil. Vormittags fand ein Umzug durch die Stadt und nachmittags ein großes Meeting statt. Gegen 10 1/2 Uhr zogen die Ausständigen zum Bürgermeisterturm, wo sie förmliche Petitionsscheine zerschmetterten. Die Gendarmerie machte von der blanken Waffe Gebrauch. Verschiedene Verhaftungen erfolgten. Wie immer in solchen Fällen regen sich die Unruhestifter. In der Nacht explodierte in einem Gebäude ein Feuerwerkskörper; hierbei erlitt ein Wächter leichte Verletzungen. Auf der Straßenbahn, die zwischen Aix und Marseilles verkehrt, kam ebenfalls eine Explosion vor, die angeblich großen Schaden anrichtete. Eine Untersuchung über die Vorfälle ist eingeleitet; aber ohne deren Untersuchung abzuwarten, meldete die bürgerliche Presse schon, es habe sich um Dynamitattentate gehandelt.

Letzte Nachrichten.

Der englische Flottenetat.

London, 13. März. (B. T. N.) Der Flottenetat für 1913/14 beläuft sich auf 46 300 300 Pfund Sterling gegen 45 075 400 Pfund Sterling des laufenden Jahres. Der Etat sieht eine Vermehrung des Personalbestandes um 8500 Mann vor. Dieser soll bis zum März 1914 insgesamt 146 000 Offiziere und Mannschaften erreichen. Eine Summe von 2 052 400 Pfund Sterling wird angefordert für den Beginn des Baues der Schiffe des neuen Programms, das fünf Schlachtschiffe, acht Kreuzer, sechszehn Torpedobootszerstörer und eine Anzahl von U-Booten und Hilfschiffen umfaßt.

Eine Bombenfabrik der Suffragetten ausgehoben.

London, 13. März. (B. T. N.) Bei einer Hausdurchsuchung in dem Atelier einer Künstlerin, die in der Suffragettenbewegung eine führende Rolle spielt, fand die Polizei ein vollständig eingerichtetes Laboratorium vor. In einem Nebenzimmer wurden eine große Anzahl fertiger Bomben, Säuren sowie Bromstoffe gefunden, die in dem Laboratorium hergestellt wurden, um bei neuen Attentaten Verwendung zu finden. Eine Reihe von Verhaftungen von Führerinnen der Frauenmitemrechtsbewegung, die in die Angelegenheit verwickelt sind, steht bevor.

Der Schrei nach dem Ausnahmegezet.

Nach dreijähriger Pause hat die konservative Partei wieder einen öffentlichen Parteitag einberufen, der gestern im „Reichstag“ stattfand. Die schwierige Lage, in die die Konservativen in den letzten Jahren und besonders durch die Reichstagswahl von 1912 geraten sind, hat offenbar das Bedürfnis geweckt, wieder einmal Heereschau zu halten und die Anhänger fester um sich zu sammeln. Was die Konservativen an innerer Kraft und Zahl der Anhänger verloren haben, das suchten sie gestern durch törende Phrasen zu ersetzen. Aber so gering auch der Anhang der Konservativen im Volke ist, so gefährlich sind sie für das deutsche Volk durch den Besitz aller politischen Machtmittel und die klägliche Haltung, die das Bürgertum im Kampfe gegen das Junkertum einnimmt. Gerade jetzt wäre für die liberalen Parteien die beste Gelegenheit, den konservativen empfindlichen Schaden zu tun. Die Lage der konservativen gegenüber der Deckung der Kosten für die kommende Heeresvorlage ist eine äußerst unangenehme. Das ging auch aus den Reden oder vielmehr dem berechneten Schweigen der Redner auf dem konservativen Parteitage über diese klägliche Angelegenheit hervor. Nur ganz allgemein forderte Graf v. Westarp, daß bei den neuen Besitzsteuern die Finanzhoheit der Bundesstaaten gewahrt und daß auch die Veranlagung für die einmalige Abgabe den Einzelstaaten überlassen werden müsse. Graf von Seydebrand und der Lafe, der über die allgemeine politische Lage sprechen sollte, ging über die Frage der neuen Steuern vollkommen hinweg. Um so mehr brüsteten sich Graf v. Westarp und v. Seydebrand damit, daß die Konservativen die nach dem Urteil des allerhöchsten Kriegsherrn und seiner berufenen Berater erforderlichen Rüstungen „glatt bewilligen“ werden. Seydebrand scheute sich dabei nicht, in andeutenden Worten von einer besonders schwierigen politischen Situation, in der sich Deutschland befindet, zu sprechen, und damit jener Stimmung Vorschub zu leisten, deren offenen Ausdruck jedoch die Regierung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ als chauvinistische Geze verurteilt hat.

Sein charakteristisches Gepräge erhielt der konservative Parteitag nicht durch die Erörterung dieser Angelegenheit, sondern durch die ausgesprochene Geze gegen die Sozialdemokratie. Was sollten die Konservativen auch sonst von der Regierung und den bürgerlichen Parteien fordern? Die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist ja geradezu auf den Leib der Konservativen zugeschnitten, und den Vorn über die angelegliche Durchlöcherung dieses tadellos schließenden Gewandes kann man schließlich dem Bund der Landwirte im Zirkus Busch überlassen. Nur eine Gefahr droht den Konservativen: das Anwachsen der Sozialdemokratie. Der Schrei nach dem Ausnahmegezet gegen die Sozialdemokratie klang in allen Reden der Tagung wieder. Beweglich flachte Graf v. Westarp über die Gefahr eines parlamentarischen Regimes durch die Wahl der roten Hundertzehn. Händeringend söhnte Seydebrand über die nagende Arbeit der Revolutionspartei, der das deutsche Volk hilf- und schutzlos ausgeliefert sei. Nichts wußte man an den übrigen bürgerlichen Parteien und der Regierung anzusehen, als daß sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie veräußerten. Mit pathetischer Stimme wandte sich Seydebrand fragend an die Delegierten: ob die Regierung, die dazu berufen sei, den Mut fände, der Sozialdemokratie entgegenzutreten — und mit stürmischem Nein antwortete die Versammlung. Mit solch demagogischen Mitteln wurde die Stimmung der Delegierten angelegt, um die Regierung zur Ausnahmegezetgebung aufzuwecken. Delbrück wurde wegen seiner Stellung zum Streikpostenverbot natürlich von Graf Westarp durch ironische Bemerkungen unter böhnischem Gelächter der Tagung besonders abgefanzelt.

Nur einen Trost fand Seydebrand, um die verzweifelte Lage nicht ganz für hoffnungslos zu erklären: die konservative Partei, die wie ein Fels im Meer den brandenden Wogen der Sozialdemokratie Trost biete. Auf dieses Lob des Junker- und Preußentums war die ganze Tagung abgestimmt. Auch in den Reden der Vertreter Bayerns, Sachsens und Württembergs trat die offene Anerkennung hervor, daß Preußen den Hort der Reaktion in Deutschland bildet. Die preussische Wahlmacht fand dabei ihr besonderes Lob. Bittere Feindschaft sagte v. Walbahn der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu, die nochmals die „unglückselige Wahlreform“ in Fluß bringen würden; Dollwitz, der vertraute Freund der Konservativen und die feste Stütze der Reaktion erhielt hingegen Lob für seine Verteidigung des preussischen Wahlrechts und ward den übrigen Ministern als Muster hingestellt.

Mit der Parole: „Nieder mit dem Koalitionsrecht! Her mit Ausnahmegezetten gegen die Sozialdemokratie!“ will die konservative Partei offenbar in den preussischen Landtagswahlkampf ziehen. Die Junker bauen darauf, daß das schändliche Wahlrecht ihnen wieder die Mehrheit bringen wird und, gestützt auf diese Machtstellung, hoffen sie, die Regierung zu Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung zu zwingen. Die Arbeiterschaft sieht diesem Anstoß unbekümmert entgegen. Sie zieht in den Wahlkampf mit dem Schlachtruf: Nieder mit dem Preußen- und Junkertum! Her mit dem freien Wahlrecht für Preußen!

Der Balkankrieg.

Der Stand der Friedensvermittlung.

London, 13. März. Die „Times“ schreiben: Die unbedingte Annahme der Vermittlungsvorschläge der Mächte durch den Balkanbund muß erwartet werden. Die Mächte hatten schon der Türkei gegenüber die Vermittlung auf anderer Grundlage abgelehnt. Die Verbündeten wußten, daß die Mächte nicht die Absicht hätten, in der Vermittlung die Rolle von Zwischenträgern und Rauffungen zu spielen. Das Blatt fährt fort: Wir vertrauen darauf, daß die Verbündeten nach reiflicher Ueberlegung sich klar machen werden, wie schädlich es sein würde, eine unbedingte Annahme der Anregungen

eines einzigen Europas hinauszuschieben. Alle Mächte ohne Ausnahme, sowohl die Nationen wie die Regierungen, empfinden nachgerade, daß die Balkanfrage einem europäischen Skandal gleichkomme. Sie enthält keine Gefahren mehr für den europäischen Frieden; aber sie läßt die Welt nicht zur Ruhe kommen und auf diese Weise ist sie ebenso ein europäischer Unfug wie ein europäischer Skandal. Der Unfug muß unterdrückt, der Skandal beseitigt werden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagte nur die Wahrheit, wenn sie erklärte, daß die Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland von ganz Europa dankbar willkommen geheißen werde und das Vertrauen stärke, daß die vereinigten Bemühungen der Mächte die wenigen noch bestehenden Hindernisse beseitigen werden.

Englische Stimmen gegen die Haltung der Balkanstaaten.

London, 13. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die österreichisch-russische Demobilisierung hat hier die optimistische Ansicht über die Erhaltung des europäischen Friedens naturgemäß nur bestärkt; aber man hängt an, über die Haltung der Balkanstaaten sehr ungehalten zu werden, und man spricht von einer Intervention der Mächte zur Beendigung des Krieges. Nach einer Meldung aus Sofia wollen die Balkanstaaten Bedingungen an die Mediation der Mächte knüpfen. Das ist allein schon deshalb unzulässig, weil sich die Türkei mit der Mediation bedingungslos einverstanden erklärt hat. Die „Times“ schreiben heute, Regierungen wie Völker fühlen, daß die Fortsetzung des Krieges zu einem europäischen Skandal werde. Der Krieg bedeute zwar nicht mehr eine Gefahr für den europäischen Frieden, aber er hindere die Welt daran, sich zu beruhigen. Und in dieser Hinsicht sei er nicht nur ein europäischer Skandal, sondern auch ein europäisches Vergehen. Das Blatt schreibt dann: „Die Ablehnung der Mediation oder Versuche, sie durch eine bedingte Annahme nichtig zu machen, mag die Mächte in gemeinsamen Interesse Europas wie auch im wirklichen Interesse der Türken und der Verbündeten zwingen, zur Intervention zu schreiten. Wir glauben, sie sind entschlossen, den Krieg zu beenden und bald zu beenden durch einen gerechten und vernünftigen Frieden! Sie würden diesen weit lieber durch Mediation herbeiführen; sollte sich dies als unmöglich herausstellen, so werden sie ihn sehr wahrscheinlich auf anderem Wege erzwingen.“

Griechische Erfolge.

Athen, 13. März. Das Preßbureau meldet: Die griechische Armee hat Premeti besetzt; die Türken, welche sich dort befanden, sind geflohen, wahrscheinlich in der Richtung nach Berat. Es wird behauptet, der Türken hätte sich eine Panik bemächtigt, und sie hätten Delvinali aufgegeben.

Eine Aktion für die in Stutari eingeschlossene Zivilbevölkerung.

Cetinje, 13. März. Die Vertreter der Großmächte unternahmen heute im Ministerium des Aeußern einen gemeinsamen Schritt, um zu verlangen, daß der gesamten Zivilbevölkerung von Stutari gestattet werde, die Stadt zu verlassen. Der Minister des Aeußern erklärte, er werde dieses Verlangen dem Ministerrat mitteilen und heute nachmittag die Antwort bekanntgeben.

Ein Erfolg des türkischen Kreuzers „Hamidje“.

Cetinje, 13. März. Nach an hiesiger amtlicher Stelle eingelangten Nachrichten sind bei dem gestrigen Bombardement von San Giovanni di Medua durch den türkischen Kreuzer „Hamidje“ vier griechische Transportschiffe und zwar „Christomartiri“, „Beniotis“, „Ertis“ und „Trifilia“, schwer beschädigt worden. Zwei von diesen vier Dampfern, die Lebensmittel für die Armee führten, gerieten durch das Ausschlagen der Geschosse in Brand; die ganze Ladung ist vernichtet. Die anderen Dampfer hatten Soldaten und Munition geföhrt, doch war die Ausschiffung bereits beendet. Etwa zehn Personen sollen dem Bombardement zum Opfer gefallen sein.

Rumänien und Bulgarien.

London, 13. März. Unterhaus. Der Unionist Magnus fragte Grey, ob er bei den zutreffenden Grenzberichtigungen zwischen Rumänien und Bulgarien und der beabsichtigten Abtretung gewisser Teile bulgarischen Gebietes sein Bestes tun werde, um den Angehörigen aller Religionsgemeinschaften, die jetzt unter der bulgarischen Verfassung und in dem abzutretenden Gebiet leben, gleiche Freiheit zur Ausübung ihres eigenen Religionskultus zu gewährleisten, die sie jetzt besitzen.

Grey erwiderte: Die Regierungen Bulgariens und Rumäniens haben zugestimmt, die zwischen ihnen entstandene Frage der Mediation der Mächte zu übergeben. Es gereicht zur allgemeinen Befriedigung, daß diese Zustimmung in Prinzip erteilt worden ist. So lange die Frage noch schwebt, kann ich über die mögliche Abtretung von Gebiet oder die damit zusammenhängenden Verhältnisse keine Erklärung abgeben, ohne Gefahr zu laufen, die Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich zu stören. Die Prinzipien, denen in der Frage das Wort geredet wird, verdienen allgemeine Sympathie.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März 1913.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus ist am Donnerstag, nachdem es eine nicht zu keine Tagesordnung in wenigen Stunden aufgearbeitet hatte, in die Osterferien gegangen. Zunächst wurde die Debatte über die Anträge betr. die Remunerationsfonds für Beamte, betr. Erziehungsbeihilfen für Beamte und Zulagen an linderreiche Unterbeamte zu Ende geführt. Der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Ströbel, wandte sich in seiner Rede gegen die gegenwärtige Remunerationsfondswirtschaft, die zum Teil zur Korruption führe, aber auch gegen die Anträge des Zentrums, die darauf hinausläufen, daß die Gelder für allgemeine Wohlfahrts-einrichtungen verwendet werden. Als das einzig richtige bezeichnete er die von den Sozialdemokraten schon wiederholt geforderte, aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnte Erhöhung der Gehälter für alle Unterbeamten. Die scharfe, aber berechtigte Kritik an dem Verhalten des Zentrums und der Konservativen zog unserem Genossen einen Ordnungsruf zu. Die Debatte endete damit, daß die Anträge auf Gewährung von Zulagen an linderreiche Beamte bis 3000 M. Gehalt angenommen, die übrigen Anträge an die Budgetkommission zurückverwiesen wurden.

Nach kurzer Erörterung, an der sich nur ein Abgeordneter des Zentrums und ein Sozialdemokrat beteiligten, gelangte auch der

Antrag auf Belämpfung des Kinderelends zur Annahme. Der Zentrumredner Wirming forderte die Unterstützung konfessioneller Vereine, während Genosse Pirx in erster Linie den Kommunen und dem Staat die Pflicht zuerteilte, dem Kinderelend Einhalt zu gebieten. Mit der Erledigung einiger weiterer Anträge auf Erhöhung der Positionen betreffend Fürsorge für die gefährdete und verwaarloste Jugend und betreffend Unterstützung des Bezirksbehauptungswesens war die Tagesordnung erschöpft.

Am ersten Tage nach Ostern, am 1. April, soll der Gesetzentwurf betreffend Kolonisation, der dem Landtage freilich noch nicht zugegangen ist, in erster Lesung beraten werden.

Landtagswahl.

Im gestrigen „Reichsanzeiger“ wird für die preussische Landtagswahl als Wahltermin für die Wahl der Wahlmänner der 16. Mai, für die Wahl der Abgeordneten der 3. Juni vom Minister des Innern festgesetzt. Wo infolge Vornahme der Abstimmung in der Form der Freiwahl oder Gruppenwahl (Art. I §§ 3, 4 des Gesetzes vom 28. Juni 1906) die engeren Wahlen an den bezeichneten Tagen nicht durchgeführt werden können, haben diese Wahlen an den dafür anderweit festzusetzenden Wahlen tagen stattzufinden, mit der Maßgabe, daß die Wahlen der Wahlmänner spätestens am 28. Mai, die Wahlen der Abgeordneten spätestens am 9. Juni abgeschlossen werden.

Der Neid der oberen Notleidenden.

Um die Rentabilität so manchen konservativen Blattes ist es schlecht bestellt; besonders im die Finanzlage der 65jährigen „Kreuzzeitung“, des Berliner Hauptorgans der konservativen Partei. Seit Jahren krank das unter der Gerlach'schen Devise „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ stehende Organ an steigenden Defizits. Alle Sanierungen haben nichts genützt. Man hat in den letzten Jahren mit den Redakteuren, dem Verlag, der Druckerei, der Schrift gewechselt, aber nichts hat geholfen — stets machten die Abrechnungen den Besitzern schwere Sorgen. Daran hat auch nichts geändert, daß im vorigen Jahre die „Kreuzzeitung“ in den Besitz der konservativen Partei übergegangen ist. Es ist daher begreiflich, daß man im Hauptverein der Deutsch-Konservativen, dessen Domizil sich in demselben Hause befindet, in dem die „Kreuzzeitung“ zusammengestellt und gedruckt wird, mit Neid auf die in die sozialdemokratische Parteikasse fliehenden Ueberschüsse des „Vorwärts“ blickt und diesem gerne einen Teil seiner Inserate abjagen möchte. So leitet sich denn die „Conserv. Correspondenz“ des Hauptvereins, die ebenfalls Bernburger Straße 24/25 fabriziert wird, folgende Ermahnung an die Berliner Geschäfts-inhaber und Banken:

„Mit immer steigenden Zahlen figurieren in der Abrechnung, die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei dem Parteitage alljährlich vorlegt, die Ueberschüsse des parteiamtlichen Zentralorgans „Vorwärts“. Die Abmontentgelber allein werden wohl schwerlich die Unkosten decken, geschweige denn die Gewinnüberschüsse ermöglichen, die der Parteikasse zufließen. Daher ist die Frage nicht unbedeutend, woher diese stetig steigenden Ziffern stammen. Ein Blick in den Inseratenteil des „Vorwärts“ wird die Antwort auf diese Frage geben. Leider sind es zum meist gut bürgerliche Geschäfte, die durch ihre Anzeigen die sozialdemokratische Parteikasse füllen helfen und auf diese Weise indirekt beitragen zur Belämpfung des Bürgertums durch eben diese sozialdemokratische Presse. Wenn es sich noch um Geschäfte handelte, deren Betrieb auf dem Massenumsatz zugeschnitten ist, deren Kundenschaft sich zum größten Teile aus Arbeiterkreisen zusammensetzte, so ließe sich dies noch erklären. Was soll man aber dazu sagen, daß unsere angesehensten und größten Banken die Spalten des „Vorwärts“ benutzen, um ihre Geschäftsberichte über das abgelaufene Jahr und die Ankündigungen für ihre Generalversammlungen zu veröffentlichen.“

In der letzten Zeit sind in dem parteiamtlichen Organe unter anderem lange Inserate der Commerz- und Diskontobank, der Dresdener Bank und selbst, man möchte es kaum für glaublich halten, der Deutschen Bank erschienen. Im „Vorwärts“ füllen die Inserate der beiden letzten Bankinstitute zwei-eindeinhalb Seite und haben ihm und der sozialdemokratischen Parteikasse allein ein paar Tausend Mark zugeführt. Es liegt uns fern, den Bankleitungen bei dieser Verteilung ihrer Inserate irgendwelche Motive unterzuschreiben, aber es ist nicht einzusehen, welches Interesse die genannten Großbanken daran haben können, ihre Geschäftsberichte im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, dessen Abonnenten wohl kaum zu ihrem Kundenzirkel gehören, denen diese Berichte wohl kaum eine interessante Lektüre bieten können.“

Ein niedlicher zarter Bink mit dem Faupfahl; aber wie es dem politischen Geiste des Ablegers der „Kreuzzeitung“ entspricht, reichlich dumm. Die „Conserv. Correspond.“ darf schon annehmen, daß die betreffenden Banken, speziell die Deutsche Bank, wissen, warum sie ihre Bilanzen auch im „Vorwärts“ veröffentlichen. Jedenfalls bringen die im „Vorwärts“ veröffentlichten Inserate in eine viel größere, breitere Oeffentlichkeit, als die der ehrsamten „Kreuzzeitung“. Herr Müller-Rüger, der ehemalige Handels- und jetzige nominelle (in Wirklichkeit führt ja Herr Schröder das Gezepter) Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, mag ja sehr daran interessiert sein, daß seinem Blatt die Ankündigungen der Großbanken reichlich zufließen, damit nicht die Sommer der „Kreuzzeitung“ über die finanziellen Erfolge seiner Redaktionsführung so bedenklich ihr gestrenges Haupt schütteln, aber durch keine Denunziationen, wie die obige, ist die erste Heftung der Finanzlage nicht zu erzielen, auch nicht nur durch die Wahl neuer Schriftarten. Was nützt das Aeußere, wenn der Inhalt so oberflächlich ist.

Die Verteilung der Vermögen in Preußen.

Einen Anhaltspunkt für die Feststellung des vorhandenen Vermögens in Preußen bietet die Ergänzungssteuer. Freilich sind in ihr die Vermögen unter 8000 M., also die nicht steuerpflichtigen, nicht mit enthalten. Und ebenso fehlen die auf Grund der §§ 17 und 19 von der Ergänzungssteuer freigestellten, von denen wir zwar die Zahl, nicht aber die wahre Höhe der einzelnen Vermögen kennen. Bei 242 000 Freistellungen im Jahre 1911 und bei einem angenommenen Durchschnittsvermögenssbetrag von 10 000 M. dürfte der vorhandene steuerpflichtige Gesamtvermögensbestand um 2½ Milliarden Mark zuzurechnen sein. Endlich ist noch in Betracht zu ziehen, daß, da eine Verpflichtung zur Vermögensanzeige nicht besteht, das tatsächlich vorhandene Privatvermögen noch wesentlich höher sein dürfte.

Das zur Ergänzungssteuer herangezogene Vermögen hat in Preußen im Laufe der letzten 15 Jahre eine rapide Vermehrung erfahren. Es belief sich im Jahre 1896 auf rund 64,0, 1908 auf 91,7 und 1911 auf 104,1 Milliarden Mark. Es hat also seit 1896 eine Zunahme um 62,5 Proz. oder durchschnittlich 3,3 Proz. jährlich stattgefunden, seit 1908 eine solche um 16,5 Proz. oder 4,3 Proz.

Jährlich. Die relative Zunahme hat sich demnach in letzter Zeit erhöht. Die Zahl der Jenisten stieg von 1 166 745 im Jahre 1896 auf 1 502 570 im Jahre 1908 und 1 767 034 im 1911. Hier betrug also die Zunahme seit 1896: 51,5, seit 1908: 17,6 Proz.

Wie verteilt sich nun das vorhandene ergänzungssteuerpflichtige Vermögen auf die Jenisten? Bei einer gleichmäßigen Verteilung würden auf jeden Jenisten nahezu 60 000 M. kommen, d. h. je 17 000 Jenisten würden sich in eine Milliarde zu teilen haben. In Wirklichkeit verhält sich die Sache natürlich ganz anders. Im Jahre 1896 waren es immer noch 28 Leute, die sich in die erste Milliarde zu teilen hatten. 1908 war ihre Zahl auf 9 und 1911 auf 8 gesunken. Wenn wir also auch in Preußen noch keine Milliarden haben, so haben doch die 8 reichsten Leute zusammen 1 Milliarde Mark Vermögen, der reichste davon 282 Millionen. Das genügt auch schon. An der zweiten Milliarde nehmen 13 Personen, an der dritten 37, der vierten 54, der fünften 73, der sechsten 95, der siebenten 120, der achten 143, der neunten 186 und der zehnten 198 Personen teil. Die 910 reichsten Leute in Preußen besaßen also zusammen nahezu den zehnten Teil des gesamten Privatvermögens. Ein Vermögen von über 1 Million Mark besaßen rund 10 000 Jenisten, und diese 10 000 Millionen nannten 96 Milliarden, also den vierten Teil des gesamten Privatvermögens ihr eigen. Dann kommen 330 000 Leute, die über ein Vermögen von 100 000 M. bis 1 Million Mark verfügen und deren Gesamtbesitz 50 Milliarden Mark beträgt. Und endlich zum Schluss die große Zahl der „Proletarier“ unter den Kapitalisten, die nicht einmal 100 000 M. in ihrem Beutel haben. Es sind dies 1 450 000 Personen, und ihr gemeinsamer Besitz beträgt 30 Milliarden Mark.

Von Interesse ist ferner noch, daß von den insgesamt 1 767 034 preussischen Jenisten des Jahres 1911 808 130 auf die Städte und 958 904 auf die Landgemeinden kommen, und zwar entfällt der bei weitem größere Teil der auf dem Lande Wohnenden, nämlich 745 296, auf die Gemeinden unter 2000 Einwohner. Die Anteilsziffern sind 45,7 Proz. für die Städte, 12,1 Proz. für die Landgemeinden über und 42,2 Proz. für die Landgemeinden unter 2000 Einwohner. Für die Gesamtbevölkerung sind die betreffenden Anteilziffern 47,4, 15,3 und 37,3 Proz. Daraus ergibt sich, daß in den kleinsten Gemeindebezirken erheblich mehr Jenisten veranlagt sind, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Dieses Ubergewicht stammt jedoch ausschließlich von den kleineren Vermögen unter 40 000 M., die der Masse des bäuerlichen Mittelstandes entsprechen. In den höheren Vermögensstufen überwiegen die Städte, in denen sich weit größere Vermögensmassen konzentriert haben, als dem Anteil ihrer Einwohnerzahl an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde.

Aus dem Schwarzburg-Rudolstädter Landtag.

Nach langen Verhandlungen ist zwischen dem Landtag des Kleinstaates Schwarzburg-Rudolstadt und der Regierung eine Verständigung zustande gekommen. Die Regierung macht die Einbringung eines neuen Einkommensteuergesetzes und die Verschlebung des bekannten Wahlrechtsveränderungsgesetzes nicht mehr von der Annahme des neuen Pflanzengesetzes abhängig. Darauf wurde in einer Dauerung der Etat in erster Lesung angenommen; ebenso ein neues Beamtenbesoldungsgesetz. Dadurch erhalten die Beamten eine Zulage von 8 Proz., die unteren Beamten eine solche bis zu 20 Proz. und darüber.

Am Sonnabend soll das Besoldungsgesetz in zweiter Lesung beraten werden. Dann wird die Wahl des Landtagsvorstandes vorgenommen. Den Bürgerlichen sind drei Sitze zugesprochen. Der Landtag wird Sonnabend in die Osterferien gehen, die bis 2. April dauern sollen.

„Kulturaufgaben leiden nicht.“

Die neue Wehrvorlage wirkt bereits bedenkliche Schatten voraus. Im Grobherzogtum Hessen wird sie als willkommene Erlösung gegen die Gehaltsansprüche dürftig besoldeter Gerichts- und Schulbeamten begrüßt. Die zweite heftige Kammer hatte am Freitag in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 22 Stimmen zwei Anträge des Abg. Adelung (Soz.) angenommen, in denen eine Vermehrung der besoldeten Schreibgehilfen- und Gerichts- und Schulstellen gefordert wurde, um die schlecht bezahlten Amtswörter schneller in besser bezahlte Stellen zu bringen. Der Finanzausschuß der ersten Kammer hat jetzt den Antrag abgelehnt mit Rücksicht auf die in nächster Zeit bevorstehenden bedeutenden Anforderungen des Reiches zur Hebung der Wehrkraft.

Die „hohen und erlauchten Herren“ der heftigen Palastkammer erklären also mit dünnen Worten: die Schreibgehilfen mögen hungern; das Vaterland kann keine auskömmliche Bezahlung für geleistete Dienste gewähren, weil es zudiel Geld für Soldaten braucht.

Die deutschen Fürsten und die einmalige Vermögensabgabe.

Die einmalige Abgabe vom Vermögen, die zur Bedeckung der Militärvorlage geplant ist, wird von dem früheren Regierungsrat Martin demühtig sein Handbuch der Millionen wieder in Erinnerung zu bringen. In einer neuen Auflage beschäftigt er sich auch mit dem Vermögen der regierenden Fürsten in Deutschland. Das Vermögen der preussischen, sächsischen und sachsen-weimariischen Familien wird von ihm auf mindestens 300 Millionen Mark geschätzt. Die übrigen 19 Landesherren bringen nach Martin kaum mehr als die lumpige 200 Millionen Mark zusammen. Demnach würde das Vermögen der Fürsten, das etwa bei einer einmaligen Abgabe zur Berechnung kommt, kaum mehr als zusammen eine halbe Milliarde Mark betragen. Sehr leicht möglich sei es aber auch, daß die Summe noch niedriger werde, da die Fürsten ihr nicht verbendes Vermögen, das in Schlössern und Sammlungen angelegt ist, nur mit sehr niedrigen Beträgen ansetzen würden. In diesem Falle sei nur mit drei- bis vierhundert Millionen Mark zu rechnen und, wenn ein Prozent erhoben werde, mit einer Einnahme von allen 22 Fürsten von drei bis vier Millionen Mark. Würde eine Besteuerung der hohen Einkommen als Ergänzung der Vermögensabgabe vorgenommen, dann kämen bei den rund 40 Millionen Mark, die die deutschen Fürsten aus Zinsen usw. vereinnahmen, noch weitere 2½ Millionen hinzu, sofern die Abgabe mit 5 Proz. vom Einkommen berechnet werde.

So verschwendend ist der frühere Regierungsrat Martin in seinem Millionenhandbuch mit dem Gelde wirtschaftet; bei den Fürsten scheint er sehr knapp gerechnet zu haben, sowohl was das Vermögen betrifft, als insbesondere auch bei der Berechnung des Einkommens. Der preussische König hat allein nahezu 20 Millionen Einkommen vom Staate, wozu dann noch die sicher sehr erheblichen Beträge aus seinen großen landwirtschaftlichen Besitzungen kommen. Wenn man zulassen wollte und ähnlich genau rechnete wie bei der steuerlichen Feststellung des Einkommens der kleinen Leute, dann ließe sich sicher mehr, wesentlich mehr von den Fürsten holen. Freilich: um eine einmalige Besitzabgabe von 700—1000 Millionen und eine jährliche Ausgabe von 250 Millionen Mark aufzubringen, dafür müßte die bestehende Klasse als Ganzes kräftig in den Beutel greifen!

Die Nationalliberalen als Hilsstruppen der Bündler.

Bekanntlich haben die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins für die preussischen Landtagswahlen ein Bündnis mit den Konservativen und Freikonservativen abgeschlossen. Dieses sächliche Abkommen der Nationalliberalen mit den Konservativen ist auf der Provinzialversammlung der schleswig-holsteinischen Bündler, die am letzten Sonnabend in Kiel stattfand, richtig charakterisiert worden. Der

Führer der schleswig-holsteinischen Bündler, Graf Reventlow-Aktenhof, erklärte in seiner Ansprache an die Versammlung:

„Wir haben uns an den Verband der Konservativen und Freikonservativen gewandt, der uns die Kandidaten stellen wird. Weil wir aber in Schleswig-Holstein gegen den Ansturm der Sozialisten (gemeint sind die Fortschrittler) nicht aufkommen, so lange der Bund der Landwirte und der Verband der Konservativen allein kämpfen, haben wir uns Hilsstruppen beschaffen müssen, und diese konnten wir nur aus dem nationalliberalen Lager bekommen.“

Als die Konservativen stellen die Kandidaten, natürlich müssen es wackere Bündler sein, und die Nationalliberalen sind die Hilsstruppen, die letzten Endes den Bündlern den Sieg sichern.

Und diese Nationalliberalen sind von den Fortschrittler bis zum Ueberdruß angebettelt worden, doch ja mit ihnen ein Wahlbündnis einzugehen — angeblich gegen die Reaktion!

Wenn ein Schutzmann beleidigt.

In Breslau wurde vor einiger Zeit ein Schutzmann in einem Prozeß gegen einen Drohnenkäufer als Belästigungszeuge vernommen. Seiner Aussage wurde indes von einem anderen Zeugen widersprochen, so daß der Käufer mit einer kleinen Strafe davonkam. Das veranlaßte den Schutzmann, vor Gericht zu behaupten, der Zivilzeuge habe einen Meineid geleistet. Und diese Behauptung wiederholte er auch außerhalb des Gerichts. Der so Beleidigte erstattete gegen den Schutzmann Anzeige; die Staatsanwaltschaft aber lehnte es ab, ein Verfahren einzuleiten, da ein öffentliches Interesse nicht vorliege. Der Beleidigte wurde auf den Weg der Privatklage verwiesen, den er auch beschritt. Das sollte für ihn aber böse Folgen haben, denn der Staatsanwalt stellte sich sofort schützend vor den Schutzmann und leitete ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Meineides gegen den Beleidigten ein, das sich durch Monate hinzog. Erst als das Verfahren ergebnislos verlaufen war, kam die Privatklage gegen den Schutzmann zur Verhandlung. Aber auch jetzt noch fand der Schutzmann eine kräftige behördliche Unterstützung, denn es wurde ihm ein Rechtsanwalt als Officialverteidiger gestellt. Das Schöffengericht hat ihn schließlich für die schwere Beleidigung zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt.

„Stiftungsmäßig katholisch.“

Einen neuen Grund zur konfessionellen Aufregung hat die liberale Presse entdeckt. Die „Augsb. Postzeitung“ hat mit Entsetzen die Entdeckung gemacht, daß an der „Stiftungsmäßig katholischen“ Universität München von den 30 philosophischen Ordinariaten 22 in protestantischen Händen sind. Auch im letzten Wintersemester — also sogar in der Vera Herkling! — seien in Würzburg und München die vier freigeordneten philosophischen Ordinariate sämtlich mit Protestanten besetzt worden. „Wir treiben“, jammert das ultramontane Blatt, „in Bayern Verhältnissen zu, ähnlich jenen an der Straßburger Universität!“

Der Münchener „Bayer. Kurier“ freut sich, daß die Augsburger Kollegin die Sache aufklärt. „Solche Kasernen“, meint er, „sind recht heilsam, um nicht Schlafsucht einzreiben zu lassen.“

Wieder ein Spionageprozeß.

Gegen den wegen Spionage angeklagten Kaufmann und früheren Lehrer Hermann Kaufjoll ist heute nachmittag von dem Reichsgericht das Urteil gefällt worden. Der Angeklagte wurde wegen Verrats militärischer Geheimnisse unter Verjaugung mildernder Umstände zu 13 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust sowie zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Es wurde für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte wichtige Vorschriften und Zeichnungen über Kreuzer auf der Wert von Blohm u. Hoß gestohlen und in Paris an Agenten verkauft habe.

Soldatenmißhandlung.

Der Musikleiter Parma vom Infanterieregiment Nr. 51 in Breslau, ein geistig zurückgebliebener, schwerfälliger Mensch, machte beim Exerzieren falsche Bewegungen. Sein Unteroffizier Otto Triebel, der seit 1½ Jahr die Treppen trägt, gab ihm einen Hilsstrich ans rechte Schienbein. Vor dem Kriegsgericht beantragte Kriegesgerichtsrat Dr. Köster, wegen Mißhandlung eines Untergebenen die mildeste Strafe, acht Tage gelinden Arrest. Hauptmann Kollau bezeichnet den Angeklagten von jeher großen Pflichterfüller, oft häßigen, unüberlegtem Wesen, leicht aufgeregter und nervös, lauter wenig empfehlenswerte Eigenschaften für einen Unteroffizier. Der Verteidiger, Oberleutnant Meyer, plädierte nur auf Verurteilung wegen vorchriftswidriger Behandlung. Das Kriegsgericht erkannte wegen Mißhandlung auf die beantragte Strafe von acht Tagen gelinden Arrest.

Die dreijährige Dienstzeit in Frankreich.

Stimmen gegen den Gesetzentwurf.

Paris, 13. März. (W. T. U.) Die Bewegung gegen den Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit nimmt in Paris und der Provinz täglich zu. Morgen findet unter dem Vorsitz des Professors Séailles eine große Versammlung statt, in der mehrere Universitätsprofessoren sowie die Vertreter der Menschenrechtler, der frühere Deputierte de Presence und der Schriftsteller Phozinthe Lohjon, der Sohn des verstorbenen Kanzlerchefs, gegen die geplante Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ernstlich Widerspruch erheben wollen. Es heißt, daß nationalstiftische Studenten und Camelots du Roi die Absicht haben, in dieser Versammlung Gegenkundgebungen zu veranstalten.

Der republikanische Wahlkreis in Arnage (Departement Sarthe) nahm eine Resolution an, in der die dreijährige Dienstzeit als eine gegenwärtig durchaus ungerechtfertigte Maßnahme bezeichnet und an die republikanischen Deputierten, des Sarthe-Departements die Aufforderung gerichtet wird, ihrem bei den Wahlen im Jahre 1910 gegebenen Versprechen gemäß gegen jede Verlängerung der Militärdienstzeit zu stimmen.

In der sozialistisch-republikanischen Deputiertengruppe führte der ehemalige Kriegsminister Ruffin aus, daß es sowohl vom innerpolitischen wie vom internationalen Gesichtspunkte aus gut wäre, eine Ueberbürdung der Verbändlungen über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zu vermeiden. Er legte dar, daß verschiedene Maßnahmen in Betracht kämen, um der deutschen Heeresvermehrung die Spitze zu bieten. Es könnte der ständige Teil der Armee durch Kapitulanten und Anwerbungen sowie durch eine ausgiebigere Verwendung des nordafrikanischen Soldatenmaterials vermehrt werden. Ferner könnte der Kriegsminister durch Parlamentsbeschlüsse ermächtigt werden, durch 3, 4 oder 5 Jahre die freizuwendende Klasse kraft der ihm gesetzlich zutreffenden Befugnisse während einer gewissen Zeit unter den Fahnen zu behalten. Schließlich könnte auch der Gesetzentwurf angenommen werden. Dann müßte man ihn dadurch erheblich mildern, daß man den Soldaten während des dreijährigen Dienstes Urlaub im Gesamtwerte von 9 Monaten gewähre. Die Ausführungen Ruffins wurden mit einmütigem Beifall aufgenommen.

Der Vollzugsausschuß der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei sprach in einem einstimmig angenommenen Beschlusse die Hoffnung aus, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei sich nur nach einer gründlichen Erörterung zu einer Abstimmung über die militärischen Archive und die Dauer des Militärdienstes verstehen werden. Insbesondere soll aber die Frage geprüft werden, ob das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit auch wirklich alle

jene Mannschaften bestände geliefert habe, die bei einer entsprechenden Anwendung des Gesetzes zu erziehen gewesen wären.

Ungarn.

Der Kampf um die Geschäftsordnung.

Budapest, 13. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der Donnerstags-Sitzung des Reichstags sollte die Beratung der geplanten Verschärfungen der Geschäftsordnung beginnen. Tisza will täglich zwei Sitzungen abhalten, um auch diese Vorlage möglichst schnell unter Dach zu bekommen. Die Opposition erschien zum größten Teil entsprechend dem Beschluß am Montag im Beratungssaal. Die Regierungspartei und die Opposition waren für heftige Zusammenstöße gerüstet. Die Säle und Gänge des Reichstags waren mit Polizisten und Gendarmen gefüllt und warteten auf den Angriff der Opposition. Als der Reichstagspräsident Tisza die Sitzung mit einigen Worten eröffnen wollte, stand der oppositionelle Abgeordnete Lowasj auf und rief dem Minister und der Regierungspartei zu: „Gauner und Diebe seid Ihr alle, fort von diesen Plätzen. Ihr habt kein Recht, Euch die Macht anzueignen“. Ein wüster Geschrei der Opposition erhob sich, nichts war vernehmbar als: „Gauner, Diebe, Betrüger!“ Der Präsident läutete vergebens mit der Glocke, der Lärm dauerte nahezu eine Viertelstunde. Dann erhob sich wieder ein anderer Abgeordneter und wollte eine Rede halten. Er begann mit den Worten: „Keine Herren!“ Aber sofort brach die Opposition los: „Herren? Gauner und Diebe seid Ihr!“ Und wieder dauerte der Lärm eine Viertelstunde. Tisza verließ den Beratungssaal, und während der Lärm noch andauerte, berief er den Jammertätensauschuß zu einer sofortigen Sitzung.

Gleich darauf erschien der Polizeioberinspektor Pawlik in Begleitung von mehr als hundert Polizisten im Beratungssaal und wollte dort die Ruhe wieder herstellen. Der Führer der Opposition, Julius von Just, protestierte gegen das Eindringen der Polizisten in den Sitzungssaal, während sich der Polizeioberinspektor auf seine Instruktion berief und erklärte, daß er den ihm vom Präsidenten des Reichstags erteilten Befehl auszuführen habe. Von dem Präsidenten wurde ihm eine Liste mit den Namen derjenigen Abgeordneten übergeben, die von der Polizei hinausgeworfen werden sollen. Auf der Straße sammelte sich das Volk, aus den Kasernen wurden Trupps Soldaten nach dem Parlament beordert.

Nachdem die Polizei den Beratungssaal besetzt hatte, protestierte die Opposition in energischen Worten und erklärte, daß sie heute nur den Zweck verfolge, in dem Reichstagsprotokoll festzulegen, daß der Ministerpräsident Ungarns ein Panamist sei. Darauf entfernte sich die Opposition vollzählig. Nach der Entfernung der Opposition zogen die Redner der Reihe nach ihr Wort zurück und die Hausordnungsdebatte war in wenigen Minuten zu Ende, das Raufforbgesetz wurde angenommen.

Die Opposition versammelt sich Freitag früh wieder; jedoch wird sie den Reichstag nicht betreten, da heute 10 Oppositionelle auf 10 und 15 Tage aus dem Reichstagsausgeschlossen wurden.

Am Sonntag sollen eine große Volksversammlung in Budapest und 50 Arbeiterparlamenten in den größeren Provinzstädten abgehalten werden.

Dänemark.

Die Stadtverordnetenwahl in Kopenhagen.

Kopenhagen, 12. März. (Fig. Ber.) Am Dienstag fand die diesjährige Stadtverordnetenwahl in Kopenhagen statt, bei der unsere Genossen erwarteten hatten, endgültig die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium zu erlangen. Das ist leider nicht ganz gelungen; die Sozialdemokratie hat jedoch einen großen Erfolg errungen. Ihre Stimmenzahl ist auf 55 184 gestiegen gegen 50 482 im vorigen Jahre und 44 845 im Jahre 1909. Die Liberalen erzielten 43 725 Stimmen gegen 39 624 im Vorjahre und 36 602 im Jahre 1909. Die Radikalen sind bei etwa 10 000 Stimmen stehen geblieben. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokratie 27, Liberale und Antisozialisten 22, Radikale 5 und 1 Wälder. Es fehlt also nur ein Mandat an der Mehrheit der Sozialdemokratie. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich lebhaft; 81 Proz. der Wähler haben gestimmt gegen 75,2 Proz. im vorigen Jahre.

Auch in der Provinz hat unsere Partei gute Erfolge aufzuweisen. In mehreren Städten sind sozialdemokratische Mehrheiten erzielt worden.

Italien.

Die Zukunftspläne des italienischen Militarismus.

Rom, den 11. März. (Fig. Bericht.) Der militärische Mitarbeiter des „Avanti“, der Genosse Oberst z. D. Martini, behandelt in einem Leitartikel vom 10. März die Pläne der italienischen Militärs. Bis zum Jahre 1907 belief sich der italienische Truppenkontingent auf 90 000 Mann trotz der nominell dreijährigen Dienstzeit in der Infanterie; mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit fiel der größte Teil der bisherigen Befreiungsgründe vom Militärdienst weg. Die Zahl der vom Dienst freigekommenen Rekruten sank von 94 000 im Jahre 1907 auf 27 000 im Jahre 1912, indem man nicht mehr wie früher die jungen Leute freiließ, deren Vater über 60 Jahre alt war, die gleichzeitig einen Bruder unter den Waffen hatten usw. Jetzt plant man nun, bis auf einige Kategorien einziger Zähne, alles unter die Waffen zu rufen, um, wie das Deutsche Reich, 1 Proz. der Gesamtbevölkerung im Heere zu haben. Das heißt, daß man von 150 000 Mann, die den jetzigen Kontingent, und von 170 000, die den bei 14 Armeekorps nötig werdenden darstellen, auf ein stehendes Heer von 340 000 Mann steigen will. Auch für die Marine braucht man 10 000 Mann mehr, 45 000 statt 35 000. Diese letzte Forderung ist die Folge einer ungeliebten Verschärfung der antisozialistischen Politik, die für Italien schon unter Crispi so unheilvoll ausfiel. Man meint, eine Flotte aufbringen zu müssen, die der französischen Mittelmeerflotte halbwegs gewachsen ist, ein Plan, der vom Größenwahns ausgeht und zum Bankrott führt.

Wettrüsten in Italien.

Rom, 13. März. (W. T. U.) Der Marineminister hat in der Kammer das neue Marineprogramm entwickelt und dabei der Absicht der Regierung Ausdruck gegeben, ohne Unterbrechung auf dem bisher eingeschlagenen Wege der Vergrößerung der italienischen Flotte fortzufahren. Der Minister erklärte, daß der von der Marinerevision aufgestellte neue Typ der großen Schlachtschiffe sich als ein großer Erfolg darstelle. Ohne selbstverständlich in technischen Einzelheiten einzugehen, bezeichnete er das neue Schiff als einen vollkommenen Neuzugang der italienischen Flotte.

*„In Einführung und Umbenennung von Prof. Dr. Otto Wolff
müß vom hygienischen Standpunkt aus
als ein Ansturm betrachtet werden.“*

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Unserer lieben
Gemein und Eltern
Friederike Schulz
zu ihrem 70. Geburtstag
die besten Glückwünsche
Mehrere Genossinnen und
Genossen
der 34. Abt. 4. Kreis.

Unserem Gemessen
Max Hoyer nebst Gemahlin
zur Silberhochzeit die besten
Wünsche.
Berlin, den 14. März 1913.
Die Genossen des 517. Bezirks,
6. Kreis.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Bezirk 63.
Dem Wittwe, der 12. März,
verstarb unser Mitglied, der
Formier

Otto Langanke
(Eichenstr. 25).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Luther-Kirchhofes in Lan-
tow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler-
arbeiter

Paul Rosin
Grafenstraße 59, im Alter von
26 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Luther-Kirchhofes in Lan-
tow, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Klempner

Bruno Kraft
Neudöln, Sandstr. 12, im Alter
von 29 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Luther-Kirchhofes in Lan-
tow, aus statt.

Ferner stand unser Mitglied,
der Optiker

Karl Friesecke
Spinnmüller Str. 57,
am 12. März an Herzschlag.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofs-Kirchhofes in
Nieder-Schönhausen (Nordend)
aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
114/17 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben
Vaters, unseres lieben Vaters
Josef Manysch
lagen mir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, insbesondere der
Firma Hlogowski u. Co., sowie den
Arbeitskollegen und dem Deutschen
Holzarbeiter-Verband unseren herzlich-
sten Dank.
28855
Namen der Hinterbliebenen
Hinterbliebenen Frau Frida Manysch.

Am Mittwoch verstarb nach
schwerem Leiden unser lieber
Vater, Bruder, Großvater, der
Zimmerer
Otto Wolff.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 1 Uhr, vom
Trauerhause Neudöln, Feing-
handlern-Str. 66/67, nach dem
städtischen Friedhof, Neudöln,
Mariendorfer Weg aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an die
Hinterbliebenen. N. N.: Fritz Wolff.

**Zentralverband der Zimmerer
Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 20 Neudöln.
Den Angehörigen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied

Otto Wolff
am 12. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 15. März, nach-
mittags 1 Uhr, vom Trauer-
hause Feing-Handlern-Str. 66
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Turnverein „Fichte“
Berlin.**
(R. d. Str. Turnerb.)
Den Mitgliedern zur
Nachricht, daß unser Turngenosse

Karl Nolte
Mitglied der 7. Männerabteilung,
am 12. h. 1913, im Alter von
33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. März, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem neuen
Kirchhof in Baumgartenweg, Nie-
derholzstr. 12, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Für die herzliche Teilnahme, die
uns beim Heimzuge meines lieben
Vaters und guten Vaters
Gustav Lippstreu
bewiesen wurde, sagen allen lieben
Kollegen, Freunden und Bekannten
herzlichsten Dank.
28856
Die trauernden Hinterbliebenen,
Ferdinandine Lippstreu geb. Schlingloff
Emmy Lippstreu.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Frau sage ich allen meinen
Kolleginnen und Kollegen meinen
herzlichsten Dank.
Wilhelm Radtke
und Sohn
Haber Straße 12 III.

Hygienische Haar-Pflege

Thermal-Shampoo flüssig

95% natürliche Thermal-Mineralien

enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor
Dr. Stahl Schmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten
Aachener Thermal-Quellen
gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesundet kranke Kopfhaut
und kranke Haare. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen
die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf. — Zu haben
in allen Drogeriehandlungen. Engros: Wermann & Co., Berlin-
Friedenau. Telefon: Uhland 3700. 20/14

Gelegenheitskauf.
Als Geschenk zur Schul-
entlassung besonders geeignet.
**Wilhelm Hauffs
sämtliche Werke.**
Mit dem Bildnis des Dichters
und einer Einleitung.
4 Bände gut gebunden 4 M.

**Friedrich Nösselts
Mythologie
der Griechen und Römer.**
Mit einem Stahlstich als
Titelbild und 75 Abbildungen.
Gut gebunden 2,50 M.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntage 10-12. 2-4

Vorjährlige
feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gehrockanzüge,
Smokings, Fracks u. Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Stoffe
Deutsch-englische Neuheiten
für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu
billigsten Engrospreisen.
Tuchagentur, Yorekstr. 75 pt.

Ohne Anzahlung

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate bei Vereinbarung und bequemer Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen,
Portieren, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Steppdecken,
Teppiche, in modernster Ausführung. — Ferner
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Fassons.

S. DORN, Weinmeisterstraße 9
Ecke Alte Schönhauser Straße.

Naturschutzpark - Lose
Ziehung 16. u. 19. März
Lose Mk. 3.30.

Coburger Geld-Lose
Ziehung 8.-12. April
Lose Mk. 3.30.

Porto und Liste pro Lotterie
30 Pf., Ausland 60 Pf. extra,
versendet auch unter Nachn.
die allbekannteste
Glückskollekte
Oppenheimer - Kaufmann
Gr. Bockenheimerstr. 21
Frankfurt a. M.
Prospekte aller Lotterien
gratis und franko.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Wie wird die
Staatsangehörigkeit
erworben?
Ein Führer durch das Recht der
Staats- und Reichsangehörigkeit.
Von H. Beima.
Preis 25 Pf.
24710

**Fahrradhaus „Frisch auf“ Offenbach
a. M.**

Zentrallager für Norddeutschland: Berlin N. 58, Eberswalderstr. 30/31.
Filialen: Brunnenstr. 35. Kottbuser Damm 22.

Unserer geehrten Kundschaft, sowie den werten Bundesgenossen hiermit zur gefl.
Kenntnis, daß wir morgen, Sonntag, den 15. März, unsere
Filiale: Moabit, Beusselstr. 19 eröffnen.

Gleichzeitig empfehlen wir „Frisch auf“-Fahrrädern mit und ohne Patent-
unser reichhaltiges Lager in „Frisch auf“-Fahrrädern mit und ohne Patent-
Kapselgetriebe von
75,— bis 145,— M.
Nähmaschinen von 62,— bis 120,— M.
Sprech-, Wasch- und Wringmaschinen, sowie sämtliche Zubehörteile.
NB. Sonntag, den 16. d. M. sind unsere Filialen von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Sonntag für den Verkauf bis 6 Uhr abends geöffnet

! Heiratslustige hören Sie: Hauptsache ist: !

welche kein Kredit-
haus beim Möbel-
Einkauf besuchen,
aber trotzdem Teil-
zahlungen wollen,
gehen zum

Teilzah-
lungen
erhöhen
nicht die
Preise
im

solide Qualitäts-
ware zu wirk-
lich billigen Prei-
sen zu erhalten,
Darum gehen
Sie zum

Möbel-Magazin Otto Piehl
BERLIN N, Brunnensir. 120 — Bedeutendstes Möbelhaus im Norden

Kompl. Einrichtungen . von 230 M. an
Moderne Schlafzimmer von 210 M an
Elegante Speisezimmer von 400 M an
Moderne Wohnzimmer von 235 M. an
Bunte kompl. Küchen
von 45 M. an

Moderne Garnituren . . von 100 M. an
Schlafsofa m. Bettkasten von 75 M. an
Chaiselongues von 21 M. an
Kleiderschränke von 19 M. an
Garantie für jedes
Stück Ware

Aus-
stellungen
Parterre ca.
600 qm, sowie
im Fabrik-
gebäude



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung: Leipzigerstr. 132/137

Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden. Insetiertes Obst, Gemüse, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Back-Artikel

- Budapester Mehl . . . Pfund 28 Pf.
- Olympia-Auszug-Mehl Pfund 24 Pf.
- Kaiser-Auszug-Mehl Pfund 20 Pf.
- Weizenmehl 000 . . . Pfund 17 Pf.
- Mandel-Ersatz (Cocoa) Pfund 58 Pf.
- Riesenmandeln süß oder bitter Pfund 1.40
- Mandeln süß oder bitter Pfund 1.20
- Sultaninen Pfund 45, 60, 75 Pf.
- Rosinen 55, Korinthen 35, 42 Pf.
- Zitronat Pfund 70, Orangeat 55 Pf.
- Selbsttätiges Backmehl Pfund 32 Pf.
- Backpulver 42, 80, 14 Pf.
- Vanillin-Zucker Packet 35, 14 Pf.
- Fix und Famos Packet . . . 52 Pf.

Konserven

Freitag u. Sonnabend

- Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 1.85
- Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 98 Pf.
- Stangenspargel III 1/2 Dose 1.25
- Stangenspargel III 1/2 Dose 68 Pf.
- Spargelköpfe grün 1/2 Dose 1.15
- Riesen-Bruchspargel 1/2 Dose 1.55
- Riesen-Bruchspargel 1/2 Dose 83 Pf.
- Bruchspargel extra stark 1/2 Dose 1.45
- Abschnittspargel 1/2 Dose 60 Pf.
- Junge Schoten fein 1/2 Dose 85 Pf.
- Junge Schoten fein 1/2 Dose 48 Pf.
- Junge Schoten II 1/2 Dose 52 Pf.
- Junge Schoten II 1/2 Dose 32 Pf.
- Junge Schoten III 1/2 Dose 45 Pf.
- Junge Schoten IV 1/2 Dose 36 Pf.
- Junge Karotten 1/2 Dose 50 Pf.
- Karotten in Streifen 1/2 Dose 27 Pf.
- Wachbohnen 1/2 Dose 45 Pf.
- Gemischt. Gemüse extra fein 1.25
- Gemischt. Gemüse extra fein 1/2 Dose 68 Pf.
- Gemischt. Gemüse II 1/2 Dose 65 Pf.
- Gemischt. Gemüse II 1/2 Dose 38 Pf.
- Gemischt. Gemüse 1/2 Dose 48 Pf.
- Wirsingkohl 1/2 Dose 30 Pf.
- Grünkohl fein gewiegt 1/2 Dose 30 Pf.
- Rosenkohl 1/2 Dose 58 Pf.
- Kohlrabi in Scheiben 1/2 Dose 27 Pf.
- Kohlrabiköpfe 1/2 Dose 42 Pf.
- Spinat gegrint 1/2 Dose 38 Pf.
- Morcheln 1/2 Dose 1.15
- Morcheln 1/2 Dose 65 Pf.
- Tomatenpuree 1/2 Dose 65 Pf.
- Tomatenpuree 1/2 Dose 38 Pf.
- Schmorgurken 1/2 Dose 70 Pf.
- Sellerie in Scheiben 1/2 Dose 48 Pf.
- Rote Rüben 1/2 Dose 35 Pf.

Wein inkl. Flasche

- 1909 Sainte Mathieu rot 65 Pf. 63 Pf.
- 1909 Sainte Juan rot 70 Pf. 68 Pf.
- 1909 Sainte Barbara rot 75 Pf. 73 Pf.
- 1909 Almando rot . . . 80 Pf. 78 Pf.
- Obermoseler 65 Pf. 63 Pf.
- 1911 Wellensteiner 82 Pf. 80 Pf.
- 1911 Bullayer 1.15 1.10
- 1911 Enkircher 1.35 1.30
- 1911 Maikammerer 72 Pf. 70 Pf.
- 1908 Bodenheimer 1.05 1.00
- 1907 Jugenheimer 1.15 1.10
- 1907 Forster 1.30 1.25
- 1909 Les-Bessannes 87 Pf. 85 Pf.
- 1909 Crü du Marin 1.05 1.02
- 1907 Pempuyre 1.30 1.25
- 1907 Chät Charron 1.40 1.35

Brech- und Schneidebohnen 2 1/2 Dose 72, 1 1/2 Dose 45, 1/2 Dose 30 Pf.

Wurstwaren

- Rotwurst Pf. 55, 85 Pf.
- Landleberwurst Pf. 1.00
- Feine Leberwurst Pfund 1.20
- Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25
- Bauernmettwurst Pfund 1.25
- Jagdwurst Pfund 1.10
- Teewurst Pfund 1.30
- Zervelat- u. Salamiwurst Pf. 1.35
- Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pf. 1.25
- Mausschinken ca. 2-3 Pfund schwer Pfund 1.40
- Landschinken im Ganzen Pf. 1.35
- Prager Schinken zum Backen und Kochen von 6-12 Pfund Pfund 1.30
- Schinken Prager Art zu Warmmachen, 7-12 Pfund schwer Pfund 1.50

- Aprikosen 1/2 Frucht 1/2 Dose 1.10
- Birnen weiss und rot, halbe Frucht 1/2 Dose 68 Pf.
- Birnen la halbe Frucht 1/2 Dose 85 Pf.
- Erdbeeren gefärbt 1/2 Dose 88, 1/2 Dose 48 Pf.
- Heidelbeeren 1/2 Dose 60 Pf.
- Sauerkirschen o. Steine 1/2 Dose 1.00
- Sauerkirschen o. Steine 1/2 Dose 55 Pf.
- Sauerkirschen m. Steinen 1/2 D. 75 Pf.
- Kaiserkirschen ohne Steine, gefärbt 1/2 Dose 1.10
- Kaiserkirschen ohne Steine, gefärbt 1/2 Dose 60 Pf.
- Mirabellen 1/2 Dose 68, la 75 Pf.
- Melange Früchte 1/2 Dose 85 Pf.
- Pflaumen geschält 1/2 Dose 75 Pf.
- Pflaumen in Essig und Zucker 1/2 Dose 68 Pf.
- Stachelbeeren 1/2 Dose 60 Pf.
- Reineclauden 1/2 Dose 63 Pf.
- Dunstfrüchte (ohne Zucker) Birnen, Heidelbeeren, Pflaumen ohne Kern, GL. Johannisbeeren, Kirschen, Stachelbeeren Glas 63 Pf.
- Gemischte Marmelade mit mehr als 25 pCt. Capillarsirup gefärbt Eimer ca. 1.25, 5 Pfund 2.40
- Melange-Konfitüre gefärbt Eimer ca. 1.85, 5 Pfund 1.85
- Apfelmarmelade mit Capillarsirup Eimer ca. 1.65, 5 Pfund 1.65

Preisselbeeren 1/2 Dose 0.68, 3/4 Dose 1.30, 1 Dose 3.25

- Bismarck- u. Bratheringe D. 42 Pf.
- Filetheringe in Remouladesauce 78 Pf.
- Rollmops in Remouladesauce 48, 78 Pf.
- Heringe in Gelee Dose 30 Pf.
- Aal in Gelee Dose 70 Pf.
- Lachs in Gelee Dose 95 Pf.
- Russische Sardinen Flaschen 1.00
- Nordische Sprotten in Tomaten 24 Pf.
- Hummer Dose 2.50
- Oelsardinen 1/2 Dose 38, 48, 60 Pf.
- Oelsardinen 1/2 D. 90, 1/2 D. nach 55 Pf.
- Oelsardinen 1/2 D. nach 90 Pf.
- 1/2 D. Arrose Saupiquet i. Tomat. Oel. Prionet, Zitronen, u. Laurovigol. 1.10
- Sardinen in verschiedener Zubereitung Block 3 Dosen 1.50, 6 Dosen 2.85
- Apfelmus mit Zucker 1/2 Dose 0.55, 3/4 Dose 1.05, 1 Dose 2.50

Besonders preiswert: Roter Burgunderwein 1/2 Fl. bei 10/12

Osterwein 1/2 Fl. bei 10 Fl. Adria-Blume rot 1.10 1.05, Adria-Gold Dessert Wein 1.70 1.60, Engl. Porter und Ale extra stout 26 Pf., 10 Fl. 2.50, Pale Ale Fl. 28 Pf., 10 Fl. 2.70

Theater und Vergnügungen

Freitag, 14. März 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Tugendlosen.
Kgl. Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Königsgräber Straße. Brand.
Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Jirkus Albert Schumann. Große Sportvorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. „Hohenzollern“-Fahrten.
Königsgräber Straße. Der Zigeunerprimas.
Metropol. Die Kino-Königin.
Kammerstücke. Schöne Frauen.
Deutsches Opernhaus. Der Reichshaus.
Schiller O. Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Schiller-Charlottenburg. Uriel Acosta.
Kurfürstendamm. Nadota Duncan.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Berliner. Filmzauber.
Theater am Nollendorfsplatz. Extrazug nach Nizza.
Theater des Westens. Die beiden Lufaren.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutgehende Frad.
Kleines. Professor Bernhardt.
Reibens. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Luisen. Im wunderschönen Monat Mai.
Hofe. Verlassene Frauen.
Herrnfeld. Die Schonzeit-Jäger.
Casino. Arthur's Mitterwochen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Reichshallen. Malchens Verlobung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. - Wilh. Schauspielhaus. Partier Luft.
Luisenpark. Najolka.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. Des Löwen Erwachen.
Hofes Caprice. Des Löwen Erwachen.
Anfang 9 Uhr.
Neues Volkstheater. Selben.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Hirt in St. Roch.
Sternevarié. Spezialitäten. 87-88.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Hedda Gabler.
Abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Sonnabend, nachm. 3.10 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Abends 8 Uhr:
Der Andere.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königsgräber Straße
7 1/2 Uhr: Brand.
Theater des Westens.
8 Uhr: Die beiden Husaren.
Sonnab. nachm. 3 1/2 Uhr: Frauenfresser.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Ami Norden 1141.
8 Uhr: Der Zigeunerprimas.
Residenz-Theater. 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madama la Présidente).
Schwanf. 3 Kl. v. Hernequin u. Ueber.
Sonntag, 16. März, nachm. 3 Uhr:
Prinzenerziehung.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Verlassene Frauen.
Volkstheater in 5 Akten von N. Zingst.
Anfang 8 Uhr.
Sonnab., nachm. 4 Uhr: Die 7 Raben.
8 Uhr: Verlassene Frauen.

Theater am Nollendorfsplatz
Abendtäglich 8 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Sonnabend 3 Uhr: Nathan der Weise.
Luisen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr:
Letzte Kindervorstellung.
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Passage-Panoptikum
Mac-Frog, der unersättliche
Froschschlucken
Das Verschlucken u. Zurückbringen leb. Frösche u. Fische.
Die WILDEN
Feuerfresser
in ihren
fanat. Märtyrer-Produktionen.
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
Rothringler Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Arturs
Flitterwochen.
Der neue Schwant-Schlauer.
Vorher: Erna Koschel ufw.
Sonntag 4 Uhr: Die Hochstaplerin.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Malchens
Verlobung.
Burleske
von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
„Clou“
Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gastspiel des Philharmonischen Bläserchesters
aus Mailand. Dirigent: Maestro Loreto Tesoro.
Musike des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baars.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert
Eintritt.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gutgehende Frad.
Metropol-Theater.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Cloufonschl.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene geföhrt v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann a. D. J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter
Anfang 8 Uhr! Raufen gefattet!
Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 38.
Freitag, den 14. März 1913:
Das Bettelkind.
Rändliches Charakterbild in 5 Aufz.
von Charl. Birch-Weißer.
Sonnabend, 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Voranszeige! Sonntag, 17. März:
Benefiz für Lina und Karl Möller:
„Hoch hinaus“.
Operettenposse in 3 Akten.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Malchens
Verlobung.
Burleske
von Meysel.
Anfang 8 Uhr.

Zirkus
Albert Schumann.
Heute Freitag, den 14. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
U. a.:
Herr Dir. A. Schumann
mit seinen neuesten Creationen.
Prolongiert! Prolongiert!
10 Lio-Hoi-Tschu's 10
Chinesische Gaukler.
Sportspiele zu Pferde,
garitten von 8 Herren.
Apachen-Tanz
der span. Clowns Carpi u. Noppi
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Herrnfeld
Theater
Täglich präz. 8 Uhr abends:
Die
Schonzeit-
Jäger.
Ein Wald-Idyll in 2 Akten von
Anton u. Donat Herrnfeld.
Liebesprobe.
Plauderei von Ernst Klein.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.
Walhalla-Theater
Feinbergsweg 19/20, Rosenthal Tor.
Täglich 8 1/2 Uhr.
Heute Benefiz für Hrn. Wehling.
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Renue.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.
Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 14. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Amateur-Konkurrenz-Wettreiten.
50 Mark Prämie
zahlt die Direktion demjenigen,
welcher 3 Mal auf galopp. Pferd
stehend i. d. Manège herumreitet.
Red & Best, Manègekomiker.
Clown Pepino, Tierdress.
Der mysteriöse Deckenläufer?
sowie d. große Galaprogramm.
Zum Schluss: Die gr. Prankant.
„Sevilla“
Sonntag, den 16. März:
2 gr. Vorstellungen 2
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr.
Die Novitäten:
Des Löwen Erwachen.
Bunter Teil.
Floh's Seitensprünge.
Theater Königstadt-Casino.
Sße Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Zimmertstraße
Tägl. abds. 7 1/2, Sonn. 7 1/2 Uhr:
O. diese Chausseure!
Kunstpiel von Rich. Stehler — u. das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.
Kino-Theater
:: Marienbad ::
Badstr. 35-36.
Heute Premiere.
Im Konzert-Restaurant:
Heute großes Militär-Konzert.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Abgeordnetenhaus.

188. Sitzung. Donnerstag, den 13. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Penze.

Die zweite Beratung des Etats des

Finanzministeriums

wird fortgesetzt bei der Beratung der Anträge bez. Remunerationen für Beamte betr. Erziehungsbeihilfen für Beamte und Teuerungszulagen an kinderreiche Unterbeamte.

Die Budgetkommission verlangt Vorlegung eines Nachtragsetats für 1913 mit Teuerungszulagen an kinderreiche Unterbeamte abgestuft nach der Kinderzahl.

Ein Antrag Vorsch (3.) will diese Teuerungszulage auch auf mittlere Beamte, bis 4500 M. Gehalt, ausgedehnt wissen.

Abg. Bierck (H.) spricht für den Kommissionsantrag.

Abg. Delius (Sp.): Die Remunerationen unterliegen nur das Streben nach. Statt dessen sollte man kinderreichen Beamtenfamilien feste Vergütungen gewähren. Mit einer Durchbrechung der Besoldungsordnung ist man im Reich nicht so ängstlich. Natürlich wollen auch wir nicht, daß etwa die ganze Beamtenbesoldungsfrage wieder aufgerollt wird. Durch Kinderbeihilfen wird ein sozialer Ausgleich geschaffen. Vor allem sollte die verkehrte Erbteilungsverteilung des Wohnungsgeldes endlich geändert werden. Der Antrag des Zentrums, der sich auf die mittleren Beamten bezieht, geht uns zu weit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Die gegenwärtige Remunerationenwirtschaft hält auch für eine unrichtige, die zum Teil zur Korruption führt, aber auch die Verwendung dieser Gelder für allgemeine Wohlfahrtszwecke, wie das vom Zentrum beantragt ist, erscheint uns noch lieber. Die Remunerationen sollten vielmehr nach festen Grundsätzen vergeben werden. Dann zu der wichtigsten Frage der Kinderzulagen. Es ist interessant, daß vor allem das Zentrum hier nur für Kinderzulagen eintritt, anstatt zu fordern, daß zunächst einmal allen Beamten eine Zulage gewährt wird. Wir haben noch keine Statistik über die Zahl der Kinder unserer preussischen Beamten, aber die Verhältnisse werden wohl ähnlich liegen, wie im Reich. Nach der Reichsstatistik haben nur 39,8 Proz. aller Unterbeamten mehr als zwei Kinder. Also mehr als 60 Proz. der Unterbeamten würden bei solchen Kinderzulagen leer ausgehen.

Und wenn man etwa glauben sollte, daß die Zahl der kinderreichen Familien durch die Gewährung solcher Beihilfen vermehrt werden würde, so beweist die Statistik das Gegenteil. Es trifft durchaus nicht zu, daß die besser situierten Beamten mehr Kinder haben, im Gegenteil haben von den mittleren Beamten nur 26,9 Proz. mehr als zwei Kinder, von den höheren Beamten nur 24,2 Proz. Das sehr große Schichten der Beamten mit ihren Gehältern durchaus unzufrieden sind, beweisen die zahlreichen Petitionen, die uns z. B. beim Eisenbahnetat zugegangen sind. So fordern z. B. die Weichensteller und ähnliche Beamten Erhöhung ihres Gehalts von 1100 bis 1600 M. auf 1600 bis 2100 M. und Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses auf 7/10 des Wohnungsgeldzuschusses der mittleren Beamten. Das ist dasselbe, was seit Jahr und Tag von der sozialdemokratischen Fraktion für die Unterbeamten gefordert worden ist, was die Mehrheit dieses Hauses aber nicht gewähren will. Und ebenso werden von vielen anderen Beamtenkategorien Gehaltserhöhungen von 200, 300 bis 500 M. verlangt und Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses um 64 bis 248 M. im Durchschnitt. Also die Rolle der Beamten werden Sie nicht bestreiten können, vor allem mit Rücksicht auf die herrschende Teuerung. So hat das Reichsstatistikamt der Verbände der Beamten der staatlichen Verkehrsanstalten nachgewiesen, daß die Kosten der Ernährung einer vierköpfigen Familie in allen Provinzen durchschnittlich um 3 M. pro Woche sich erhöht haben (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und zwar in einem Zeitraum von noch nicht zwei Jahren. Das sind 150 M. im Jahr, also dasselbe was ein großer Teil der Beamten überhaupt nur erhalten hat durch die letzte Beamtenbesoldungsreform, von der Sie soviel Ruhmens gemacht haben. Eine ganze Anzahl Beamten haben damals

nur 40 bis 90 M. Gehaltserhöhung

bekommen. Das neben den Lebensmitteln auch die Wohnungsmieten enorm gestiegen sind, befähigt ebenfalls die Position des genannten Reichsstatistikamts. Noch am 16. Januar 1913 hat auch der Zentrumsdirektor eine Erhöhung des Mindestgehalts der Unterbeamten in Form einer Teuerungszulage von 100 Mark verlangt. (Zuruf im Zentrum: Der Minister hat das abgelehnt!) Sie kümmern sich ja sonst den Teufel um die Minister, wenn es gilt, Gesetze zu verhindern, wie die Feuerbestattung, die Verfassung der Fortbildungsschule, die Reichsfinanzreform usw. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn es gilt, Versprechungen gegenüber den Beamten einzulösen, dann haben Sie auf einmal keine Macht. Wenn Sie die Macht wirklich nicht haben, dann nehmen Sie nicht vorher den Mund so voll. Jedenfalls stelle ich fest, daß das Zentrum das, was es den Beamten im Sommer versprochen hat, nicht halten wird. Ich habe damals gleich recht daran geglaubt und halte es jetzt für meine Pflicht, dies zweifelhafte Wesen, diese abgrundtiefe Heuchelei des Zentrums zu brandmarken. Natürlich wird es versuchen, den Beamten die Wahrheit vorzutrinken. (Zuruf im Zentrum: Oho Kamellen! Abg. Hoffmann: Gewiß, das sind alle Kamellen, das machen Sie immer so! — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb haben auch bei den letzten Reichstagswahlen so viele Beamte für uns gestimmt. (Zuruf rechts: Woher wissen Sie denn das?) Wenn in manchen Bezirken fast alle Stimmen der Wahlberechtigten für uns abgegeben werden, so ist diese Folgerung wohl zulässig. Eine so verfassungs- und gesetzwidrige Kontrolle wie Sie (nach rechts) über wie natürlich nicht. Sie wollen ja auch die Wahlen nicht, um weiter Ihre Wahlmogeleyen betreiben zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also ich stelle fest, daß das Zentrum

wieder einmal umgefallen

ist. Dabei hat es sich auch in eklatantem Widerspruch mit der Zentrumsfraktion des Reichstages gesetzt, die noch am 14. Februar 1913 durch den Abg. Raden nicht Kinderzulagen, sondern eine allgemeine Zulage von 100 M. verlangt hat. Wegen die Kinderzulagen haben sich selbst Beamtenorganisationen wie der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten erklärt. Auch die Freisinnigen und National-liberalen sind im Reichstag für eine allgemeine Aufbesserung der Unterbeamten eingetreten. Wir werden trotzdem für den Antrag des Zentrums auf Kinderzulagen stimmen, weil wir ihn für den ersten Schritt auf der Bahn unserer Wünsche halten, der Sie zwingen wird, weiterzugehen. Sie werden mit den Kinderzulagen bei den Beamten nicht Halt machen können, sondern sie auch auf die Staatsarbeiter ausdehnen müssen und die weitere logische Konsequenz wäre, daß auch kinderreiche Familien in Privatbetrieben höhere Löhne erhalten. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß die Kinder aller Staatsbürger satt zu essen haben, weil nur dann eine wirkliche Ausbildung in der Schule gewährleistet ist. Also mit dieser Forderung geraten wir allmählich in gerade von Ihnen so geschmähte sozialistische Zustände hinein.

Hätte die Mehrheit schon im Januar die Zulage von 100 M. für alle Unterbeamten beschlossen, dann hätte die Regierung nicht den Mut gehabt, das Edikt der Ablehnung auf sich zu nehmen. Statt dessen erklären Sie jetzt in demselben Augenblick, wo Sie den reichsten Leuten in Preußen ein Steuergesetz von 52 Millionen machen wollen, Sie hätten für die Unterbeamten kein Geld und bringen in letzter Stunde einen Antrag ein, den der Minister für undurchführbar erklären muß. Daraus geht hervor, daß Sie erstlich gar nichts für die Unterbeamten tun wollen, daß Sie sie lediglich wieder einmal einsperren wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fahren Sie nur so fort, dann wird sich Ihr Schicksal erfüllen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Savigny (3.) empfiehlt den Antrag Vorsch, die Gewährung der Kinderzulagen auf mittlere Beamte bis zum Gehalt von 4500 M. auszudehnen, und lädt die Angriffe des Vordemredners gegen das Zentrum zurückzuweisen. Es werden ja im Nachtragsetat Mittel für die Unterbeamten angefordert, außerdem verlange der Zentrumsantrag noch in dieser Session einen Gegenentwurf über die Kinderzulagen.

Vizepräsident Vorsch: Der Abg. Ströbel hat mit Bezug auf

in tausenden von Gedichten. Daß die Poeten von Ruf und Bedeutung sich solch eine bedeutungslose Begebenheit nicht entgehen lassen mochten, ihre Stimmung, ihre Gedanken über das Ereignis in Versen ausfließen zu lassen, war begreiflich, aber auch das Volk dachte, unter dem Eindruck des alle erschütternden Todesfalles würden alle zu Poeten. Wie vordem und nie nachdem ist ein Geschehnis so oft Gegenstand der poetischen Behandlung gewesen.

Es liegt uns völlig fern, gegen die patriotischen Anwandlungen des Herrn Koska an dieser Stelle polemisieren zu wollen. Dazu sind sie, von allen anderen abgesehen, zu gleichgültig. Ebenso wenig wollen wir die bürgerlichen Empfindungen, die beim Gedankenan den alten Wilhelm wach werden mögen, von unserer Standpunkte aus korrigieren. Dazu ist der ganze Anlaß zu nichtig. Und interessiert der literarische Unstimm nur, weil er ein bezeichnendes Licht auf die Echtheit der Empfindungen wirft, mit denen diese Herren seelen die Volkserhebung von 1813 gefeiert haben. Die sogenannten Befreiungskriege, von denen man zunächst nicht wissen konnte, daß sie von einem namenlosen Volksbetrug begleitet sein würden, haben ja in der Tat einen Kranz unbegänglicher Niederherbebracht. Aber wozu hätte der junge Körner seine hoffnungsvolle Seele wohl ausgehaucht, wenn er nicht von Herrn Koska mit dem gemaltigen Niederhieb in Parade gestellt werden sollte, den in Herrn Koskas vortrefflichem Deutsch der Tod des alten Wilhelm „gehört“ hat? Und wozu hätte Heinrich von Kleist seinen zwar reaktionären, aber gigantischen Apolothen in die Hermannslucht gepossen, wenn nicht, um die Gesellschaft der Scherenberg, Dahn, Bolling usw. zu kommen. Gerade wenn man die Größe des Jahres 1813 nicht verkennt, ist es so unendlich widerwärtig anzusehen, wie Ihre Dichter aus byzantinischen Gründen neben allerhand dynamische Sänger gestellt werden, zu denen sie sich verhalten wie das Ingentwiler eines Volkskrieges zu einer Potsdamer Wachparade. Vorausgesetzt, daß Herr Koska sie nicht etwa eine Stufe tiefer stellen will, was nach seinem Artikel auch nicht ganz ausgeschlossen ist.

Die Farbenorgie der neuesten Mode. Ueber die Karreiten des jüngsten Modedurus, den die Modeunternehmer kommandieren, wird aus Paris berichtet: Das Kennen von Auteuil bringt alljährlich die erste Schau über die neuen Moden, bringt die sensationellen Lieberstimmungen der Frühlingstolettien. Diesmal waren es unerhörte Farbenorgien, die den beherrschenden Eindruck hinterließen: nie wohl vorher hatte ein so dunkler Jahrmarkt der Götter die Augen beunruhigt. Wäre ein Wettbewerb für die originellste Toilette ausgeschrieben worden, so hätte der Preis wohl jener Dame zuerkannt werden müssen, die in einem Kleid aus schwarzem Chiffon erschien, das mit riesigen gelben Blüten, so groß wie keine Apfelsinen überläßt war. Ueber dem goldig schimmernden Gewand trug sie dann noch einen arellgelben Hut mit zwei langen Schönen. Ein anderes koloristisches Wunder bot ein langer russischer Frühlingmantel von leuchtendem Indigoblau, mit goldenem Vreolat besetzt, unter dem ein stark violetter Rock zum Vorschein kam. Nicht weniger schön stand auch ein effengrauer mit Hellblau garnierter Rock zu einem kleinen knappen Häuschen in Stahlblau. Dieses Kostüm zeigte seine besondere Dignität in einer großen Tasche, die von der rechten Seite aus ganz über den Rock hing. Man sah der Trägerin das stolze Bewußtsein an,

Mitglieder des Hauses den Ausdruck gebraucht: „Das kennzeichnet Ihre abgrundtiefe Heuchelei“. Für diese Beleidigung von Mitgliedern des Hauses rufe ich ihn zur Ordnung. (Lebhaftes Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Antrag Vorsch (3.) wird abgelehnt, die Anträge der Budgetkommission werden mit dem Zusatz (Wittschalk (natl.), die Teuerungszulagen außer den Unterbeamten auch den mittleren bis zum Gehalt von 3000 M. zu gewähren, angenommen.

Die Anträge auf Remunerationen und Erziehungsbeihilfen an kinderreiche Familien werden an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Damit ist der Etat erledigt. Es folgt die Beratung über den Antrag Wenden (L.), der im nächsten Etat Mittel zur Bekämpfung des Kinderlebens fordert.

Abg. Bierck (H.) wünscht bei der Verwendung dieser Mittel besondere Berücksichtigung der konfessionellen Vereine.

Abg. Vorsch (Soz.):

Meine Freunde werden trotz mancher Bedenken im einzelnen dem Antrage zustimmen. Im Gegensatz zu dem Vordemredner halten wir die Bekämpfung des Kinderlebens in erster Linie für eine Aufgabe von Staat und Gemeinden, Privatvereine dürfen nur subsidiär in Frage kommen. Entschieden müssen wir uns dagegen wenden, daß man auch bei dieser Gelegenheit die konfessionellen Gegensätze hervorkehren soll. Wir haben nicht danach zu fragen, welcher Konfession diejenigen angehören, die sich die Bekämpfung des Kinderlebens zur Aufgabe machen, sondern haben lediglich das Ziel ins Auge zu fassen. Die von dem Minister angeforderte Denkschrift über das Kinderleben in Preußen bitte ich zu beschleunigen. Der Vordemredner hat seiner Benützung Ausdruck gegeben, daß der Antrag noch vor Ostern zur Verabschiedung kommt. Er hätte die Benützung billiger haben können, wenn er und seine Freunde im vorigen Jahr für unseren Antrag gestimmt hätten. Wir haben allen Grund, darauf hinzuweisen, daß wir in diesem Hause die ersten gewesen sind, die die Anträge auf Bekämpfung des Kinderlebens eingebracht haben, aber diese Anträge haben Sie, weil sie von uns gekommen sind, abgelehnt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird angenommen.

Debatteless angenommen werden Anträge betreffend die Fürsorge für die gefährdete oder verwaiste Jugend und die Unterstützung des Bezirksheimatwesens.

Hierauf verlag sich das Haus.

Abg. v. Brandenstein (L.) bittet den Präsidenten dafür zu sorgen, daß die Anträge auf Revision der Geschäftsordnung noch vor Schluß des Landtages zur Erledigung kommen. Viele Angelegenheit, die schon so lange schweben, müsse von diesem Landtag abgeschlossen werden.

Vizepräsident Vorsch sagt zu, er werde den Wunsch des Vordemredners dem Präsidenten unterbreiten.

Abg. Vorsch (Soz.): Wir sind anderer Meinung, als Herr v. Brandenstein (Laden rechts), nicht etwa wegen des Inhalts des Antrages. Uns kann es nur lieb sein, wenn Sie uns kurz vor den Wahlen noch wieder Agitationsstoff liefern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir halten es für richtiger, daß der neue Landtag sich seine Geschäftsordnung selbst gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung Dienstag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr: Beseg betreffend innere Kolonisation. Schluß 12 1/2 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 13. März 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Richter eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst 9 Referate über Ausschussberatungen. Den vom Ausschuss empfohlenen Vorlagen über den Erwerb von Straßenland und über die Anlegung von Ausgängen von den Grundstücken Walmer Straße 26 und 28 nach der noch unregulierten Kordensstraße und Kornweger Straße, sowie über den Erwerb von Straßenland vor dem Grundstück Neue Friedrichstraße 4 tritt die Versammlung ohne Debatte bei.

daß sie die einzige Dame mit einer Tasche im Kleid in Auteuil war.

Volle, schwere, lächelnde Farben überall! Jene grellen koloristischen Kombinationen, die in der neuesten Mode der Malerei im Expressionismus und Futurismus, als Zeichen einer künstlerischen Revolution sich dem Auge aufdrängen, scheinen von der Farbenphantasie der Mode nachgeahmt zu sein. Flegelrote Jacketts werden mit grellblauen Röcken zusammen getragen, cremefarbene Röcke klingen mit mostrichfarbenen Jacken ineinander, das einfache Schwarz des Rockes wird durch ein glänzendes Blau aufgehoben. Dazu kommt noch die Vizarre der bunten Streifen, Flecken und Tupfen. Manche der Schönen drücken wenigstens äußerlich mit einer dämonischen Tiger- und Panthernatur, indem sie die Zeichnungen im Fell der Raubtiere nachahmen, andere haben sich in Stoffe gehüllt, für die sie als Vorbild die extravagantesten Tapetenmuster ihrer Wohnung benutz haben.

Im Schnitt sind weniger schwerwiegende Veränderungen zu konstatieren; die Ansätze zur Aniline machen sich mehr und mehr bemerkbar und um die breiten Röcke fallen die Jacketts locker und locker.

Notizen.

Schluß im Romdienhause. Das seit Rothars Zusammenbruch mittels Rotionssektion und Schuldenstundung weiterer geführte Romdienhaus ist jetzt geschlossen worden. Die Einnahmen deckten schließlich nicht die laufenden Kosten, und so fand denn am Mittwoch die letzte Vorstellung statt. Dank der gemeingütigen Gründertätigkeit des Herrn Rothar haben die so schon genug geschöpften Mitglieder, die schon länger ohne Gegenbezug waren, jetzt mittellos da. Und die wütenden Gläubiger versuchen die Tapeten abzureißen und die Säge herauszuholen. Uebele Hartwig und Toni Impfen wollen versuchen, vom 1. April an die Direktion zu übernehmen.

Felix Holländer, der als Intendant für das Frankfurt Schauspielhaus in Aussicht genommen war, hat sich zu guter Letzt für das angestammte Deutsche Theater entschieden. „Darüber komme ich nicht hinweg“, sagt er in einem Zirkularschreiben, das natürlich wortwörtlich in die Presse mußte, und legt uns seine erschrecklichen Wahlnotizen vor. — An den Knöpfen abzählen, Herr Holländer, ist in solcher Sache immer das ratsamste; man bleibt auch am ehesten Mann dabei.

Schauspieler und Kino. Die Frage, ob von einem Theater engagierte Schauspieler bei kinematographischen Aufnahmen eines anderen Unternehmers mitwirken dürfen, entschied das in einer Bestimmungsgelage angerufene Gericht zu ungunsten der Schauspieler.

Konto: Kellamesssen. In den Rindobatten wurde neulich ausgeplaudert, daß die hohen Summen, die für große Kanonen wie Hauptmann und Sudermann als Verfilmungsprämien bezahlt werden, im Kellamesssen zur Verfügung gelangen. Wenn jetzt der „Lichtspielvertrieb des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller“ sich rührt, Sudermanns Roman „Der Rattenberg“ für 60 000 M. und gegen Tantieme erworben zu haben, so ist das wohl ebenso zu verstehen. Denn hinter dem Spielvertrieb steht der zahlende Filmverlag.

Kleines feuilleton.

Freudvolle Arbeit. Freudvolle Arbeit! Welch ein Glücksgefühl empfinden liegt nicht in diesen beiden schlichten Worten und welche ein Sehnsuchtsgefühl beschleicht dabei nicht unser Herz. Nur wenigen ist es ja heute vergönnt, freudvolle Arbeit zu leisten. Den großen Scharen des Volkes ist eine solche Arbeit fremd, ist solche Arbeit nur ein Ziel für kommende Zeiten, das Ideal einer kommenden Welt.

Die steigende Arbeitsteilung und Spezialisierung, die der Kulturfortschritt stets bedingt und weiter bedingt, bringt zwar in allen Berufen ein gewisses Einzelni mit sich. Aber wenn die Arbeit auch noch so gleichförmig ist, so ist dennoch eine freudvolle Arbeit möglich, denn die Arbeit an sich ist es weniger, die uns erfreuen muß, als der Drang, der uns zur Arbeit treibt, und der Zweck, den wir unserer Arbeit setzen. Ein innerer Drang für das Ganze zu schaffen, muß uns zur Arbeit treiben, ein erhabener Zweck, dem Ganzen zu leben, muß unsere Arbeit beselen, dann geht das Innerste des Menschen in seiner Arbeit auf, dann wird die Arbeit, mag sie äußerlich auch noch so gleichförmig sein, eine durchgeistigte Arbeit, dann wird sie eine Arbeit voll Freude und Glück.

Wie wenige vermögen aber heute mit ihrer Arbeit dem Ganzen zu dienen. In letzter Linie hat gewiß auch die Gesamtheit ihren Nutzen, doch gilt die Arbeit zunächst und vor allem dem Interesse einiger Weniger, der Gewinnsucht einiger Besitzenden. Und darum mit Recht jene fehlende Freude, darum mit Recht jener fehlende innere Genuss.

Welche Unnatur! Wie eine Maschine ist der Mensch bei seiner Arbeit, tot und kalt, und das ganze innere Fühlen und Drängen steht abseits vom Wege, der ganze heilige, natürliche Trieb des Menschen für das Ganze zu arbeiten und zu wirken und zu schaffen. Die kapitalistische Entwicklung hat den Arbeiter nicht nur von seinem Produktionsmittel getrennt, sie hat ihm auch den Geist von seiner Arbeit genommen. Man muß einseitig die Arbeitskraft und läßt den Geist und das Gefühl ganz außer acht, vielleischt verflümmert, während das Schaffen der ganzen einheitlichen Persönlichkeit der Natur entspricht und darum der sittlichen Pflicht.

Nur die sozialistische Gesellschaft vermag auch hierin natürliche und sittliche Verhältnisse zu schaffen. Erst wenn die Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft übergegangen sind, vermögen wir durch unsere Arbeit dem Ganzen zu dienen, mit dem wir uns eins fühlen, erst dann können wir unsere ganze Seele in unsere Arbeit hineinlegen, unsere ganze, große, tiefe Liebe zur Menschheit, erst dann leisten wir eine freudvolle Arbeit von nicht nur großem wirtschaftlichen, sondern auch hohem ethischen Werte.

Echte Begeisterung. In der „Post“ veröffentlicht ein Herr Egon Koska über den Tod Kaiser Wilhelms in der Dichtung einen längeren Aufsatz. Gleich zu Anfang stürmt der begabte Mann also in die Saiten:

„Raum jemals hat ein geschichtliches Ereignis einen so gewaltigen Niederschlag in der Poesie gehabt, als der Tod Kaiser Wilhelms I. am 9. März 1888. Die große, liegende innere Erregung, die sich des deutschen Volkes bemächtigt hatte, fand einen tönenden Ausdruck

Der Grundbesitzerverein des Frankfurter-Lor-Begriffs und der Verein unbesoldeter Gemeindebeamten im Osten Berlins haben wegen Baues einer Gemeindefchule in der Jelliptraherpetitioniert. Das Terrain ist seit mehreren Jahren im Besitz der Stadt, der Bau der Schule aber immer wieder abgeseht worden. Der Petitionsausschuss, für den in Vertretung des verhörderten Stadts. Dr. Ritter (Fr. Fr.) Stadts. Grunwald (Sog.) berichtet, hat einstimmig Uebeweisung an den Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen.

Stadts. Dr. Arons (Sog.): Im Etat für 1913 sind 100 000 M. für diesen Schulbau angeführt. Der Stadtbaurat hat uns im Etatanschlag erklärt, daß er dafür höchstens ein Vierteljahr lang bauen könne. Bei der Etatberatung wird sich daher die Versammlung dieses Antrags des Petitionsausschusses zu erinnern und auf die Erhöhung des Etatsantrages auf mindestens 300 000 M. hinzuwirken haben.

Nachdem sich Stadts. Sellriegel (R. L.) ähnlich geäußert, gelangt der Ausschuh Antrag zur Annahme.

Auch die Petition der Laboratoriumsdiener des städtischen Untersuchungsamts um Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse soll nach dem Antrage des Petitionsausschusses dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiefen werden mit der Mahgabe, daß eine angemessene Erhöhung der Gehälter der Rentanten (Anfangsgehalt 100 M. monatlich, nach 30 Dienstjahren 168,33 M.) für das laufende Etatsjahr erfolgen möge. Referent ist Stadts. Grunwald (Sog.). Die Rentanten weisen speziell darauf hin, daß die Magistratsdiener bis zu 2700 M. aufsteigen, während die Laboratoriumsdiener nur bis zu 2020 M. gelangen.

Mit großer Mehrheit wird die Uebeweisung zur Berücksichtigung beschlossen.

Hierauf schreibt die Versammlung zur Wahl eines besoldeten städtischen Medizinikrates. Gewählt wird der Direktor im Reichsgesundheitsamt, Geh. Rat Dr. Weber, mit 82 von 116 Stimmen; 18 Stimmen fallen auf v. Drigalski, 12 auf Rodrian, 2 zerstreut, 2 Fettel sind weh.

Der spezielle Entwurf zum Neubau der VIII. Pflichtfortbildungsschule auf dem ehemaligen Marktballen-Grundstück auf dem Gesundbrunnen, Grünthaler Straße 5, sowie der mit 895 500 M. abschließende Kostenanschlag ist vom Ausschusse mit der Mahgabe genehmigt worden, daß an der Außenfassade nur die sechs mittleren Pfeiler als Säulen ausgeführt werden, die übrigen acht Stützen Pfeilerform erhalten sollen. Die im Etat für 1913 vorgesehene erst Baurate von 200 000 M. soll zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Referat des Stadts. Sälzland (R. L.) wird der Entwurf nach dem Ausschuh Antrage genehmigt.

Der für die Beratung des Antrags Arons u. Gen. (Sog.), den Magistrat zu eruchen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterverbänden über Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angeestellten in Verhandlungen zu treten und den Vertrag der Versammlung zur Kenntnis zugehen zu lassen" eingeleitete Ausschuh hat zwei Sitzungen abgehalten. Die Beratungen haben mit der Ablehnung des Antrages geendet. Referent des Ausschusses ist Stadts. Goldschmidt (R. L.).

Stadts. Sassenbach (Sog.): Im Ausschusse war man sich darüber einig, daß Tarifverträge für die Privatindustrie von Vorteil sind; Meinungsdivergenzen bestanden nur darüber, ob sie auch für die Gemeinden von Vorteil seien. Der Ausschuh hat sehr eingehende Beratung gepflogen, in welcher auch die Urteile von Räumern wie v. Bielefeld und Brentano zur Erörterung kamen. Diese Urteile sprechen sich sämtlich für den Abschluß von Tarifverträgen aus. Trotzdem empfiehlt die Mehrheit des Ausschusses die Ablehnung unseres Antrages. Da es mir nicht möglich sein wird, die Entscheidung der Versammlung in entgegengekehrtem Sinne maßgebend zu beeinflussen, verzichte ich auf die Widerlegung der Gegengründe der Ausschuhmehrheit. Im Ausschuh wurde auch geltend gemacht, es sei der Abschluß solcher Tarifverträge fürderhin gar nicht nötig, da die städtischen Arbeiter Freunde genug in der Versammlung hätten und für diese vielleicht noch mehr als auf dem Wege des kollektiven Arbeitsvertrages herauszuholen könnten. Es bleibt doch aber die Tatsache bestehen, daß die Arbeitsbedingungen einseitig von der Verwaltung festgesetzt werden; es bleibt ein, wenn auch aufgeklärter Absolutismus bestehen. Der Abschluß von Tarifverträgen darf nicht ausschließlich vom materiellen Standpunkt aus betrachtet werden; es kommen auch höhere Gesichtspunkte in Betracht, und die lassen das Streben der Berliner städtischen Arbeiter nach dem Abschluß solcher Verträge begründlich erscheinen. Wie sich die Auffassung der Arbeiterschaft über Tarifverträge in kurzer Zeit fundamental geändert hat, wird diese Wandlung sich auch in den Gemeindeverhältnissen vollziehen. Kommt nicht an einem Tage erbaut worden; neue Ideen brauchen Zeit, sich durchzusetzen. Wir halten selbstverständlich an unserer Auffassung fest und werden gegen den Ausschuh Antrag stimmen. Mit der Annahme des letzteren halten wir die Angelegenheit nicht für erledigt. Die Stimmung dafür wird sich bald bessern, und dann werden wir den Antrag wieder vorlegen; er wird, wie ich nicht zweifle, in nicht allzu ferner Zeit auch hier zur Annahme gelangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadts. Galland (R. L.): Kollektivverträge sind für die Privatindustrie von großem Wert, nicht aber für Gemeinden. Da unsere Verwaltung ein Herz für die Arbeiter hat, hat sie noch im Etat für 1913 bewiesen. Wir halten dafür, daß der soziale Frieden zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft auch in Zukunft erhalten bleiben wird.

Stadts. Brunsow (R. L.) sieht voraus, daß beim Bestehen solcher Verträge mindestens in den letzten drei Monaten vor dem Ablauf sich eine große Unruhe bemerkbar machen wird. Die städtischen Arbeiter seien doch ohnehin bevorzugt, sie hätten Urlaub und Ruheseld.

Die Versammlung lehnt hierauf nach dem Antrage des Ausschusses den Antrag Arons ab.

Der Bericht des Pflasterausschusses erstattet Stadts. Geride (Fr. Fr.). Der Ausschuh hat eine Reihe von Straßen, die zur Umpflasterung aussersehen waren, aus dem Verzeichnis der im Etatsjahre neu- oder ungenutzten Straßen gestrichen.

Stadts. Grunwald (R. L.) plädiert für die völlige Pflasterung der Cantianstraße.

Magistratsbaurat Seifert: Dazu sind die Mittel noch nicht vorhanden.

Die Ausschuh Anträge werden unbedändert angenommen.

Die vom Magistrat beabsichtigten neuen und erhöhten Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke sind in der Ausschuhberatung mit unerheblichen Änderungen gutgeheißen worden. Abgelehnt wurde nur der Antrag, 300 M. für den Verein „Alten- und Krankenpflege“ in den Etat für 1913 einzusetzen; für die „Stiftung Heimstätte in Berlin“ sollen statt 8000 M. 9000 M. bewilligt werden, für den „Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsweesen“ statt 2000 M. Mitgliedsbeitrag nur 1500 M.

Rachträglich ist eine Erhöhung der Zuzahlung an die Berliner Ferienkolonien angeregt worden. Der Vorseher ersucht den Magistrat, sich der Anregung anzunehmen; eventuell soll bei der Etatsberatung darauf zurückgekommen werden.

Die Zuzahlungen werden nach den Ausschuhvorschlügen festgesetzt.

Der Magistrat will zwei zerlegbare transportable und gut heizbare Krankenbaracken in stärkster Dödericher Bauart, eine für 20 und eine für 30 Betten, für 40 000 M. beschaffen, die zur Verfügung zu halten und erforderlichenfalls stets in dem Krankenhause unverzüglich aufzustellen sind, in dem die darübergehende schlaunige Bereitstellung von Betten erforderlich wird. Die bisher vom Zentralkomitee des Preussischen Landesvereins vom roten Kreuz hergeliehenen beiden Baracken sollen alsdann dem Verein zurückgegeben werden.

Stadts. Sachs (R. L.) beantragt, den zu-sassenden Beschluß dahin zu formulieren, daß die Baracken bei „epidemisch auftretenden Krankheiten“ zur Verfügung zu halten sind.

Stadtrat Kunge erklärt, daß der Anregung gemäß werde verfahren werden.

Stadts. Dr. Wehl (Sog.) hält diese Erklärung für genügend, widerspricht aber der ausdrücklichen Ausnahme des beantragten Zusatzes in den zu-sassenden Beschluß. Gewiß seien diese in Reserve stehenden Baracken in erster Linie bei epidemisch auftretenden Krankheiten in Gebrauch zu nehmen; stände der Haßfuß aber ausdrücklich in dem Beschluß, so würden die Krankenhaußdirektoren sich slavisch daran halten und die Baracken nicht zur Verfügung stellen, wenn es sich um einen starken Anstaus anderweitig schwer Erkrankter handele, z. B. in Fällen von fieberhaftem Rheumatismus, Lungenentzündung, von Krankheiten, die sich erst später als epidemisch herausstellen, oder auch in Fällen eines Masernausbruchs. Man könne nicht einfach diese Baracken, wie Herr Sachs wolle, auf andere Krankenhäuser verweisen, denn es seien z. B. aus den 850 Betten des Krankenhauses Friedrichshain, dank dem Notizist des Kammerers, jetzt 800 geworden.

Die Mehrheit nimmt gleichwohl die Vorlage mit dem Antrag Sachs an.

Zu den Kosten des Ersten Deutschen Kongresses für alkoholfreie Jugenderziehung, der vom 26. bis 28. März d. J. im Abgeordnetenhaus tagt, wird ein Beitrag von 500 M. bewilligt.

Als Beitrag zu den Arbeitslöhnen der auf den städtischen Gütern beschäftigten Obdachlosen bewilligt die Versammlung auf Antrag des Magistrats für die Monate Februar und März je 3800 M. an die Kanalisationsverwaltung aus dem Armenetat.

Die Stadt Berlin will dem Schuhverband für die Grunewaldseen mit einem Jahresbeitrag von 30 M. beitreten und dem Verbands gleichzeitig eine einmalige Zuzahlung von 5000 M. machen.

Die Vorlage geht auf Antrag des Stadts. Dr. Leby II (R. L.) an einen Anstaus von 10 Mitgliedern.

Das öffentliche Anschlagwesen ist bis 1921 für eine jährliche Pachtsumme von 540 000 M. an die Firma Kauf u. Hartmann verpachtet, die mit der Stadt schon seit 1880 im Pachtverhältnis steht. Die Firma plant die Aufstellung neuer Säulen, für die sie die Anweisung von Standorten vom Magistrat erbeten hat. Es sollen im ganzen 164 Säulen namentlich in der inneren Stadt zur Aufstellung gelangen; gleichzeitig ist eine Erhöhung der Pachtsumme auf 555 000 M. vereinbart.

Die Vorlage wird ohne Diskussion angenommen. Schluß 3/8 Uhr.

Wasserstands-Nachrichten

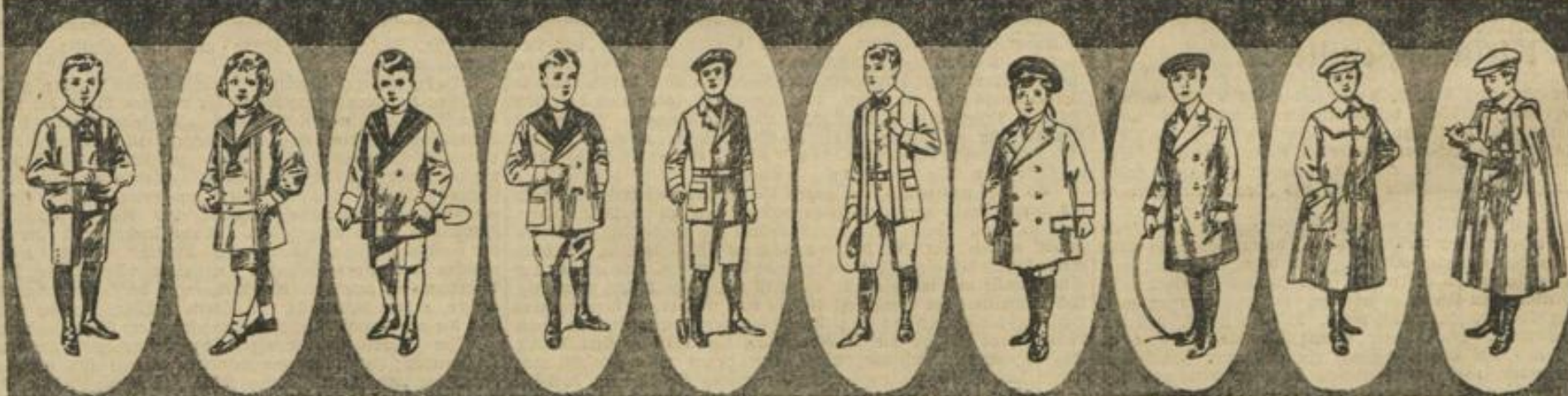
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

| Wasserstand | am | | seit | | Wasserstand | am | | seit | |
|-------------------|------------------|-----------------|-------|-----------------|---------------------------------|-------|-----------------|-------|-----------------|
| | 12.3. | 11.3. | 12.3. | 11.3. | | 12.3. | 11.3. | 12.3. | 11.3. |
| | cm | cm ³ | cm | cm ³ | | cm | cm ³ | cm | cm ³ |
| Remel, Lüst | 346 ³ | +36 | | | Saale, Großh. | 154 | +6 | | |
| Regel, Zusterburg | 105 ³ | +15 | | | Saale, Spandau ³ | 80 | -5 | | |
| Reichel, Thon | 163 ³ | +19 | | | Saale, Rathenow ³ | 112 | +2 | | |
| Oder, Kallhor | 144 | -7 | | | Spreew., Spremberg ³ | 116 | -2 | | |
| „ Krossen | 103 | +1 | | | Seefflow | 84 | 0 | | |
| „ Frankfurt | 120 | +4 | | | Weser, Minden | 240 | +5 | | |
| „ Scharf | 74 | 0 | | | „ Minden | 342 | -2 | | |
| „ Landsberg | 61 | +4 | | | Rhein, Rarimiliansau | 330 | -3 | | |
| „ Borsdam | 26 | -8 | | | „ Ruis | 160 | +2 | | |
| „ Zeitmerly | 62 | -3 | | | „ Rön | 182 | +4 | | |
| „ Dresden | -62 | +2 | | | „ Redar, Gellbrom | 84 | -1 | | |
| „ Barby | 212 | +17 | | | „ Rain, Gannu | 170 | +2 | | |
| „ Magdeburg | 161 | +13 | | | „ Rojel, Trier | 75 | -9 | | |

¹) + bedeutet Hoch, - Fall. - ²) Unterpegel. - ³) Eisdecken. ⁴) Eisföhlenreiben. - ⁵) Eisfest.

Deutsche und Französische

Knaben-Moden 1913



- Anzug Usedom**
Manchester in Braun und Mode
Für 2-3 Jähr. Knaben
3 M. 50
Jedes Altere Jahr 10 Pl. mehr.
- Anzug Föhr**
Blauer Kammgarn-Cheviot mit Satin-Überkragen, Kiltelform mit Lackgürtel für 1-2 Jähr. Knaben
10 M.
Jedes Altere Jahr 50 Pl. mehr.
- Anzug Borkum I**
Dunkelblauer Kammgarn-Cheviot, Satin-Überkragen, Hoes ganz gefüttert für 2-3 Jähr. Knaben
7 M. 50
Jedes Altere Jahr 25 Pl. mehr.
- Anz. Prinz Heinrich**
Reinwoll. Kammgarn-Cheviot, Satin-Überkragen, reich garniert für 2-3 Jähr. Knaben
12 M.
Jedes Altere Jahr 50 Pl. mehr.
- Anzug Borkum II**
Neueste gemantelte Cheviots, sehr elegante Façonna für 3 Jähr. Knaben
12 M.
Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.
- Anz. Westerland**
Oliv, grau, braun und grünlicher Cheviot für 10 Jähr. Knaben
10 M.
Jedes Altere Jahr 50 Pl. mehr.
- Pyjack Prinz Heinrich**
Dunkelblauer Cheviot auf Sergeifutter gearbeitet für 2-3 Jähr. Knaben
7 M. 50
Jedes Altere Jahr 50 Pl. mehr.
- Pyjack Bornholm**
Covercoat in allen Sportfarben, elegante Ausführung für 2-4 Jähr. Knaben
11 M. 50
Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.
- Bozener Mantel**
Glatter od. gemust. Strichloden, sehr praktisch für Knaben und Mädchen für 6-7 Jahre
8 M. 50
Jedes Altere Jahr 1 M. mehr.
- Pelerine Sturm**
für Knab. u. Mädch. grau od. grünlich, „Imprägniert“, mit Trachtenbändern, Taschen 70 cm lang
4 M. 50
Je 10 cm länger, bis 90 cm, 25 Pl. mehr.

Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten für Knaben und junge Herren, in sehr großer Auswahl.

Moderne Kleidung für junge Herren

| | | | | |
|--|---|---|--|---|
| Blaue Cheviot-Anzüge I- und IIreihig 15-18-23-27-37-45- | Farbige Jacket-Anzüge I- und IIreihig 15-20-28-33-38-45- | Sport-Anzüge Praktische Faltenformen 16-18-22-27-30- | Frühjahrs-Ulster I- und IIreihig 16-20-24-28-33-41- | Loden-Pelerinen grau oder grünlich, „Imprägniert“ 6-6.50 10-11-12- |
|--|---|---|--|---|

BaerSohn

Chausseestraße 29/30 □ BERLIN □ 11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Bestellungen nach außerhalb werden prompt ausgeführt. Von 20 Mark an franko. Angabe des Alters erforderlich

Nachdruck verboten.
Der reichillustrierte Hauptkatalog No. 47 (soeben erschienen) kostenlos und portofreit

Nächsten Sonntag von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

V. S. Nr. 29. 114/15
Filiale Berlin 3.
Mitgliederversammlung
 Sonntag, den 16. März, vormittags 9 Uhr, bei Kayser, Reichenberger Str. 154.
 Tagesordnung:
 Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, Wahlzeit von 9-2 Uhr.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
 A. U.: F. Krenede, Schleißer Str. 27c.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
 Ortsgruppe Berlin.

Touren
 zum Sonntag, den 16. März.
 Die Frühreisen fallen wegen der Flugblattverbreitung aus.
 1. Abt.: 1 Uhr: Lichterabe (früher Deter).
 2. Abt.: 1 Uhr: Rahlsdorf-Süd (Gelbtrug).
 3. Abt.: 1 Uhr: Rahlsdorf (Wangenholz).
 4. Abt.: 1 Uhr: Lichterabe (Bau).
 5. Abt.: 1 1/2 Uhr: Petershagen (zum alten Dehauer).
 6. Abt.: 1 Uhr: Kirchgarten (Wilhelmshof).
 7. Abt.: 2 Uhr: Röntgenial (Narz).
 8. Abt.: 2 Uhr: Mariendorf (Gesellschaftshaus).
 9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Frey-Buchholz (Röhne).
 10. Abt.: 1 Uhr: Helligensee. Start: Schulstr. 29.
 Sämtliche anderen Starts an den bekannten Stellen. 10/13

Für Vereine!
 Donnerstag, mittl. Tanzsaal, event. m. Musik, unentgeltlich, bei vorheriger Vereinbarung großer Entgegenkommen. — Angenehmer Aufenthalt im Lokal. Billard, Regeltbahn, 2. Feiertag sowie jeden Sonntag: Freitags, 28865. **Bakofzer, Bohnsdorf-Grünau.** Telefon 225.



JUNO
 2-3 CIGARETTE

Total-Ausverkauf

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe

Bis 1. April muss alles geräumt sein. Verkauf zu fabelhaft billigen Preisen. Gründung des Geschäfts 1910, daher nur moderne beste Ware.

- 335 Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge nur kurze Zeit verliehen gewesen, pa. Tuchkammgarn, viele ganz auf Seide, so: früherer Preis 50.— bis 100.— Mark, jetzt 32.—, 35.— bis 42.— Mark
- 100 Prima neue Gehrock- u. Smoking-Anzüge vorzügliche Muster und Qualitäten, ein- und zweireihig, so: früher 35.— bis 45.— Mark jetzt 19.— Mark früher 50.— bis 60.— Mark jetzt 28.— Mark
- 510 neue Herren-Paletots, Ulster ein- und zweireihig, alle Farb., hell u. dunkel, so: früher 20.— bis 30.— Mark jetzt 9.50 Mark früher 35.— bis 45.— Mark jetzt 15.— Mark
- 230 Jackett-Anzüge, Paletots, Mass-Anfertigung wenig getragen, gut erhalten, haltbare Stoffe, auf das beste hergerichtet früher 15.— bis 25.— Mark, jetzt 8.— und 12.— Mark früher 30.— bis 40.— Mark, jetzt 16.— und 24.— Mark
- 60 Jünglings-Ulster u. Paletots beste Qualitäten, schönste Muster, so: früher 15.— bis 25.— Mark jetzt 8.— Mark früher 28.— bis 40.— Mark jetzt 12.— Mark
- 950 Herren-Hosen in allen Längen und Welten, so: früher 3.— bis 4.— Mark jetzt 2.— Mark früher 5.— bis 8.— Mark jetzt 3.25 Mark früher 10.— bis 15.— Mark jetzt 5.— Mark

Einzelne Gehrocke, Fracks und Smokings, beste Schneiderarbeit, wenig getragen, so: früher 12.— bis 30.— Mark, jetzt 4.— und 6.— Mark

Verleihhaus feiner Herren-Moden
 59 Leipziger Strasse 59.

Sonnabends bis 9 Uhr abends, Sonntag von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnsitzrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 58. **Rein Abzahlungsgeschäft.**

Scheuere mit

Henkel's Bleich-Soda.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Widelswerder**, an der neuen Geckstraße beim Alten Freund.



LÖWENBIERE

SIND AUF DER HÖHE

Jahresumsatz:
 1912/13 ca. 43.600 hl.
 1911/12 ca. 390.000 hl.

Export nach allen Weltteilen.

Löwen-Gold

In Kannen, Siphons, Flaschen überall käuflich oder Fernap. Nord. 10370-10372.

Löwen-Brauerei A.-G., Berlin N.

Achtung! Vereine!
 Empfehle meinen gr. Saal sowie beid. Naturgarten zu Sommerfesten und Versammlungen.
 Sonnabende vom April bis Sept. mit Spezialitäten gratis zu vergeben, sowie 1. Mai, früh, noch frei zu Versammlung. Bitte um gütigen Zutritt.
Karl Eisermann, „Elysium“.
 Landsberger Allee 40. Wmt. Hgt. 2617.

Tuchstoffe

Anzugstoffe, Hosenstoffe, Reste **Neubelien** sehr billig. **Molkenmarkt 12-13**
 Tuchlager Carl Engel.



Was ich mir zum Putzen hol? Einzig und allein

Blendol



Der gute Metallputz. In Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf

Herrenstiefel jetzt nur 4.95
 Damen-Lackschuhe jetzt nur 5.75
 Damenstiefel jetzt nur 4.65
 Herrenstiefel jetzt nur 5.75
 Braune Halbschuhe jetzt nur 3.95
 Damenstiefel braun jetzt nur 5.75

der Charlottenburger Filiale **Nehringstr. 34.**
 In allen Geschäften dieselben billigen Preise

Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt
 2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz
 3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magasinstr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. **Branchen-Versammlungen.**

Modell- und Fabriktschler.
 Montag, den 17. März, pünktlich 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11-12.

Tagesordnung:
 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Korbmacher.

Mittwoch, den 19. März, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 4 (Arbeitslosen-Saal), Engelauer 14.

Tagesordnung:
 1. Der Arbeitsnachweis als Kampfmittel im Wirtschaftsleben. Referent: Kollege R. Leopold. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Branchengelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 17. März, abends 8 Uhr, in „Docters Gehilfen“, Weberstr. 17.

Tagesordnung:
 1. Welche Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage haben wir von dem neuen Vertrage zu erwarten? 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchengelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Branchenkommission.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin. Sonntag, den 16. März, vormittags 10 Uhr, bei Wille, Seebastionstr. 39.

Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:
 1. Bericht des Arbeitersekretärs Genossen Gustav Lin! über: Der Bauarbeiterstand, wie er ist und wie er sein sollte. 2. Verbandsangelegenheiten.
 Das Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Der Vorstand.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei.
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Reinickendorf-Ost, Willestr. 62.
 Bilanz am 31. Dezember 1912.

| Artiba. | Fl. | Passiva. | Fl. |
|--------------------------|------------|----------------------------|------------|
| Baren-Ronto | 6 041,35 | Ronto d. Genossenschaftler | 950,00 |
| Betriebs-Umlagen-Ronto | 175,00 | Doppelhelfer-Ronto | 160 000,00 |
| Gespann-Umlagen-Ronto | 1 850,25 | Parteien-Ronto | 12 065,00 |
| Kassa-Ronto | 1 778,21 | Reservefonds-Ronto | 15 823,58 |
| Bank-Ronto | 1 292,20 | Ronto-Korrent-Ronto | |
| Effekten-Ronto | 379,40 | Kreditoren | 15 938,79 |
| Grundstück-Ronto | 33 000,00 | | |
| Gebäude-Ronto 166 930,00 | | | |
| Abstr. 3330,00 | 163 600,00 | | |
| Maschinen-Ronto 3000,00 | | | |
| Abstr. 300,00 | 2 700,00 | | |
| Inventar-Ronto 850,00 | | | |
| Abstr. 100,00 | 750,00 | | |
| Gespann-Ronto 15 175,00 | | | |
| Abstr. 2 775,00 | 12 400,00 | | |
| Ronto-Korrent-Ronto | | | |
| Debitoren | 960,76 | | |
| | 224 837,17 | | 224 837,17 |

Am Laufe des Geschäftsjahres hat sich die Mitgliederzahl nicht verändert und beträgt 19 Genossen.
 Das Gesamtvermögen sowie die Gesamtsumme der Mitglieder haben sich nicht verändert und betragen am 31. Dezember 1912 je 950 Mark.
 Reinickendorf, den 12. März 1913.
 104/7

Der Vorstand. Robert Engel. Karl Marschel.

Engelhardt Special Hell

Flasche 10 Pf. Überall käuflich

Ein Qualitätsbräu



Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin • C. 54, Linienstraße 83/85

Verwaltung:
Telephon: Amt Norden 1987.

Kassierer:
Amt Norden 185.

Arbeitsnachweis:
Amt Norden 1239, 9711.

Sonntag, den 16. März 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
findet die
Wahl von zwei Baukontrolleuren
in folgenden Lokalen statt:

- Kaczerowskis Restaurant, Ravenstr. 6.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
- Voigts Theater, Badstr. 58.
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Wiemers Festsäle, Bälowsstr. 58.
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
- Südost, Waldemarstr. 75.
- Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
- Eickes Restaurant, Schönleinstr. 6.
- Stralau-Rummelsburg, Café Bellevue, Hauptstraße 2.
- Lichtenberg, Ertelt, Pfarrstr. 74.
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
- Boeker, Weberstr. 17.
- Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
- „ Zibell, Elbestr. 8.
- „ Iden, Harzer Str. 88.
- „ Rückheim, Bergstr. 97.
- Tempelhof, Wilhelmgarlen, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 44.
- Steglitz, Clement, Düppelstr. 7.
- Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelminenhofstraße 18.
- Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
- Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.
- Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
- Spandau, Mardetzky, Bismarckstr. 8.
- Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 2/4.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Adolf Cohen, Linienstraße 83/85.

Sonntag, den 16. März 1913, vormittags 10 Uhr:
Versammlung aller in Buchdruckmaschinenfabriken beschäftigten Kollegen

in Witwe Augustins Festsälen, Dranienstraße 103.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Blanke. 2. Diskussion.
3. Berichtsangelegenheiten und Beschlüsse.
Höchst aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 16. März 1913, nachmittags 5 Uhr:
Versammlung der Emaillierer von Hohen-Schönhausen, Lichtenberg u. Weißensee

in Lokal von Reicher, Hohenschönhausen, Berliner Straße 93.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Betriebsangelegenheiten.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen und speziell ihre Frauen mitzubringen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Räderstraße 9
Fernsprecher: Amt Norden 6708

Maler! Achtung! Anstreicher!

Die Ortsverwaltung hat beschlossen, daß in allen Werkstätten, in denen die Kollegen ausgesperrt sind, auch die Kollegen die Arbeit niederlegen müssen, die nicht mit ausgesperrt wurden. Es sind alle Werkstätten als gesperrt zu betrachten, die die Aussperrung vorgenommen haben.

1/17/13

Die zu Sonntag, den 16. März, angeordnete
Brauchenversammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundschleifer
findet nicht statt.

Montag, den 17. März 1913:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

- in folgenden Lokalen:
- Norden: Pharusäle, Müllerstr. 142, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Norden: „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Zwine-münder Straße 42, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Tegel: Wohlfarts Festsäle, Reinickendorf-West, Eichbornstraße 18, abends 8 Uhr.
 - Moabit: Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Westen und Schöneberg: Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Osten: Comeniusäle, Memeler Straße 67, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Stralau und Rummelsburg: Blumes Festsäle, Mi-Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung, Vorhagen 56, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Weißensee: Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal IV, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 151/152, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Steglitz: Schellhases Festsäle, Khorustr. 15, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Friedrichshagen u. Köpenick: im Lokal Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Spandau: im Lokal von Mardetzky, Bismarckstr. 8, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannis-thal u. Umg.: im Lokal von Prochowski, Nathanstr. 13 (gegenüber der Volk), abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht von der außerordentl. Generalversammlung.
2. Stellungnahme zur ordentlichen Generalversammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ist erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Erwerbslose (Kranke).

Wegen der Osterfeiertage und des Quartalschlusses finden die Zahlungen der Unterstützung wie folgt statt:
Am Mittwoch, den 19. März wird für den Mittwoch, den 19. März und Donnerstag, den 20. März gezahlt.
Am Donnerstag, den 20. März wird für den Freitag, den 21. März und Sonnabend, den 22. März gezahlt.
Am Karfreitag bleibt das Bureau den ganzen Tag geschlossen.
Am Sonnabend, den 22. März wird für den Montag, den 24. März bis 12 Uhr gezahlt. Nachmittag geschlossen.
Am Dienstag, den 25. März wird für den 25. März nur bis mittag 12 Uhr gezahlt. Nachmittag geschlossen.
Wegen Quartalschlusses werden sämtliche Bücher eingezogen und bleibt das Bureau am Dienstag, den 1. April, den ganzen Tag geschlossen.
Wir ersuchen unsere kranken Mitglieder, ihre Unterstützung bis zum Montag, den 31. März abgeben zu lassen; ausgenommen davon sind diejenigen Kollegen, welche ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.
114/16 Die Ortsverwaltung.

Achtung!

6-700 Anzüge sowie Sommerpaletots u. After Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, teils auf Seide, für jede Figur passend, verkauft zu namend billigen Preisen

Nathan Wand
129 Stallher Str. 129.
Hochhausstation Rottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Abt. II: Neue Garderobe.



Auf Abzahlung Möbel Möbel

| | | | |
|----------|----------|-----------|----|
| 1 Zimmer | Mark 138 | Anzahlung | 13 |
| 1 Zimmer | Mark 187 | Mark | 18 |
| 2 Zimmer | Mark 389 | Anzahlung | 35 |
| 2 Zimmer | Mark 537 | Mark | 45 |
| 3 Zimmer | Mark 772 | Anzahlung | 65 |
| | | Mark | |

Komplette

Wohnungseinrichtungen

von Mark 400 bis Mark 5000

Einzelne Möbel

Anzahlung von Mark 3 an

Auf Abzahlung

Moderne
Jackett-Anzüge
in allen Farben
Blusen, Kostüme
Kostümröcke
Anzahlung

5

Die neuesten
Frühjahrs-Herren- u. Damen-
Paletots
saubere Konfektion
Schicke Kleider
Anzahlung

8



Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma

Kohnen & Jöring, Berlin 27. Arbeitskleidung - Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Sandberger Allee 158 - Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Aus der Partei.

Gemeindevahl.

Bei der Gemeindevahl in Bollsanger, einem Vorort von Cassel, wurden drei Mandate erobert, darunter zwei in der zweiten Abteilung. Die Sozialdemokratie hat in diesem Orte jetzt sechs von zwölf Mandaten inne.

Sozialdemokratische Wählerfolge in der Schweiz.

Zürich, 11. März. (Fig. Ver.) In den Kantonen Argau, Waadt und Tessin haben die Kantonsratswahlen stattgefunden, wobei unsere Partei zum Teil ihre Vertreter, so ziemlich durchwegs ihre Stimmzahl erhöhen konnte. Im Kanton Argau stieg die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter von 7 auf 9 und außerdem ist sie noch an einigen Stichwahlen beteiligt. Ihre Stimmzahl nach hätte sie auf eine stärkere Vertretung Anspruch, allein unter der Herrschaft des Majoritätssystems wird die sozialdemokratische Partei immer verzwergelt. — Im Kanton Tessin wurden zwei Sozialdemokraten in den Kantonsrat gewählt und ebenso viele im Kanton Waadt, wo die Arbeiterschaft ganz besonders um die ihr gebührende Vertretung betrogen wurde. In der Kantonshauptstadt Lausanne treiben leider die Pseudosozialisten von der Qualität der französischen Sorte Briand, Millerand, Viviani usw. noch immer ihr unheilvolles Spiel, die streberischen Advokaten Kapin, Peneler und Anforten, und sie verbündeten sich mit den Radikalen, um die christliche sozialdemokratische Arbeiterschaft um die ihr gebührende Vertretung im kantonalen Parlament zu pressen. So erhielten sie sechs Mandate, während unsere Partei mit ihren Stimmen bis zu 3200 leer ausging. Die zwei wirklichen sozialdemokratischen Vertreter wurden in anderen Gemeinden des Kantons gewählt. Die sozialdemokratische Stimmzahl in Lausanne ist aber an sich ein schöner Erfolg, der beweist, daß unsere Partei auf dem besten Wege neuer Erneuerung ist, was auch in der Parteipresse freudigen Ausdruck findet.

Von den Wahlen im Kanton Waadt, der bei wenig Industrie noch eine Domäne der Ultramontanen bildet, konnte unsere Partei noch gar kein Mandat erringen, und in einem Wahlkreise gaben die Arbeiter den Radikalen ihre Stimmen. Dazu schrieb der schwarze „Walliser Bote“, daß die Radikalen nicht einmal davor zurückschrecken, mit der Hefe des Volkes, mit den Sozialisten einen Bund zu schließen! Der Mensch, der diese Frechheit verbrochen hat, ist ein katholischer Geistlicher. Dabei haben z. B. im Kanton St. Gallen die Katholiken circa zwei Jahrzehnte lang in festem Allianzverhältnis mit den Sozialdemokraten gestanden!

Die Disziplin der italienischen Parlamentsmitglieder.

Rom, den 12. März. (Fig. Ver.) Nachdem der letzte Parteitag mit der Autonomie der Parlamentsfraktion aufgedreht hat, hat der Vorstand in seiner jüngsten Tagung einige Normen aufgestellt, die die Beziehungen zwischen Fraktion und Parteileitung regeln sollen. Die Aufnahme in die Fraktion und der Ausschluß aus ihr erfolgt künftig durch den Parteivorstand. Der Sekretär der Fraktion, der gemäß dem seit Jahren geltenden Statut Mitglied des Vorstandes ist, hält dauernde Beziehungen zwischen beiden Körperschaften aufrecht. Die Anlegung und Durchführung der Parteitagsschritte ist Sache des Vorstandes, der in wichtigen Fragen mit der Parlamentsfraktion gemeinsam berät. Jeder sozialistische Abgeordnete der neuen Legislaturperiode ist verpflichtet, ein Gehalt der jährlich 6000 Lira betragenden Parlamentsdiäten an die Zentralkasse abzuführen, welches Geld zur Hälfte dem „Avanti“ zuzuführen soll.

Sozialdemokratische Fortschritte in Holland.

Der Jahresbericht der sozialdemokratischen Partei Hollands, der dem Parteitag zu Ostern vorliegen wird, zeugt von erfreulichen Fortschritten, wie die folgenden Zahlen leicht erkennen lassen. Am 31. Dezember 1911 zählte die Partei 253 Gruppen mit 12 592 Mitgliedern, ein Jahr später 284 Gruppen mit 15 667 Mitgliedern. Zählt man dazu noch die Mitglieder der Orte ohne feste Vereine, so beträgt die gesamte Parteimitgliedschaft 15 792. Die Zahl der Abonnenten des Zentralsorgans „Het Volk“ wuchs im Berichtsjahre um 9117. Die Gruppen zahlten in die Hauptkasse (etwa 2 Pf. pro Kopf und Woche) 7036 Gulden gegen 5400 Gulden im vorigen Jahre. Neben der Tageszeitung „Het Volk“ hat die Partei noch 21 Wochenblätter, dann das von der marxistischen Sektion gegründete Wochenblatt, das dem Zentralsorgan beigegeben wird, und ein politisches Wochenblatt „De Rotenbraker“.

Die Organisation der sozialistischen Frauen gibt „De Proletarische Vrouw“, eine Wochenzeitung heraus, die jetzt 4500 Abonnenten hat. Auch für die 185 Mitglieder der verschiedenen Gemeinderäte existiert eine Art Korrespondenzblatt „De Gemeende“. Daneben gibt die Partei noch eine Zeitschrift für die sozialistischen Propagandisten „De Blinde Wereld“ („Die glückliche Welt“) und eine Revue „De Nieuwe Tijd“ („Neue Zeit“) heraus. Die Parteigeschäfte der Zentralkasse werden von zwei festangestellten Sekretären und drei Propagandisten besorgt. Die Provinzen mit den meisten Parteigruppen sind Friesland (74) und Südholland (53). Diese letztere bringt die größte Zahl der Mitglieder, nämlich 5094, wovon sich in Amsterdam allein 3320 befinden. In den drei großen Städten des Landes ist die Partei trotz des beschränkten Wahlrechts im Gemeinderat vertreten, und zwar in Amsterdam durch 12 Genossen in Rotterdam durch 3 und im Haag durch 6. Die sozialistischen Gemeinderäte haben sich im letzten Jahr um 12 vermehrt.

Aus der amerikanischen Partei.

New York, 1. März. (Fig. Ver.) Von den 3000 Mitgliedern der sozialistischen Parteiorganisation, welche an der Abtötung über den Antrag auf Abberufung William S. Haywoods aus der sozialistischen National-Executive (enger Parteivorstand) der Vereinigten Staaten teilnahmen, haben sich mehr als 22 000 im Sinne der Antragsteller ausgesprochen. Der Antrag war wegen der stark syndikalistischen Haltung Haywoods gestellt worden.

Parteiliteratur.

Das neue Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Es ist im Auftrage des Parteivorstandes von dem Genossen Paul Hirsch völlig umgearbeitet und nach alphabetischen Stichworten geordnet worden, wodurch die Uebersichtlichkeit des reichen, alle Gebiete der preussischen Politik behandelnden Stoffes außerordentlich erleichtert worden ist. Ein besonderer Vorzug des neuen Handbuchs ist sein handliches Format, das es ermöglicht, das 184 Seiten starke Buch in der Tasche mitzuführen. Der Preis des Werkes beträgt 5 M.

Karl Marx, der Mann und sein Werk. Unter Mitwirkung von Karl Kautsky, Max Adler, Otto Bauer, Oswald Wien, Julius Deutsch, Gustav Gellner, Wilhelm Rapp, Anna Schlegel und Leopold Winkler, herausgegeben von Robert Danneberg. 64 Seiten. Mit drei Bildern. Preis 30 Pf. Verlag des Verbandes der jugendlichen Arbeiter (Anton Reichel), Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung J. Brand u. Co.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Die politische „Reinheitsaffäre“ in Waldenburg.

Am Dienstag voriger Woche ist der Faktor unserer Parteidruckerei in Waldenburg i. Schl. wegen Reinheitsverdacht verhaftet,

nach 24 Stunden aber wieder freigelassen worden. Die Affäre entspringt einem Verleumdungsprozeß, den der Generalbevollmächtigte der Königlich Preussischen Gruben, Regierungsrat Reindorf, gegen den Verfasser eines offenen Briefes anstregte, der im Reichstagswahlkampf verbreitet und in der Druckerei unseres Waldenburger Parteiorgans gedruckt wurde. Da der Brief etwas unredigiert war, konnte man den eigentlichen Verfasser, der seinen Namen darunter setzen hatte, nicht zur Verantwortung ziehen. Es sollen nun bei diesem Prozeß verschiedene Zeugen, die über die Herstellung der Druckschrift vernommen wurden, ihre Eidespflicht verletzt haben. Man glaubte, daß mit der Haftentlassung des Faktors und mit der dabei vom Untersuchungsrichter abgegebenen Erklärung über die Grundlosigkeit des Verdachtes die Angelegenheit erledigt sei. Das war ein Irrtum. Mittlerweise sind eine ganze Reihe weiterer Vernehmungen erfolgt, und schließlich sind Montag nachmittags wiederum der Faktor Hoffmann und der Geschäftsführer Weichert von der „Schlesischen Bergwacht“ verhaftet worden. Ob es sich nun um zwei Prozesse handelt, und ob die Verhaftung auf Grund von Kollisionsangelegenheiten vorliegt, steht zurzeit noch nicht fest. Bekannt ist nur geworden, daß ein früher im Betriebe angestellter Hilfsarbeiter, der jetzt als Seher in dem freikonserватiven Grubenblatte am Orte arbeitet, den Denunzianten gemacht hat, und so den Anlaß zu dieser ganz unglaublichen staatsanwaltlichen Aktion gab.

Der Sternickel-Prozeß.

Gestern begann vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. O. der Prozeß gegen den Massenmörder August Sternickel.

Das, was an der grauenvollen Tat des Mannes interessiert, wären die eigentlichen Ursachen, die schließlich zu den abföhrlichen Verbrechen geführt haben. Unter welchen sozialen und sonstigen Verhältnissen ist der Täter aufgewachsen? Sind früher gegen ihn ausgesprochene Verurteilungen mit Recht erfolgt? Was hat die Gesellschaft zugunsten des aus dem Juchthaus Entlassenen getan, um ihn nicht auf die Bahn des Lasters zu stoßen? Hat sie Arbeitsgelegenheit ihm gegeben? Durch welche Schicksale ist der Mann zu seinen Aus- und Woydplänen gelangt?

Wer auf die Ermittlung der diesen Fragen zugrunde liegenden Tatsachen hoffte, wurde durch die Verhandlung bitter enttäuscht. Rein bürokratisch, ohne den Versuch eines tieferen Eindringens in das Vorleben des Verbrechers wurde die Verhandlung geführt.

Das Aufsehen, das die ungeheuerliche Tat hervorrief, und der begreifliche Wunsch, aus der Verhandlung selbst die psychischen Motive zur Tat zu entnehmen, zwingen uns zu einer ausführlicheren Wiedergabe der Verhandlungen, die voraussichtlich erst am Sonnabend zum Abschluß gelangen werden.

Die Vernehmung des Angeklagten zeigte, wie auffallend leicht es Sternickel wurde, jugendliche, Arbeit suchende Arbeiter zur Weichheit zu verführen.

Personalien des Angeklagten.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landrichter Dr. Brede, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Oeh. Justizrat Rammann.

Angeklagte sind August Sternickel, am 1. Mai 1866 in Nieder-Mischanna bei Rybnik (Oberschlesien) geboren, der fünfmal wegen Diebstahls verurteilt ist und außer einer Anzahl Gefängnisstrafen 9 Jahre und einen Monat im Juchthaus verbracht hat. Sein Verteidiger ist Justizrat Poeser-Frankfurt a. Oder.

Der zweite Angeklagte ist Willi Kersten, am 30. März 1895 in Berlin geboren und als einziger der Angeklagten noch nicht verurteilt. Da er bei Begehung der Tat noch nicht 18 Jahre alt gewesen ist, kann er zu einer Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Er wird verteidigt vom Rechtsanwalt Bahn-Berlin und Rechtsanwält Dr. Werthauer-Berlin. Der dritte Angeklagte ist Georg Kersten, geboren am 19. September 1893 in Adlershof bei Berlin, wegen Diebstahls mit zwei Monaten Gefängnis und wegen Unterschlagung mit einer Woche Gefängnis verurteilt. Sein Verteidiger ist Justizrat Hauptmann-Frankfurt a. Oder. Als vierter und letzter Angeklagter erscheint Franz Schliemann aus Berlin, geboren am 7. August 1894 in Kunia. Er ist ebenfalls verurteilt. Er wird durch Rechtsanwalt Dr. Donig-Berlin verteidigt.

Nach dem

Eröffnungsbeschuß

werden die vier Angeklagten beschuldigt, am 7. Januar 1913 zu Ostwig durch je drei selbständige Handlungen vorzüglich den Bauerngutbesitzer Fris Kallies, dessen Ehefrau Katalie Kallies und die Dienstmagd Anna Philipp getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben und zwar gemeinschaftlich.

Weiter werden die Angeklagten beschuldigt, durch dieselbe Handlung mit Gewalt gegen Personen fremde bewegliche Sachen in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben und zwar gemeinschaftlich, indem der Räuber oder einer der Teilnehmer am Raube bei Begehung der Tat Waffen bei sich führte und hierbei den Tod dieser Menschen herbeigeführt hat. Ferner wird Sternickel beschuldigt, durch eine weitere selbständige Handlung in der Nacht zum 8. Januar bei Ringenwalde vorzüglich die Vorräte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, nämlich eine dem Besitzer des Guttes Ringenwalde gehörige Strohmiete, in Brand gesetzt zu haben.

Die Angeklagten werden mit Handseilen gefesselt unter Begleitung von 2 Genossen und einer Reihe Gerichtsbeamten vorgeführt. Den jüngeren Angeklagten werden auf Antrag des Staatsanwalts die Hefeln abgenommen, Sternickel bleibt gefesselt.

Der Vater des Angeklagten Schliemann wird als Zeitsand für seinen minderjährigen Sohn zugelassen.

Sternickel gibt an: Ich habe das Müllergewerbe gelernt, kam dann nach Berlin und habe in der Umgebung, namentlich in Brandenburg gearbeitet. — Vors.: Da sind Sie zum erstenmal mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen und bestraft worden? Angekl.: Ja. — Vors.: Sie wurden in der Folgezeit noch öfter bestraft? — Angekl.: Ja, das wird schon so gemacht, Herr Präsident, daß man hineinmüß. (Bezeugung.) — Vors.: Wir wollen diese Erörterungen lieber unterlassen. Ich will nur feststellen, daß Sie wiederholt bestraft wurden, und das ist doch richtig? — Angekl.: Ja. — Vors.: 1889 wurden Sie vom Schöffengericht in Brandenburg wegen Hausfriedensbruchs mit 4 Wochen Haft bestraft. Ist das richtig? — Angekl.: Das weiß ich nicht mehr. — Vors.: Sie sind dann wegen Diebstahls in Brandenburg mit einem Monat Gefängnis bestraft worden und von der Strafammer in Potsdam wegen Körperverletzung und Nötigung mit 4 Wochen Gefängnis. — Angekl.: In Potsdam, nein. — Vors.: Das ist insofern richtig, als es sich um eine detaillierte Strafammer handelt, die teilweise von Potsdam befreit wird. Sie sind dann nochmals wegen Betrugs 1890 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. — Angekl.: Das stimmt nicht, das ist ein Irrtum schon von früher her, wie ich stets angegeben habe. — Vors.: Aber jedenfalls sind Sie 1890 wegen Diebstahls noch mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. — Angekl.: Ja. — Vors.: 1892 erhielten Sie zwei Jahre Juchthaus und 4 Jahre Ehrverlust wegen Diebstahls im Rückfall. — Der Angeklagte gibt das zu. — Vors.: Sie erhielten dann nochmals in Berlin 3 Jahre Juchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Angekl.: Ja, das war in Potsdam, da hat der Karl Sommer Getreide gestohlen, ich wurde von der Röhle heruntergeholt und bin bestraft worden. — Vors.: Sie sind schließlich in Reize mit 4 Jahren einem Monat Juchthaus und 5 Jahren

Ehrverlust wegen Rückfalldiebstahls, Betrug und Unterschlagung bestraft worden. — Angekl.: Das war kein Betrug und keine Unterschlagung, das wird schon so gemacht. — Vors.: Nun, die Strafen haben Sie ja verbüßt. — Angekl.: Ja. — Vors.: Ihre letzte Juchthausstrafe hatten Sie etwa 1905 verbüßt. Was haben Sie nachher gemacht, als Sie herauskamen? — Angekl.: Ich habe in Rauscha gearbeitet, weiß aber nicht, wie der Herr heißt. — Vors.: Sie arbeiteten dann in der Gegend von Liegnitz, Danzau und Görlitz. Sie wissen ja auch, daß wegen der Affäre in Plagwitz die Untersuchung gegen Sie schwebt. Darauf wollen wir aber heute nicht eingehen, das ist der Gegenstand einer besonderen Untersuchung. — Angekl.: Ja, das weiß ich. — Vors.: Sie sind dann nach dieser Rorbkat flüchtig geworden und haben sich unter falschem Namen verborgen gehalten, weil Sie fürchteten, verhaftet zu werden. Sie haben dann auch unter falschem Namen in verschiedenen Gegenden gearbeitet, auch im Ausland. — Angekl.: Nein, bloß hier habe ich gearbeitet. — Vors.: Sie sind doch 6 Wochen auch in Rußland gewesen, haben dann den Namen Bogt angenommen, diesen Namen aber bald abgelegt, nachdem Sie in den Zeitungen gelesen hatten, daß dieser Mann wegen verschiedener Straftaten verfolgt wurde. — Angekl.: Das ist richtig. — Vors.: Dann nannten Sie sich Philipp und haben unter diesem Namen sogar eine Strafanzeige wegen Körperverletzung erlassen. Auch einen Eid als Philipp haben Sie abgelegt und ebenso sich auf diesen falschen Namen ein ärztliches Attest ausstellen lassen. Dann haben Sie im Oderbruch gearbeitet und zuletzt bei Kallies. — Angekl.: Das stimmt alles.

Der Angeklagte Willi Kersten ist in Berlin geboren und dann mit seinem Eltern nach Adlershof gezogen. — Angeklagter Georg Kersten ist ein Jahr älter. Der vierte Angeklagte, Franz Schliemann, ist das uneheliche Kind eines Dienstmädchens, in Kunia bei Frankfurt a. O. geboren und hat später den Namen seines Vormundes Schliemann angenommen. — Vors.: Ihr Geburtsort ist mit Jänen sehr unzutreffen gewesen; er hat beim Vormundschaftsgericht wiederholt Mlage geführt, daß Sie wenig Neigung zur Arbeit hätten, und daß Sie sich die Nächte umhergerieben und tagelänger schliefen. — Der Angeklagte schwört. — Staatsanwalt Mathias bittet festzustellen, daß gegen Georg Kersten noch beim Berliner Landgericht ein Verfahren wegen Diebstahls schwebt. — Angekl. Georg Kersten: Ja, aber ich bin das nicht gewesen. — Auch gegen Franz Schliemann schwebt, wie der Staatsanwalt feststellt, ein Verfahren wegen Bandendiebstahls.

Vernehmung zur Anklage.

Vorsitzender Landrichter Dr. Brede: Wir kommen nun zur Anklage.

Angeklagter Sternickel.

wollen Sie auf die Beschuldigungen der Anklage etwas erwidern, wollen Sie sich vernehmen lassen? — Angekl. Sternickel: Nein. — Vors.: Sie wollen also gar nichts zur Tat sagen? — Angekl.: Was soll ich da noch sagen! — Vors.: Nun, Sie hätten doch allen Anlaß, sich über die Tat auszulassen und sich vielleicht zu entschuldigen, oder wollen Sie die Anklage in vollem Umfange zugeben? — Angekl.: Nein, nein, ich will mich ja schon erklären, ich habe Sie nur falsch verstanden. — Vors.: Sie sind Anfang Oktober zu Kallies nach Ostwig gekommen; was hatten Sie für Ausweisarten? — Angekl.: Auf den Namen Schöne. Ich hatte eine Bescheinigung, daß Invalidenmarken gefesselt sind. Ich hatte auch ein Abgusstatte; ich weiß aber gar nicht, von wo ich gekommen sein sollte. — Vors.: Der Bauerngutbesitzer Kallies war ein großer, kräftiger Mann, der auch fleißig in der Wirtschaft arbeitete. — Angekl.: Ja. — Vors.: Wie kamen Sie mit ihm aus? — Angekl.: Zuerst ganz gut, aber acht Tage vor der Tat war ich einmal weggegangen. Als ich abends zurückkam, sah ich, daß meine Sachen reibiert worden waren und daß eine Schürze fehlte. Ich stellte Kallies zur Rede; er sagte, er sei es nicht gewesen, das Mädchen müsse es getan haben. Als ich das Mädchen zur Rede stellte, sagte sie: „Alter Kerl, was willst Du von mir; der Herr war ja im Stall bei meinen Sachen.“ Darüber war ich sehr ärgerlich und sagte dem Plan, Kallies einen Schabernack zu tun. — Vors.: Sie hatten wohl auch Furcht, daß er Verdacht geschöpft haben könnte? — Angekl.: Nein, er konnte nichts finden, da war nichts da. Ich bin dann am nächsten Sonntag nach Ringenwalde gegangen und abends nicht nach Hause gekommen, sondern habe mich in meiner Wohnung aufgehalten. — Vors.: Wo haben Sie denn Ihre Wohnung? — Angekl.: Das verrate ich nicht. Ich bin dann nach Rängenberg in eine Herberge gegangen und habe nur immer den einen Gedanken gehabt, Kallies zu schädigen. Ich traf dort den jungen Willi Kersten; dem sagte ich, wo ich arbeite und daß ich auch einen falschen Namen führe. Er sagte: Das können wir machen. — Vors.: Sie haben dem Kersten doch auch erzählt, daß es sich um einen reichen Mann handle, bei dem mindestens 50 000 Mark zu finden seien? — Angekl.: Nein, nur 15 000 M. — Willi Kersten sagte auch, daß andere mitmachen würden. Wir haben ja, meinte er, in Berlin genug solche Dinger gedreht. — Vors.: Sollten Sie da schon einen festen Plan? — Angekl.: Nein, wir sind in der Nacht von Rängenberg ausgebrochen und haben das erst unterwegs besprochen. — Vors.: Von wem ging der Plan aus? — Angekl.: Er ging von mir aus. — Vors.: Wie wollten Sie das denn mit ausführen? — Angekl.: Ich dachte, daß, wenn Kallies frühmorgens in den Stall kommt, wir ihn binden wollten. Nachher wollten wir es ebenso mit den Mädchen machen, dann in die Stube hineingehen und auch die Frau binden. Schließlich wollten wir das Geld mitnehmen und andrücken. — Vors.: Haben Sie denn nicht gedacht, daß Kallies sich das nicht so ruhig gefallen lassen würde. Er ist doch ein kräftiger Mann und Sie mußten annehmen, daß er sich zur Wehre setzt. Es ist doch nicht so einfach, einen starken Mann zu binden. — Angekl.: Ja, sehen Sie mal, Herr Präsident, dazu habe ich mir doch Hilfe mitgenommen. Ich wußte, daß ich nicht allein sie überwältigen konnte. — Vors.: Dachten Sie nicht, daß die Leute flüchten würden? — Angekl.: Das ist doch so ne Sache. Ich dachte, ich gehe in den Stall rein und hinter mir her wird dann Kallies kommen. Am Futtergang wollte ich ihn fassen und die anderen sollten ihn binden. — Vors.: Sagten die anderen beiden denn auch, daß sie mitmachen wollten. — Angekl.: Gewiß. — Vors.: Von Rängenberg sind Sie nicht zusammengegangen, sondern in Abständen zu gehen. Sie fürchteten wohl, daß es auffallen würde? — Angekl.: Ja, sehen Sie mal, man will doch nicht so durch die Ortschaften in großer Truppe gehen? — Vors.: Die anderen waren wohl ziemlich abgeritten; sie hatten nichts? — Angekl.: Etwas waren sie ja herunter; sie hatten auch kein Geld; ich habe ihnen etwas gegeben, damit sie sich Brot kaufen konnten. Ich hatte 18 M. mitgenommen, sagte aber natürlich nichts, daß ich lobiel hatte. Als ich ankam, machte mir das Dienstmädchen die Pforte auf. Ich habe dann den Torweg hinten geöffnet und die drei hereingelassen. Zweien machte ich ein Lager in der Kammer, einen nahm ich mit mir ins Bett. Wir schliefen dann bis 1 1/2 Uhr, dann bin ich aufgestanden und habe die anderen geweckt. Einem von ihnen gab ich die Stricke. — Vors.: Wem? — Angekl.: Das weiß ich nicht so genau, Herr Präsident. — Vors.: Was sollte er damit? — Angekl.: Den Mann fesseln. — Vors.: Sie müssen ihm doch gesagt haben, wie er das machen soll. — Angekl.: Ja, sehen Sie mal, Herr Präsident, wenn ich die Wahrheit sagen soll, so genau überlegt man sich das doch nicht.

Der Angeklagte schäudert nun auf Befragen des Vorsitzenden, wie er die Schlinge aus den Stricken gemacht und den Hofbesitzer Kallies morgens geweckt hat, indem er mit der Lampe in seine Schlafkammer ging, wie er dann nach der Rübenkammer ging und dort Streit mit ihm anfang. — Vors.: Der Streit sollte doch nur ein Formand sein? — Angekl.: Ja. — Vors.: Was geschah weiter? — Angekl.: Wir legten den Kallies die Seillinge um den Hals, um ihn zu betäuben und dann berauben zu können. Er wehrte sich und wir fielen beide hin. — Vors.: Das habe ich auch nicht gehört, daß

man jemand eine Schlinge um den Hals legt, um ihn zu bestrafen. — Angell.: O doch, das wird hier und da gemacht. — Vorf.: Wer hat denn die Schlinge gezogen? Angell.: Das weiß ich nicht, sie wurde von jemand so fest gezogen, daß ich sogar Nübe hatte, meine Hand, mit der ich Kalles am Hals gefaßt hatte, wieder frei zu bekommen. — Vorf.: Kalles fiel nun hin und Sie trugen ihn in einen Nebenraum. Gaben Sie da, daß er tot war? — Angell.: Nein, daran dachte ich gar nicht, daß der Mann tot sein könnte. — Vorf.: Sie haben aber in der Untersuchung erklärt, daß Sie einen großen Schreck erlitten hätten, als er sich nicht mehr rührte. — Angell.: Das beruht auf Unwahrheit, das habe ich nicht gesagt. — Vorf.: Was taten Sie nun weiter? — Angell.: Ich habe den Kalles in der Nebenstube hingeworfen, er hatte da einen gewissen Halt an den Nüben. — Vorf.: Dachten Sie denn nicht, daß er aus der Kammer wieder herauskommen könnte? — Angell.: Das ging ja nicht, die war von innen nicht zu öffnen. — Vorf.: Und was geschah nachher? — Angell.: Ich habe den Ferkeln im Stall Futter geschüttet. — Vorf.: Gaben die anderen nicht in dieser Zeit Zigaretten geraucht? — Angell.: Ach wo, ich rauche überhaupt keine Zigaretten und bloß am Abend hat einer einen Augenblick geraucht. — Vorf.: Und was geschah weiter? — Angell.: Ich packte nun auf, als das Dienstmädchen nach dem Stall kam, um zu melken, und habe dann die anderen gerufen. — Vorf.: Hatte sie sich schon zum Melken hingeseht? — Angell.: Ja, sie hatte sich schon hingeseht. — Vorf.: Wo, da hatten Sie es ja sehr leicht, da fiel sie wohl gleich hin, als Sie sie anfahen? — Angell.: Ich stellte sie zur Rebe, was sie dem Herrn über mich gesagt habe und sagte sie gleich am Hals. Die anderen drei kamen zu Hilfe und auch sie wurde mit Striden gebunden. Wir haben sie dann auf Stroh gelegt und ihre Beine mit einer Pferdeleine zusammengebunden. — Vorf.: Und was taten Sie dann? — Angell.: Wir gingen ins Haus, Frau Kalles wollte gerade aus der Stube in den Hausflur hinaustraten. Da haben wir auch sie gebunden und auf ihr Bett gelegt. Der Angeklagte erklärt dann weiter, nichts davon zu wissen, daß Frau Kalles ermordet worden sei. Der „Kleine“ habe inzwischen im Stall auf das Mädchen aufpassen müssen. — Vorf.: Wer ist der „Kleine“? — Angell.: Ja, das weiß ich selber nicht, wer von den Angeklagten das ist. — Es müssen sich nun sämtliche drei anderen Angeklagten erheben, wobei sich ergibt, daß Will Kersten, der jüngste der Angeklagten, etwas größer erscheint als sein Bruder, obgleich dieser größer ist, der sich aber gebückt hält. Der Angeklagte Schlienz hält den Kopf während der ganzen Zeit tief gesenkt. — Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden schildert dann der Angeklagte Sternidel, wie er aus der Joppe des Ermordeten Kalles, die in der Schlafkammer hing, den Kassen-Schlüssel holte, und wie Georg Kersten den Geldschrank aufschloß. Wir fanden da etwas über 500 M., die wir sofort zusammen zählten und unter uns teilten. Die anderen drei gingen sofort los, ich wollte, daß sie bis zum Abend dabei sein sollten, um mir bei der Befragung des Viehs zu helfen, das sehr brüllte. — Vorf.: Wo, Sie fürchteten, daß auf das Brüllen des Viehs Leute kommen könnten, um zu fragen, was denn bei Kalles los sei? — Angell.: Ja. — Vorf.: Sie waren also mit den Kindern schließlich allein. — Angell.: Ja, ich habe den Kindern Semmel gegeben und sie in den Schrank gesperrt. Dabei haben mir aber die anderen noch geholfen, der Schrank ging nicht zu, deshalb haben wir Stride herumgebunden und noch ein Brett dagegen gelegt. — Vorf.: Gaben die Kinder nicht gemeint und haben Sie sie nicht mit Toffstücken bedeckt, wenn sie etwas sagen würden? — Angell.: Na, na, davon hat keiner was gesagt. Natürlich mußte ich den Kindern etwas vorlegen. — Vorf.: Und nachher? — Angell.: Als die anderen losgegangen waren, habe ich nachgesehen, was das Mädchen macht und sie zu meinem Schreck tot gefunden. Dann sah ich nach Kalles und seiner Frau, auch sie waren tot. Ich habe sie mit Wasser begossen, aber es war nichts mehr zu machen. Dann habe ich das Vieh besorgt und Kartoffeln für die Schweine gefaßt. Vorf.: Was das sonst Ihr Amt? — Angell.: Nein, sonst hat das das Mädchen getan, aber das konnte es ja jetzt nicht mehr. — Vorf.: Es kamen ja auch Leute auf das Gut? — Angell.: Denen sagte ich, die Kalles seien nach Berlin gefahren und kämen erst morgen wieder. — Vorf.: Und wann haben Sie die Leichen weggebracht? — Angell.: Abends zwischen 8 und 7 Uhr auf einem Brechtwagen mit Dedern zugeführt. Ich fuhr gegen Ringenwalde und hatte die Absicht, die Leichen in einer Strohmiete zu verbrennen. In der ersten Miete konnte ich das nicht tun, da war ein Liebespaar drin. Endlich fand ich eine Strohmiete, holte genug Stroh heraus und warf die Leichen hinein und zündete die Miete an. Das war 1/2 Uhr in der Nacht. Morgens 7 Uhr kam ich dann wieder nach Hause und besorgte das Vieh. Die Kinder hatte ich noch, bevor ich weggefahren war, aus dem Schrank herausgelassen und ihnen zu essen gegeben, aber die Kerker ihrer Schlafstube vernagelt. Der Angeklagte gibt dann weiter an, daß nachmittags mehrmals Leute kamen, die nach Kalles fragten und daß er sie stets mit der Bemerkung wegschickte, sie seien verreist. Um 4 Uhr habe er dann den Wachtmeister Kluge aus Neuendorf aufs Gehört zugekommen sehen, da sei er schleunigst hinten herausgegangen und wegelaufen. — Vorf.: Wohin liefen Sie? — Angell.: Ich bin die ganze Nacht durch gelaufen und habe dann in einem Lokal in Neuendorf Kaffee getrunken und mir den Bart kurz schneiden lassen. Hinter Jellin wurde ich vom Wachtmeister eingeholt und festgenommen.

Vorf.: Hat Kalles denn gar nicht geschrien, er wird doch irgend ein Wort gesagt haben. Er muß doch verwundert gewesen sein, daß Sie, sein Knecht, mit dem er so lange gearbeitet hatte, ihn überfiel? — Angell.: Er hat auch schon was gesagt, ich weiß aber wirklich nicht mehr, was es war. — Staatsanw. Matthis: Was wollten Sie denn tun, wenn die Sache glatt gegangen und die Wundarmen nicht gekommen wären? — Angell.: Ich wollte bis zum Abend da bleiben, dann den Kindern aufstehen und weggehen. — Vorf.: Die Kinder konnten Sie doch aber dann verraten, die kannten Sie doch? — Angell.: Natürlich, aber sehen Sie einmal, die Kinder kannten mich doch nicht beim richtigen Namen und ich bin doch so oft mit solchem Namen weggegangen, da dachte ich, es wird auch wieder so gehen. — Vorf.: Dachten Sie nicht einen ganz anderen Plan, wollten Sie nicht das Gebäude anstecken, damit die Kinder umkommen und niemand etwas von dem Mord merken könnte? — Angell.: Nein, nein, ich habe zuerst den Plan gehabt, die drei Leichen auch ins Haus zu bringen und einzuschließen. — Staatsanw. Matthis: Wieviel Geld hatten Sie bei der Festnahme? — Angell.: Ich hatte 18 M. von Hause mitgenommen. — Vorf.: Was heißt das „von Hause“? — Angell.: Das vermute ich unter keinen Umständen. — Vorf.: Was, das ist dort, wo Sie sich auf dem Wege zwischen Ringenwalde und Ringenwalde aufgehalten haben? — Angell.: Ja. — Vorf.: Das Geld haben Sie doch nun geteilt, wo ist Ihr Anteil geblieben? — Angell.: Das Geld habe ich gleich weggenommen. — Vorf.: Was für? — Angell.: Das kann ich selbst nicht sagen, ich habe es auf Breitenfelds Acker weggeworfen. — Vorf.: Es ist doch aber da nicht gefunden worden. — Angell.: Ich kann mir nicht helfen, ich habe es weggeworfen. — Vorf.: Gaben Sie nicht andere Sachen von Kalles mitgenommen? — Angell.: Nein, nichts. — Vorf.: Es wurden aber in Ihrer Schublade Manschettenknöpfe gefunden? — Angell.: Ich habe die reine Wahrheit gesagt, daß ich nichts genommen habe. Aber man sieht ja, wie das alles gemacht wird, um einen Strid zu drehen. Man hat ja auch gesehen, was die Zeitungen alles daraus gemacht haben. — Vorf.: Woher wissen Sie, was die Zeitungen schreiben? — Angell.: Man liest doch auch so manches. Auch das vorige Mal, als ich von Plogwitz weggemacht bin, hat der Kommissar behauptet, ich habe 3000 Mark mitgenommen. Ich kann aber erklären, daß ich nicht einmal 3000 Sandkörner, geschweige denn 3000 Pfennige mitgenommen habe. — Vorf.: Gaben Sie sich nicht gedacht, als Sie die Schlinge gezogen, daß die Leute ersticken müßten. — Angell.: Nein, daran habe ich gar nicht gedacht, ich glaube nicht, daß es so schnell gehen könnte. — Vorf.: Wenn man jemand betänden will, tut man es doch durch einen Schlag, haben Sie das nicht auch getan? — Angell.: Nein. — Vorf.: Es war doch dunkel, woher wußten denn die Jungen, wo die Pferdeleinen sind? — Angell.: Das weiß ich nicht.

Auf eine Frage des Justizrats über macht Sternidel dann nähere Angaben, wie er entdeckt habe, daß Kalles und das Mädchen tot seien. Er habe Wasser geholt, um sie aus der Bekleidung auf-

zuwickeln, nasse Lappen auf die Stirn gelegt und da zu seinem Schrecken bemerkt, daß sie tot seien. — Vorf.: Wenn die Leute nun aber zu sich gekommen wären, hätten sie doch geschrien? — Angell.: Ich wollte sie alle drei zu den Mädchen in die Stube bringen und einschließen, dann wäre ich sofort weggegangen. Ich konnte doch aber nun nicht weg, nachdem die Leute tot waren, einer mußte doch das Vieh besorgen. Wenn sie gelebt hätten, wäre ich sofort hinter den Berlinern auf und davon gegangen.

Der Angeklagte Will Kersten

gibt unter wiederholtem Tränenausbruch und häufigem Schluchzen an, daß er zuletzt in einer Wäcker in der Neujahrsnacht zu arbeiten angerufen, aber nach zwei Tagen die Arbeit wieder aufgegeben habe. Er habe dann mit Schlienz verabschiedet, außerhalb Berlins Arbeit zu suchen. Auch sein Bruder sei mitgenommen und sie seien mit der Bahn nach Trebnitz gefahren. Kersten gibt dann weiter an: Ich habe auch hier in Frankfurt a. O. Arbeit gesucht. In Ringenwalde habe ich in der Herberge einen halben Tag für ein Nachtlager arbeiten sollen. Schlienz und sein Bruder hätten aber nicht arbeiten können, weil sie krank waren. Sie sollten weggeschickt werden, und da habe ich meinen Bruder nicht allein lassen wollen und auch aufgehört. Kurz vorher war in einer Herberge der Angeklagte August Sternidel an mich herangeritten. — Vorf.: Dachten Sie ihn schon früher gekannt? — Angell.: Nein, ich habe ihn nie gesehen gehabt. Er sagte zu mir: Seid Ihr beste Berliner? Ich fragte ihn, warum? Er sagte, er sei bei einem Bauern in Arbeit, der 50 000 M. geerbt habe, ob wir ihm behilflich sein wollten, dort ein Ding zu drehen? Es sei ein schönes Stück Geld dort für uns zu erben. Es komme nichts dabei heraus, er brauche nichts zu fürchten; er arbeite dort unter solchem Namen und habe schon mehrmals solche Sachen gemacht. Es sei ihm nichts dabei passiert; die anderen, die ihm dabei geholfen haben, seien immer die Dummen gewesen. — Vorf.: Wußten Sie nicht das Gefühl haben, daß Sie jetzt diesmal die Dummen sein sollten? — Angell.: Ich habe ihm das gar nicht geglaubt, ich dachte, er prahle nur. Wir erklärten uns mit ihm einverstanden, die Sache zu machen und gingen von Ringenwalde los. Unterwegs ließ er immer zwei vorausgehen und damit es nicht auffalle, besprach er mit jedem von uns einzeln den Plan. Er sagte, die Leute sollten mit Striden gefesselt werden. Dann fing er auch davon an, daß vielleicht Kinder da sein könnten. Sie seien zwar verreist gewesen, sie könnten aber doch zurück sein. Er sagte, ich müsse dann hineingehen und die Kinder beruhigen.

Vorf.: Gaben Sie nicht gefragt, was das mit den Fesseln gehandelt werden sollte? — Angell.: Das hat Schlienz gefragt; Sternidel sagte darauf, das habe er sich schon überlegt; wir sollten nur die Leute festhalten, er werde das andere schon ausführen. Als wir morgens in der Kammer waren, sagte er: Der Mann muß jeden Augenblick in den Stall kommen. — Vorf.: Hat er nun nicht zu Ihnen gesagt, wie Sie das machen sollten? — Angell.: Nein; ich habe mir das alles gar nicht überlegt. Er nahm eine Anzahl Stride aus dem Kasten und gab sie uns und sagte, damit sollten wir den Bauern binden. Er ging dann zu dem Bauern in den Stall, und wir hörten, wie dieser sagte, er (Sternidel) sei entlassen. Sternidel sagte etwas und packte den Bauern. Und darauf gingen wir auch in den Stall. Als wir die Tür öffneten, sahen wir, wie der Bauer zu Boden fiel und Sternidel auf ihm lag. Wir hielten den Bauern an Armen und Beinen fest. Ich versuchte, dem Mann ein Taschentuch in den Mund zu stecken, weil er immer schrie; er biß aber die Zähne zusammen. Darauf hielt Schlienz ihm den Ellenbogen vor den Mund, damit er nicht schreien könne. Ich ging nun zur Tür, um zu sehen, ob jemand komme. Da habe ich gesehen, wie einer dem Bauern die Schlinge umlegte; ich weiß aber nicht ganz genau, ob Sternidel das war. Dann sah ich aber, wie Sternidel die Schlinge zuzog und ihm nochmals das Ende des Strides um den Hals legte. Sternidel hat immerfort geschimpft, der Bauer schrie immer: Otto, Otto, laß doch. — Vorf.: Hatte Sternidel nicht gesagt, na, Du As, Du werd' ich schon. — Angell.: Das weiß ich nicht. Sternidel zog nun die Schlinge erst recht zu. — Vorf.: Gaben Sie da nicht das Gesicht von Kalles gesehen? — Angell.: Ja, er bekam eine bläuliche Färbung. — Vorf.: Gaben Sie nicht in diesem Moment auch den Mann festgehalten? — Angell.: Nein. — Vorf.: Was dachten Sie nun, als Sie die bläuliche Färbung des Gesichts sahen? — Angell. (weinend): Ich habe mir gedacht, er sei betäubt; ich habe nicht gedacht, daß der Mann getötet werden könnte. Dann nahm Sternidel den Bauern in den Arm und setzte ihn in die Nebenstube, und ich machte die Tür fest zu, damit er nicht wieder herauskäme. — Vorf.: Gaben Sie da nicht gemerkt, daß der Mann tot ist? — Angell.: Nein; mit keinem Gedanken. Wir gingen darauf in die Kammer zu Sternidel, und da habe ich mir eine Zigarette angezündet. — Vorf.: So kaltblütig waren Sie also, daß Sie, nachdem, was vorgegangen war, und obwohl Sie wußten, daß noch etwas Neues hinterher kommen sollte, ruhig eine Zigarette rauchten? — Angell.: Er sagte dann: Nun kommt das Mädchen zum Melken; ich gehe zu ihr, ihr kommt hinterher. Das Mädchen schrie: Otto, laß doch! Da gingen wir alle ihm nach. Ich sah, wie das Mädchen auf dem Boden lag. Ich sagte zu meinem Bruder, weil sie mit den Beinen zappelte, er sollte ihr die Nübe zusammenbinden, und ich gab ihm den Strid, der auf der Erde lag. Ich habe aber nicht gesehen, daß dem Mädchen eine Schlinge umgelegt war. Dann sagte Sternidel, wir sollten nun in das Haus gehen. Sternidel stand bei der Frau und rief: Kinder, kommt mal herein! Ich bin gleich an der Frau vorbei zu den Kindern gegangen; sie standen im Bett und schrien. Ich brühte sie im Bett nieder und sagte, sie sollten nicht schreien, es werde ihnen nichts geschehen. Dann gab Sternidel mir einen Revolver und sagte: Wenn sie nicht ruhig sind, dann schieße sie tot. Sie waren ganz ruhig. Will Kersten gibt dann an, in Gegenwart der Kinder den Revolver geladen zu haben; er habe ihn aber nachher wieder entladen wollen. — Vorf.: Wie so verstehen Sie sich so auf diese Waffe? — Angell.: Ich verstehe mich nicht darauf; ich hatte noch nie eine solche Waffe in der Hand gehabt, und ich konnte den Revolver auch nicht entladen. — Vorf.: Aber mit dem Laden ging es ganz schön! Was war weiter? — Angell.: Als Sternidel den Geldschrankschlüssel geholt hatte, sagte er von Kalles: Vor einer Stunde macht er nicht auf; der schnarrt gut. (Bewegung.) Ich blieb mit dem geladenen Revolver bei den Kindern; schließlich besam ich nach der Zeitung des Geldes von meinem Bruder 120 Mark. — Staatsanw.: Hat Sternidel nicht zu Ihnen gesagt: Ich habe schon öfter so etwas gemacht, mir ist nichts geschehen? Aber die, die mir geholfen haben, sind die Dummen gewesen, weil sie sich verraten haben? — Angell.: Ja, er hat so etwas gesagt. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden gibt der Angeklagte noch an, daß er niemanden angefaßt hätte. Ob Sternidel etwas von einer Wühle erzählt hätte, wisse er nicht mehr; er hätte seine ganzen Erinnerungen darüber, daß er schon öfter so etwas gemacht habe, mehr für Prahlerei gehalten. — Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Bahn, wird der Angeklagte dann weiter über seine persönlichen und verwandtschaftlichen Verhältnisse befragt. Bei der Beantwortung dieser Fragen weint er unausgesetzt heftig. Er gibt an, daß sein Vater viele Jahre als Pader in einer Expedition in Adlershof-Berlin tätig gewesen sei; die Mutter ging waschen. Der Vater und auch die Mutter sind nach nicht verheiratet; ein Onkel von ihm, namens Ewald in Charlottenburg, sei im Reichstage gewesen. — Vorf.: Wie ist im Reichstage? — Angell.: Ja, er hatte die Wahlleitung in einem Wahlverein. Die Verwandten sind alle ordentliche, unbestrafte Leute. — Vorf.: Ja.

Warum sind Sie denn so weit heruntergekommen?

Angell.: Wir fanden eben keine Arbeit bei unserer Arbeitssuche in der Provinz und da wurden wir so abgerissen. — Vorf.: Ihr Bruder ist aber doch bestraft? — Angell.: Ja, die Mutter sagte immer, wir sollten uns nicht im Osten von Berlin herumtreiben. Dort ist mein Bruder zu seinem ersten Diebstahl verurteilt worden. — Vorf.: Wie so haben Sie denn keine Arbeit gefunden? Sie sind doch junge, kräftige Leute, und wenn solche Leute jede Arbeit annehmen, die sie finden können, dann können sie auch arbeiten. — Angell.: Sternidel hat uns überredet, mit ihm zu kommen. Der Schlienz war auch aus dem Osten; er

hatte nie eine regelmäßige, ordentliche Arbeit. — Staatsanw.: Warum trauten Sie sich denn nicht nach Berlin zurück? — Angell.: Ich war eben entschlossen, von Ringenwalde nach Berlin zurückzugehen, als Sternidel dazwischenkam. — Bert. Rechtsanw. Bahn: Warum sind Sie aber mit ihm mitgegangen? — Angell.: Ich war eben so sehr abgerissen und schämte mich, so meinen Eltern vor die Augen zu treten. — Vorf.: Wieviel Geld hatten Sie bei Ihrer Verhaftung noch? — Angell.: 18 Pf. — Vorf.: Na, Sie hatten doch aber 120 M., das ist doch für einen Reichen Ihres Schlages ein Vermögen. Was haben Sie in den wenigen Tagen mit dem vielen Geld gemacht? — Angell.: Ich habe mich für 80 M. vollständig neu eingekleidet, und das übrige haben wir mit einigen jungen Leuten und zwei Mädchen in Bergnügungs- und in einem Tanzlokal ausgegeben. Wir waren auch die Nächte mit den Mädchen befaßt; aber nur die anderen, ich schlief für mich allein in einem Zimmer, für das ich in der Koppenstraße 3 M. bezahlt habe. — Vorf.: Na, und wo ist denn diese Witwenschaft, in der Sie verhaftet wurden? — Angell.: Am Grünen Weg. — Vorf.: Das sind ja alles keine schönen Gegenden; das ist ja alles im Osten, von dem Ihre Mutter wollte, daß Sie nicht hingehen. — Der Vorsitzende des Schwieleng, Rechtsanw. Dr. Donis: Eine Frage, ob der Angeklagte, als Sternidel den Kalles die Schlinge um den Hals legte, der Meinung gewesen sei, daß hierdurch Sternidel seine Verabredung mit den Angeklagten, Kalles nur zu binden und zu fesseln, überschritten habe. — Angell.: Daran habe ich nicht gedacht; dazu haben mich die Vorgänge zu sehr überrascht.

Nun wird zur Vernehmung des

Georg Kersten

geschritten. Er gibt an, eine bestimmte Arbeit nicht gelernt zu haben. Er hat zunächst als Gehilfe seines Vaters in der Expedition gearbeitet; verlor aber diese Arbeit, weil er eine ihm von seinem Arbeitgeber übertragene Aufgabe nicht ausführte. Er selbst sei aber daran nicht schuld gewesen. — Vorf.: Na, immerhin, Sie wurden entlassen, weil Sie eine Aufgabe nicht erfüllt haben. Warum fanden Sie denn weiter keine Arbeit? — Angell. (der ebenfalls bei seinen Aussagen weint) sagt, daß er, nachdem er wegen seines ersten Diebstahls bestraft worden sei, habe er keine Arbeit mehr bekommen können. Auf der Arbeitssuche in Frankfurt a. O. wurde er vom Arbeitssuchenden zu einem Gärtner geschickt, der aber die Jungen nicht nahm, weil sie noch zu jung waren. Wir fuhren also nach Ringenwalde und arbeiteten in der Herberge für die Verpflegung. Als wir eines morgens in der Herberge beisammen saßen mit den anderen Gästen, kam Sternidel an unseren Tisch. Er sah wie ein Gutbesitzer aus, der Arbeiter braucht. Wir sprachen darüber untereinander. Er hörte es und sagte, ja, ein paar Mann brauche ich. So schlossen wir uns an und dann überredete er uns immer mehr, mit ihm zu gehen. Der Angeklagte schildert nun ebenfalls die Vorbereitungen des Sternidels, den er schwer belästigt, indem er mit angefahren hat, wie er sowohl bei dem Gutbesitzer Kalles, als auch bei dem Dienstmädchen Anna Philipp die Schlinge zuzog. Das Dienstmädchen Anna Philipp schrie so furchtbar, daß die Tiere im Stall unruhig wurden. Wir liefen deshalb hinaus, weil wir fürchteten, daß die Frau des Gutbesizers vom Haus in den Stall kommen würde. Wir sahen aber vor der offenen Tür, wie Sternidel die Woge an der Schlinge durch den Stall zog und in eine Ecke warf. Kalles habe sich sehr gewehrt und um Hilfe geschrien. Sternidel sagte: Dir das werde ich helfen. Sternidel schickte meinen Bruder zu den Kindern; ich bin auch gleich hinterher hineingegangen und Schlienz kam noch ein paar Minuten nach. Von der Frau habe ich nichts gesehen und weiß nicht, was mit ihr geschah. Sternidel kam dann mehrmals hinein und fragte die Kinder: Wo hat Euer Vater die Schlüssel zum Geldschrank? Sie schrien immer und sagten, sie wußten es nicht. Ich ging mit Schlienz in das Geldschrankzimmer, mein Bruder blieb bei den Kindern. Dann kam Sternidel mit dem Schlüssel, den er gefunden hatte. Er konnte zuerst nicht aufschließen und ich zeigte ihm, daß erst die Hülle abgenommen werden müsse. Sternidel nahm das Geld, setzte sich hin, zählte es nach und steckte seinen Teil ein und sagte: wir könnten das andere nehmen. Es waren auch Scheine dabei, und da sagte er, die sollte er nehmen, er wisse damit besser Bescheid; wir könnten uns sonst verraten. — Vorf.: Wollte Ihr Bruder nicht auch eine goldene Kette mitnehmen? — Angell.: Ja, die lag in dem Zimmer bei den Kindern. Ich sagte aber, er solle sie ruhig liegen lassen, das könnte zu leicht herabkommen. Nun kam ich auf die Idee mit dem Schrank. Sternidel hatte eine schwingende Hand und sagte zu dem einen Mädchen: Die hat auf uns Hunde gesagt! Das ist überhaupt ein freches As. Wir alle drei hielten, den Kindern nichts zu tun, und da schlug ich vor, sie in das Spind einzusperren. — Vorf.: Gaben die Kinder sehr geweint? — Angell.: Ja, fortwährend. Sternidel rückte das Spind von der Wand weg, damit er einen Strid herumlegen konnte. Er rückte auch eine Bohle vor die Tür. — Vorf.: Konnten da die Kinder nicht ersticken? — Angell.: Sternidel sagte, er wolle nur die Nübe fesseln, und dann die Kinder herauslassen. Wir wollten uns weg machen. Er sagte, wir sollten doch noch einen Tag bleiben, er wolle uns Essen und Kaffee kochen. Wir sollten dann nachsehen nach dem übrigen Geld. Dann wollte er auch die anderen losbinden, und wir sollten zusammen weg machen. — Vorf.: Sie konnten ihm das doch mit dem Losbinden nicht glauben, denn Sie wußten doch besser, daß die drei tot waren. — Angell.: So genau habe ich mir darüber keine Gedanken gemacht. Wir wollten nicht länger bleiben und gingen nach Berlin zurück. Unterwegs haben wir das Geld nochgezählt. In Berlin kauften wir uns ganz neue Sachen: Anzug, Hut, Wäsche, auch Revolver. Wir zogen die neuen Kleider bei Lehmann am Grünen Weg um. Lehmann fragte, woher wir das viele Geld hätten; wir haben ihm keine Antwort gegeben. Wir gaben dann noch einige Lagen Bier zum Beiten, luden zwei Mädchen und einige Bekannte ein, die wir mitnahmen und freibielten. Mit dem Auto fuhren wir nach verschiedenen Lokalen und auch in ein Tanzlokal. Ich habe mit dem einen Mädchen, das ich nur unter dem Namen „Schwafz-Bode“ kenne (Heiterkeit), getanzt und blieb mit den anderen in einem Gasthaus über Nacht. Am anderen Tage haben wir bei Lehmann gestrichelt und sind dann mit den Mädchen im Auto zum Schötengeviertel gefahren, dort blieben wir bis zum nächsten Morgen. — Vorf.: Wenn Sie dort nicht so lange geblieben wären, hätten Sie schon aus den Zeitungen erfahren, daß Ihr Bruder verhaftet war, und sich aus dem Staube machen können. — Angell.: Wir hatten das schon in den Zeitungen gelesen und wollten uns eigentlich selbst stellen. Denn wir sagten uns, daß wir doch erwischt werden würden und daß es besser wäre, wenn wir uns selbst meldeiten. Wir wurden, als wir zu Lehmann zurückkamen, verhaftet. — Vorf.: Wieviel Geld hatten Sie noch bei Ihrer Verhaftung? — Angell.: 12 Mark. — Vorf.: Gaben sich die Mädchen nicht gewundert, daß Sie so feine Sachen hatten? — Angell.: Ja. Wir sagten ihnen aber, das gebe sie nichts an. — Vorf.: Sie sollen zu dem einen Mädchen gesagt haben, Sie hätten ein tolles Ding gemacht, wenn das herauskäme, hätten Sie unterschämt viel Lob! abzumachen. — Angell.: Nein. — Vorf.: Dann muß das Schlienz gemacht haben. — Angell.: Das weiß ich nicht. — Staatsanw. Matthis: Der Angeklagte hat beim Untersuchungsrichter gesagt: Ich habe gedacht, daß es den Mädchen ebenso ergähe sollte wie dem Vater, daß sie also durch Zugreifen der Schlinge getötet werden sollten. — Die Verteidigung verweist darauf, daß dieses doch wohl nur eine Schlussfolgerung des Untersuchungsrichters gewesen sei. — Vorf.: Nach dem Protokoll sind das direkt die Worte des Angeklagten. — Rechtsanw. Donis: Ich bitte den Angeklagten zu fragen, ob sich nicht diese ganzen Vorgänge der drei Mordtaten in wenigen Minuten zusammengefaßt haben. — Angell.: Das ging alles ganz schnell. Sternidel hat gesagt, das müsse so rasch als möglich gemacht werden. — Der Angekl. Sternidel wird ebenfalls noch der Zeit gefragt, die die Vorgänge gebraucht haben, und erklärt mit einer wegworfenden Handbewegung im schlesischen Dialekt: Oh, bei dem Dienstmädchen dauerte's janzlich lange, so a fünf Minuten. Es wird dann festgestellt, daß sich die ganzen Vorgänge auf drei verschiedenen Schauplätzen in etwa 20-25 Minuten abspielten.

haben, wozu noch die etwa 10 Minuten währende Pause hinzukommt, in der die Brüder Kersten gemeinsam eine Zigarette rauchten.

Es wird darauf der vierte

Angeschlagter Schwielens

vernommen. Er schließt ebenso wie die Brüder Kersten die Arbeitsruhe und das Zusammentreffen mit Sternidel. Wir wollten nach Berlin zurücklaufen, aber da kamen auf der Chaussee Willi Kersten und Sternidel auf uns zu. Willi Kersten sagte hierbei: Das ist der Mann, der mit uns ein Ding machen will bei einem reichen Bauern, und der ihn einen Schabernack spielen will. — Vorf.: Was verstanden Sie darunter? — Angell.: Ihm das Geld wegnehmen. Durch die Orte auf unserem Wege gingen wir zu zweien, weil Sternidel da überall bekannt war und es aufgeflogen wäre, wenn wir zu diesen gegangen wären. Er sagte: daß er auf falsche Papiere arbeite. Der Weg zog sich ohne Ende, ich war krank und konnte doch nicht mit. (Weinen): Ich blieb liegen und schleppte mich nur mit Mühe und Not nach. — Vorf.: Was haben Sie mit den Kindern des Kalies gemacht? — Angell.: Sternidel hat erst, nachdem er Kalies gebunden hatte, festgestellt, daß die Kinder auf dem Gut anwesend waren. Die Stricke, die zu Schließen geknüpft waren, sollten zuerst wir einstecken, aber er nahm sie dann selbst für den Fall, daß wir nicht so „zugreifen“ sollten, wie er sagte. Die Hunde legte er an die Kette. Als wir in den Hof kamen, hatte Sternidel einen Streit mit Kalies um eine Karte im Lohn; er rief dem Kalies zu: „Du Kalle, die werde ich schon lernen!“ Bei diesen Worten warf er ihn zu Boden und ließe ihn auf die Brust. Ich hielt Kalies an den Armen, Georg Kersten an den Beinen, so daß Sternidel ihm (dem Kalies) die Schlinge über den Kopf ziehen konnte. Er rief dem Sternidel zu: „Lass los, ich gebe Dir Deine Papiere!“ Und darauf sagte Sternidel: „Du Kalle, Du, die werde ich schon Papiere geben, Du wirst ja nichts bezahlen.“ Er zog die Schlinge fest an, und hielt dem Kalies ein bis zwei Minuten an dem festgezogenen Strick fest, so daß das Gesicht des Kalies mit der Zeit bereits bläulich wurde. Kalies schrie und Sternidel versuchte, ihn mit einem weißen Taschentuch zu knebeln. Schließlich setzte er ihn in die Rübenkammer und sagte zu uns: Vor einer Stunde steht er nicht mehr auf. — Vorf.: Haben Sie denn schon jemals gehört, daß man jemandem, um ihn zu betäuben, eine Schlinge um den Hals legt? — Angell.: Nein. — Vorf.: Aber das haben Sie schon gehört, daß jemand sich auf diese Weise erhängt oder zu töten versucht? — Angell.: Ja. — Vorf.: Warum glauben Sie denn daran, daß Sternidel den Kalies nur betäuben wollte? — Angell.: Weil er es und gesagt hat. — Vorf.: Und haben Sie sich keine Gedanken darüber gemacht, daß es schief ausgeht? — Angell.: Nein, ich habe dann nachher den Bauern noch in der Kammer röhren gehört, bevor das Mädchen gebunden wurde. Der Angeschlagte schildert dann die Ermordung des Dienstmädchens. Georg Kersten hat ihr die Beine zusammengebunden, den Strick hatte er von Willi Kersten. Zu dieser Zeit hatte das Mädchen bereits die Schlinge um den Hals und strampelte mit den Beinen. Ihr Gesicht war auch, als Sternidel die Schlinge zuzog, ebenfalls schon bläulich. Er schleppte sie 1 1/2 Meter weit und ließ sie liegen. — Vorf.: War sie da bloß betäubt? — Angell.: Nach meiner Meinung ja. — Vorf.: Aber in der Untersuchung haben Sie gesagt, daß sie schon tot war. — Angell.: Sternidel sagte uns: Für eine Stunde steht auch die nicht wieder auf. — Vorf.: Da haben Sie also immer noch gedacht, daß sie bloß betäubt ist, trotzdem sie doch mit dem ganzen Gewicht ihres Körpers an der Schlinge hing und geschleift wurde. — Angell.: Ja. — Vorf.: Sie wollten nun nicht bei den Kindern Wache halten, sondern bei der Bindung der Frau mitfeiern? — Angell.: Nein. Nachdem ich gesehen hatte, daß das Dienstmädchen schon bläulich war, wurde mir ganz anders und Georg Kersten sagte ja auch: die Leute werden gewiß sterben. — Vorf.: Na, warum sind Sie dann nicht einfach weggegangen? Es war doch noch ganz dunkel, Sie konnten doch ohne weiteres davon gehen? — Angeschlagter Schwielens: Dann gibt er an: Als wir mit Sternidel bei der Frau eintraten, war sie ganz paff. Er schilbert nun auch die Fesselung der Frau, wobei die drei Angeklagten nicht mitgetan, sondern nur zugehört hätten. Die Kinder hatten Hunger, und ich nahm von einem Tisch Bröden und Butter, gab es dem Willi, der es den Kindern reichte. Als Sternidel der Geldschrankschlüssel von dem Bauern geholt hatte, sagte er: der Bauer räthelt sehr, und er müsse ihn losbinden. Das muß auch Erich Kersten gehört haben. Auf Befehl erklärt jedoch der Angeschlagte Georg Kersten, von dieser Neuherung nichts zu wissen. — Vorf.: Angeschlagter Schwielens, wieviel Geld haben Sie bekommen? — Angell.: 115 M. Sternidel sagte uns: wenn wir weg wären, würde er die Leute losbinden, sie in die Stube bringen und Kaffee und Obst ihnen hinstellen, und dann mit dem Kade über Müncheberg nach Berlin fahren. Da dachte ich: die Leute würden doch wieder lebendig. — Vorf.: Aber nach den ganzen früheren Vorgängen konnten Sie doch so richtig nicht überzeugt sein? — Angell.: Nein. Erich Kersten sagte immerzu, die würden nicht mehr leben. Ich habe aber widersprochen und gesagt: wenn man sie losbindet und ihnen Kaffee hinstellt, warum sollen sie nicht leben? (Bewegung.) — Vorf.: Das ist doch nicht gut möglich, nachdem, was Sie uns eben erst selbst erzählt haben. — Auf weiteres Befragen des Vorstehenden sagte der Angeschlagte noch, daß Sternidel davon gesprochen habe, die Kinder beiseite zu schaffen, indem er sie auf Stühle binden wollte. — Vorf.: Hat er sich auch dahin geäußert, daß er den Kindern eventuell einen Strick um den Hals legen wollte? — Angell.: Das weiß ich nicht. Er wollte die Kinder auch in den Treppenverflach einpersen. Schließlich warf er die Sachen aus dem Spind auf die Erde und spreizte die Kinder hinein. Er umschlang das Spind mit Stricken, legte aber eine Bohle schräg gegen die Tür. — Vorf.: Wie haben Sie das Geld verwendet? — Der Angeschlagte schilbert nun, wie er sich für 80 bis 90 Mark neu eingekleidet habe und dann die anderen Tage und Nächte mit einigen jungen Leuten sowie mit dem als „Schmalzbaue“ bezeichneten Mädchen durchgebracht habe. Schließlich war er auch beim Schlägererinnen, und zwar, nachdem ihm die Verhaftung des Willi Kersten bereits bekannt war. Bei der Verhaftung hatte er noch 10 Mark. — Vorf.: Also 100 Mark waren durch die Einkleidung und das Bezahlen für andere draufgegangen? — Angell.: Ich hatte auch dem Willi Kersten Geld gegeben, weil sein Geld schon einen Tag vorher alle gewesen war.

In der Untersuchung hatte der Angeschlagte auf die Frage, warum er mit den zwei Brüdern Kersten dem Kalies und seiner Frau sowie dem Dienstmädchen nicht gegen Sternidel beigestanden hätte, geantwortet, der Anwalt habe sie mit einem Revolver bedroht und ihnen gesagt, daß sie Ruhe halten müßten. — Angell.: Das stimmt. Zu dieser Zeit war der Mann und das Mädchen schon gebunden, das war, als die Frau gebunden wurde. — Vorf.: Hätten Sie sich ohne diese Drohung des Sternidel anders verhalten? Waren Sie durch diese Drohung beeinflusst? — Angell.: Ja freilich; schon wie ich bei Kalies nicht so angefaßt hatte wie ich sollte, sagte Sternidel, ich sollte doch besser anfallen.

Auf mehrfachen Befragen erklärt der Angeschlagte Schwielens wiederholt, er habe geglaubt, es handele sich nur um einen Diebstahl. Bei den schnellen Vorgehens war überhaupt nicht klar, was kommen sollte. Er habe geglaubt, daß eine Belästigung stattfinden sollte, damit sie ans Geld herankommen könnten. In Einzelheiten habe Sternidel sie gar nicht eingeweiht.

Versuche, die Mißverständnisse aufzuklären.

Vorf.: Angeschlagter Sternidel, Sie hören nun, was die anderen sagen; die Sache klingt doch ganz anders. — Angell.: Sternidel: Ich erzähle die Sache ganz anders. Der eine hier, der im grauen Anzug (auf Georg Kersten zeigend), hat ganz allein Kalies die Schlinge um den Hals gelegt; ich hatte Kalies ja angepaßt; einer von den beiden anderen hat ihn an den Beinen gehalten. Ich hatte nur einen Strick und keine Schlinge. — Vorf.: Was sagen Sie aber, wenn wir später von Zeugen hören werden, daß Sie noch mehrere solcher Schlingen besessen haben? — Angell.: Sternidel: Das kann mir keiner nachsehen. Wenn ich den Mann anfaße, kann ich ihn doch nicht auch eine Schlinge umlegen; ich habe ja mit dem

Mann Streif angefangen und ihn angepaßt gehabt. Ich rede nur die reine Wahrheit, ich kann nichts an meiner Aussage ändern. Bei der Frau haben wir die beiden Älteren auch gehalten. Willi Kersten hat ganz allein bei den Kindern. — Vorf.: Sie bleiben also bei Ihrer alten Aussage, nur mit der Einschränkung, daß Sie jetzt sagen, Georg Kersten habe allein die Schlinge umgelegt. — Angell.: Sternidel: Na, gewiß, ich kann nichts anderes sagen, als die reine Wahrheit. Sollten die Leute sagen, ich habe alles getan, so möchte ich angeben, daß ich Schwielens 10 Pf. gegeben habe zum Brotkaufen und daß die drei sodann sogar die Bäckerei bestohlen haben. Sie haben alles Mögliche mitgenommen. Rein, das geht nicht, daß man mich beschuldigt, alles getan zu haben. Es ist auch nicht richtig, daß ich den Leuten vorerst etwas gesagt habe vom Totschlag; das war gar nicht meine Absicht. — Angell.: Willi Kersten bestreitet nach wie vor eine Beteiligung bei dem Mädchen. — Angell.: Sternidel: Der hat an der Tür gestanden. Das muß ich sagen, alles was Recht ist, soll Recht bleiben. — Vorf.: Georg Kersten, Sie werden ja jetzt durch Sternidel sehr schwer belastet. — Angell.: Georg Kersten: Ich habe keine Schlinge gehabt, das ist er allein gewesen. — Angell.: Schwielens: Das ist nicht wahr, daß Georg die Schlinge umgelegt hat; das hat alles Sternidel getan. — Vorf.: Ich halte nun alles vier Angeklagten noch vor, daß Kalies durch Erstickung den Tod gefunden hat, und daß Frau Kalies nach dem ärztlichen Befund ohne Zweifel den Tod durch einen Schlag auf den Kopf gefunden hat. — Angell.: Sternidel: Kein Mensch hat einen Hammer gehabt, ich nicht und auch die anderen nicht. — Vorf.: Sie werden mir zugeben, daß, wenn man jemand betäuben will, es näher liegt, es durch einen Schlag zu tun, als durch das Umlegen einer Schlinge. — Angell.: Willi Kersten: In der Zeit, wo ich da war, habe ich nicht gesehen, daß Sternidel etwas in der Hand gehabt hat. Die beiden anderen Angeklagten erklären daselbe. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet und es wird in die

Strafverfahren

eingetreten. Untersuchungsrichter Gerichtsassessor Andersohn hat zuerst mit dieser Sache zu tun gehabt und den ersten Lokaltermin vorgekommen. Er hat Zeichnungen angefertigt, die vervielfältigt wurden und den Geschworenen übergeben werden. Das Protokoll des Lokaltermins wird verlesen. Die Schlafkammer des damals noch Schöne genannten Hauptangestellten war in großer Unordnung, man fand ein Dackeldeckchen, einen starken Hammer, lange schwarze Strümpfe und eine große Anzahl von Briefschaften. In dem Lokaltermin wurde Sternidel dem Zeugen vorgeführt, der kurze Zeit vorher von dem Genbarmerienwachmeister eingeholt und verhaftet worden war. Er beantwortete sich dahin, daß er von Einbringlingen genötigt worden sei, gegen seine Herrschaft in dieser Weise vorzugehen. Diese Aussage hat er nicht aufrecht gehalten.

Kriminalkommissar Alexander Kasse: Bei der Obduktion des ermordeten Dienstmädchens mußte Sternidel seine Finger in die Würgemale am Hals der Ermordeten legen. Er tat das mit stolzer Ruhe und erklärte, er könne das mit gutem Gewissen tun, denn er habe sie nicht umgebracht. Als ich hörte, daß die Komplizen Sternidels in Berlin verhaftet worden waren und getrennt voneinander übereinstimmend Sternidel der Täterschaft beschuldigt hatten, wurde für mich die Hauptfrage, die Persönlichkeit Sternidels zu ermitteln. Ich sagte ihm schließlich auf den Kopf zu, daß er Sternidel sei, er bestritt es mir zuerst, aber als bald nachher hat er unter dem Eindruck meiner Worte dem Anhaltsgeschäftlichen ein teilweises Geständnis der Ortswiger Tat abgelegt. Ich habe mich in der Hauptfrage mit seinem Vorleben beschäftigt, um ihm seine früheren Taten nachzuweisen. Als ich ihn fragte, wie er sich denn bei der Ausführung der Sache verhalten habe, sagte er: Ich habe nur einen Hausanfall mit Fesselung geplant. Nachdem er sich das Geld angeeignet, wollte er das Dienstmädchen entseffeln, die dann wieder Kalies und seine Frau entseffeln konnte. In der Zwischenzeit hätte er genügenden Vorsprung zur Flucht gemonnen. Als ich ihm darauf sagte: Sie haben ja keine Fesselung vorgenommen, sondern versucht, die Leute zu strangulieren, erwiderte er: ja, Herr Kriminalkommissar, ich habe mich nicht ganz richtig ausgedrückt, ich wollte sie zuerst droheln, bis sie die Besinnung verloren und hoffte, daß sie, wenn ich gelassen bin, die Besinnung wieder erlangen werden. Als Rotin gab er Nacht, nicht Raubsucht an. Seine Sachen seien in seiner Abwesenheit durchsucht worden, und es sei ihm eine blaue Schürze abhanden gekommen. Das habe ihn so maßlos erregt, daß der Gedanke der Tat in ihm gereift sei. Blutspuren waren im Hause nicht aufzufinden.

Der Zeuge bestritt, daß ein Teil der Betten des Ehepaares Kalies in Sade gepackt vorgefunden worden sei, die von Frau Hampe, mit der Sternidel vom März 1911 bis Mai 1912 ein Verhältnis unterhalten haben soll, hergegeben worden waren. Er hatte dem Manne der Hampe verschiedene kleine Gefälligkeiten erwiesen, ihm Ananinsen von seiner Jagd geliefert usw. Die Sade bekam er von Hampe aus Ermittlichkeit dafür. Sternidel wieder erklärte, er habe einen reichen Onkel in Posen, und werde Kartaffeln von ihm den Hampeschen Eheleuten bringen. Zu diesem Zweck bekam er die Sade von Hampe, die er erst ein Jahr später bei der Sache benutzte. — Vorf.: Sternidel, was haben Sie dazu zu sagen? — Angell.: Ich habe nicht zusammengepackt, ich weiß nichts von den Säden. Diese Sade hatte ich schon längst eingepackt und zusammengerollt gehabt. — Vorf.: Es wurde ja auch in einigen dieser Säde Getreide vorgefunden? — Angell.: Allerdings, ich wollte für meine Ananinsen von Kalies Gerste und Hafer kaufen und hatte ihm bereits 30 M. dafür gegeben.

Ein Zwischenfall.

Vorf.: Wo sind Ihre Ananinsen? — Angell.: Auf meinem Stalle zu Hause, da, wo ich das Mädchen verlassen habe. — Vorf.: Wo ist diese Stelle? — Angell.: In Dingsda, (schrägend) da war ich bei Altreck. — Vorf.: Und wo noch? — Angell.: Ja, das kann ich beim besten Willen nicht sagen. Wenn ich alles sage, das sage ich nicht. Meine Frau will ich nicht unglücklich machen. (Große Bewegung.) — Vorf.: Sie sind verheiratet? — Angell.: Ja, meine Frau weiß nichts davon, daß ich auf solchen Wegen gewandelt bin und deshalb sage ich nichts. Ich habe auch keine Sade nach dem Fortgehen der Decliner herumstehen sehen und weiß nicht, wie sie beim Lokaltermin vorgefunden werden konnten. Die Belle hatte ich schon seit 2 Jahren in ein Sädden eingebunden, der Hammer war ein Klopffammer für Senfen.

Rehlich erklärt Angell. Sternidel die anderen vorgefundenen Gegenstände und behauptet, daß verschiedene andere Arbeiter des Kalies das bezeugen könnten. Auf die weitere Frage des Vorstehenden, die sich wiederum auf die Herkunft der Säde bezieht, erklärt Sternidel schließlich unvermittelt: das will ich Ihnen sagen. Wenn man einen Tag von einem falschen Mädel weg kommt, ist nicht ein anderes da. Das hat mich von dem Mädel verbroffen. Von Hampe habe ich 2 oder 3 Säde bekommen. — Vorf.: Herr Kriminalkommissar Kasse, haben Sie Geld in Ortswig gefunden? — Zeuge Kriminalkommissar Kasse: Nein. Bei dem Grundstück ist es ein reiner Zufall, wenn man etwas findet. Ich bin aber sehr überzeugt, daß noch Geld da ist, denn Sternidel hat mir erklärt, daß er 7000 M. für sich erbeutet hat, von deren Existenz seine Komplizen keine Ahnung hatten. Diese 700 M. habe er auf einer Sandstelle bei einem Gehäst in der Nähe von Bernsdorf vergraben, wo er eine Heißung unter dem Namen „Nisch“ beschaffen war. Ich habe mich bei dem betreffenden Gutbesitzer erkundigt und es wurde bestätigt, daß Sternidel dort als Nisch tätig gewesen sei. Er kam auch in den Verdacht, Sternidel zu sein und wurde bei dem Gutbesitzer gesucht. Da schütete er aber. Der Gutbesitzer schrieb mir, daß er glaube, Sternidel habe das Geld auf dem Heuboden verdrückt. Sternidel hat dort eine Schiebeklappe vom Stoll zum Heuboden angebracht, die nur ihm und dem Gutbesitzer bekannt war. Nachdem er geflüchtet war, hat eine unbekannte Person auf dem Heuboden genächtigt und das Heu durchwühlt. Das kann nur Sternidel gewesen sein, denn nur er kannte diese Schiebeklappe. Wenn er, trotzdem er unter dem schweren Verdacht stand, Sternidel zu sein, zurückkam und das Heu durchwühlte, so kann er dazu nur böse trübsige Gründe gehabt haben. Also muß er dort sein Geld versteckt haben. Das ist natürlich nur ein Schluß, aber ein sehr zwingender.

Vorf.: Nun Sternidel? — Angell.: Das alles beruht nicht auf Wahrheit. Ich habe allerdings 800 M. in einem Kuvert erbeutet, das habe ich dem Kommissar gezeigt. Es war Geld, welches die anderen nicht gesucht haben, das habe ich in Lappin in Papierstücken gehabt. Im Besitz dieses Papiergeldes war ich in der Nähe von Rotenburg in Schlesien, Eisenbahnstation Dorla, in Stellung bei einem gewissen Kleiner und zwar unter dem Namen Nisch. Aber die Sache mit der Schiebeklappe stimmt gar nicht. 20 bis 30 Schritte von dem Gut dort ist eine Sandfläche, die nicht bebaut wird. Dort ist ein großer Stein und da habe ich die 800 M. vergraben. — Vorf.: Wo ist das? — Angell.: (lächelnd): Nein. — Vorf.: Das sagen Sie wieder nicht. — Angell.: (mit triumphierendem Lächeln und mit einem gewissen Stolz in der Stimme): Das wird nicht verstraten. (Allgemeine Bewegung.) — Vorf.: Hören Sie mal, Sternidel, irgendeine Veranlassung zum Lachen haben Sie hier nicht. — Angell.: Als ich von dort verjagt war, weil man mich suchte, wollte ich am nächsten Tage wieder hingehen, um das Geld zu holen. 14 Tage später war ich ja schon wieder in einer anderen Stellung, ich kann also nicht den Heuboden dort durchwühlt haben. Am dritten Tage, nachdem ich von dort weggegangen war, kam ich aber zurück. Am zweiten Tage waren die Leute mit Bewehren und Kerzen ausgerückt, um mich zu fangen. Sie fingen einen armen Mann, der Rindchen jagte, den haben sie erbärmlich zerflagen.

Zeuge Kasse auf Befragen: Sternidel hat nicht eingeräumt, den Müller Knappe in Blagowit ermordet zu haben. Sternidel hat bloß seine Mittäterschaft eingeräumt, aber genau so, wie in dem Ort Wiegels die Haupttäterschaft auf seine Mitschuldigen abgewälzt. Sternidel hat damals mit zwei jungen Brüdern Piefch die Tat begangen. Das waren ebenfalls junge Leute, die er genau wie in diesem Falle in einer Bergebege geworden hatte und die ihm ganz unbekannt waren. Die Mittäterschaft gab er zu; aber die Haupttat, die Ermordung des Piefch, schrieb er seinen Mittätern zu. — Sternidel: Ich behaupte, daß ich die Tat so geschilbert habe, wie sie gewesen ist. Daß ich den Herrn erschlagen oder gefesselt habe, ist eine Unwahrheit. — Zeuge Kasse: Aus der Gleichgültigkeit der Fälle habe ich auf die Identität Sternidels geschlossen. Zeuge Kommissar Kasse teilt dann weiter mit, daß in der Dunastraße zusammen in einem roten Taschentuch auch ein Stück weiches Leinentuch gefunden wurde, und daß er annehme, daß dieses im Zusammenhang mit der Mordtat stehe. — Angell.: Sternidel (sehr erregt): Nein, das beruht auf Unwahrheit. — Zeuge Kasse: Bei der früheren Vernehmung des Angeklagten Sternidel in Altreck, einer gewissen Hampe, ist eine Peitschenhülle und mehrere Stricke, die zu Schlingen zusammengezogen waren, gefunden worden, die von der Hampe als Eigentum des Sternidel bezeichnet worden sind. Auch ein Kufsch mit Stricken und Wäffelschlingen hat er bei einem Gastwirt in Briesgen aufbewahrt. Diesen Kufsch hat er vier Tage vor der Ortswiger Tat abgeholt. In seiner Kammer sind auch mehrere Stricke gefunden. — Sternidel (sehr erregt): Nein, das sind nicht 3, sondern 14 Tage vorher gewesen, daß ich den Kufsch abgeholt habe, wo nur schmutzige Wäsche drin war. In der Kammer waren überhaupt keine Stricke; die hat der Kommissar selbst hineingelegt. Das sage ich ihm auf den Kopf zu; das ganze beruht auf Unwahrheit. — Vorf.: Ich verbiete Ihnen derartige Ausdrücke. — Sternidel: Daß bei der Hampe Peitschenhülle und Stricke gefunden worden sind, ist in Mumps. Lebenten Sie doch, Herr Präsident, daß ich seit März von der Hampe weg bin.

Darauf wird die älteste Tochter des ermordeten Ehepaares, Margarete Kalies, ein sechsjähriges Mädchen, das in tiefer Trauer erscheint, als Zeugin vernommen. Sie blickt mit erschüttertem Schauder nach der Anklagebank, worauf der Vorstehende rät, sich doch nach der anderen Richtung zu den Geschworenen zu wenden. Sie möge sich beruhigen, da ihr doch nichts geschehen könne. Der Vorstehende ermahnt sie, sich durch ihren berechtigten Horn nicht bestimmen zu lassen, von der Wahrheit abzuweichen. — Vorf.: Wie war Ihr Vater mit dem Anwalt Schöne zufrieden? — Zeugin: In der Arbeit war er mit ihm zufrieden, das hat der Vater öfter gesagt. Allerdings hat er auch darüber gesprochen, daß er nicht wisse, woher der Anwalt kommt und wer er ist. Schließlich, nachdem Schöne schon längere Zeit bei ihm war, hat der Vater einmal seine Sachen nachgesehen, weil ihm der Schöne verdächtig vorkam. Schöne war öfters Sonnabends und Sonntags von Hause fort und bei einer solchen Gelegenheit hat der Vater seine Sachen durchsucht. Dabei fand er einen Revolver und Stricke. Er hat auch darüber gesprochen. Die Zeugin schilbert nun den Tag der Ermordung ihrer Eltern, wobei sie die bereits bekannten Einzelheiten wiederholt. Sie konnte aus den Gefährden aus dem Nebenzimmer hören, daß ihrer Mutter etwas Schlimmes angetan werde. Vorher hatte Schöne die Mutter zur Ruhe gestellt, was sie über ihn gesagt habe. Dann erzählt sie, wie Willi Kersten, den sie an der Stimme wiedererkennt, weil er auf Anordnung des Vorstehenden die damals gesprochenen Worte wiederholt, mit denen er mit geladenem Revolver die Kinder zur Ruhe zwang. Er hat auch die Zeugin am Halse so angefaßt, daß sie keine Luft bekam. Dann erzählt die Zeugin, wie die beiden Kinder von Sternidel in den Schrank eingesperrt wurden, und wie er sie wieder einmal auf kurze Zeit aus dem Schrank herausließ und ihnen etwas zu essen gab. Sie schilbert auch, wie Sternidel die Fensterläden vorschob und vernagelte. Sie erzählt auch, daß draußen ein Posten auf und abgehe, der den Verkehr verhindern solle. — Vorf.: Haben Sie diesen Posten schreien gehört? — Zeugin: Nein, aber aus Angst haben wir so getan. Die Zeugin gibt noch an, daß ihr Vater davon gesprochen habe, Schöne zu entlassen, weil er ihm unheimlich sei. Er habe aber hernach davon abgesehen, weil er fürchtete, daß Schöne ihm eine Schiene ansteden könnte. Die Zeugin gab noch an, daß Sternidel gedroht habe, die Kinder ebenfalls zu erwürgen, während die anderen Angeklagten davon abließen. Sternidel habe immer mit der Schlinge in der Hand mit dem Erwürgen gedroht.

Die elfjährige Marie Kalies wird darauf befragt und erscheint in Begleitung ihrer Tante. Sie ist sehr verflüchtelt und ängstlich und der Vorstehende sucht sie zu beruhigen. — Sie weiß nur noch, daß fremde Leute ins Zimmer gekommen sind und daß Schöne etwas zur Mutter sagte. Die Mutter habe geantwortet, daß sie von ihm nichts zum Vater gesagt habe. Darauf ist die Mutter ins Wohnzimmer gegangen. Die Mutter schrie auf einmal auf: Grete! Grete! Sie hat von dem Schrei keinen Schrecken bekommen. Die Zeugin weiß auch nicht mehr, daß der Schrei so geklungen hätte, daß der Mutter der Hals zuackhalten würde und gibt weiter an, daß sich jemand mit dem Revolver aufs Bett gesetzt habe. — Auf eine weitere Vernehmung der kleinen Zeugin wird verzichtet und die beiden Kinder werden entlassen.

Die Verhandlung wird auf morgen früh 10 Uhr vertagt.

Soziales.

Anfang mit Ablehnung von Nichtern.

In einer der letzten Sitzungen hat das Oberlandesgericht Gewerbegericht bekanntlich die Akkumulatortwerke zur Herauszahlung der dem Kläger widerrechtlich für den gelben Unterstulungsverein einbehaltenen wöchentlichen Beiträge verurteilt. Ein zweiter Prozeß, der auf derselben Grundlage beruht, schwebt jetzt. In diesem hat die Direktion sämtliche Weisiger des Gerichts als Befangen abgelehnt, weil diese der Sozialdemokratischen Partei angehörten. Die Kammer des Gerichts, die über den Ablehnungsantrag zu befinden hatte, hat am Dienstag den Antrag zurückgewiesen.

Aus dem von der Direktion angegebenen Grunde einen Ablehnungsantrag stellen ist ein großer Anfang. Wie würde die Unternehmerrasse über Terrorismus und Sabotage geterrt, wenn in einem Prozeß der der Sozialdemokratie angehörige Beklagte alle Richter ablehnen würde, weil sie Befangen seien. Der Fall mit dem

gelben Werkereien liegt besonders trag, weil die Nichtzahlung des Lohnes und die Kürzung desselben um den an den gelben Verein abgeführten Betrag strafbar ist. Denn es handelt sich um ein Vergehen gegen § 115 der Gewerbeordnung und nach der vom Reichsgericht gegen Arbeiter gebilligten Rechtsprechung um eine Erpressung. Deshalb schreibt die Staatsanwaltschaft gegen Siemens, A. G. und andere Werke, die in ähnlicher rechtswidriger Weise vorgehen, nicht ein?

Bundesratsverordnung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter.

§ 136 Absatz 1 und 2 der Gewerbeordnung enthält einige Schutzvorschriften für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter (junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren), die sich auf den Beginn der Arbeit und die Festlegung von Pausen beziehen. Dem Bundesrat ist in § 139 die Ermächtigung erteilt, Abweichungen an diesen Vorschriften für Betriebe mit ununterbrochener Arbeit zu erlassen. Der Bundesrat hat von dieser Ermächtigung unter dem 24. März 1903 für Steinkohlenbergwerke, deren Betrieb auf achtstündige Schicht eingerichtet ist, Gebrauch gemacht und unter diesem Datum eine Verordnung erlassen, die für jugendliche Arbeiter, welche über Tage mit den unmittelbar mit der Förderung der Kohlen zusammenhängenden Arbeiten beschäftigt werden, ungünstigere Voraussetzungen zuläßt. Diese Verordnung hat bis zum 1. April 1913 Gültigkeit. Wie der gestern abend erschienene „Reichs-Anzeiger“ mitteilt, hat nun der Bundesrat diese Verordnung auf weitere zehn Jahre verlängert und noch weitergehende Verschärfungen zu Ungunsten der jugendlichen Arbeiter zugelassen. Die Verschärfungen bestehen in folgendem: Bislang durfte die Beschäftigung mit den unmittelbar mit der Förderung der Kohlen zusammenhängenden Arbeiten am Tage vor Sonn- und Festtagen um 4 Uhr morgens beginnen. Künftig soll auch an den Tagen vor Kontrollversammlungen die Arbeit um 4 Uhr beginnen. Außer dieser Gleichstellung der Kontrollversammlungen mit den Sonn- und Festtagen enthält die Verordnung die Neuerung, daß auch die Arbeitsstunden derjenigen jugendlichen Arbeiter männlichen Geschlechts über vierzehn Jahre, welche über Tage mit Arbeiten beschäftigt werden, die bei der An- und Abfahrt der Belegschaft zu leisten sind, in Abweichung von § 136 Abs. 1 Satz 1 der Gewerbeordnung bereits von fünfhalb Uhr morgens an und am Tage vor Sonn- und Festtagen sowie an den Tagen der Kontrollversammlungen bereits von vier Uhr morgens an zu beginnen können.

Statt Aufhebung der Ausnahmevorschriften gegen Jugendliche also eine Ausdehnung der Aufhebung der Arbeiterschutzvorschriften.

Kassenlöwen.

Ein Arzt schreibt uns:

In dem Artikel „Gewerbebezogene“ — Nummer 52 des „Vorwärts“ — wird als einer der Gründe, daß die Ärzte nicht genügend über Gewerbekrankheiten unterrichtet sind, der Mangel an Zeit erwähnt, indem die viel beschäftigten Kassenärzte gezwungen wären, oft täglich mehr als hundert Patienten abzufertigen und deshalb nicht daran denken könnten, sich ernstlich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Es heißt dann in dem Artikel weiter, daß die Krankenkassen es in der Hand hätten, hier durch feste Anstellung einer genügenden Anzahl von Kassenärzten Abhilfe zu schaffen. Ja, Kassenlöwen — überfüllte Wartezimmer! Zwei Worte, die einen bösen Klang haben! Man kann sich nicht genug wundern, daß auch die großstädtische, speziell Berliner Arbeiterschaft, die doch in moderner Geistes- und politischer Hinsicht so geschult ist, diesen schmerzlichen Zustand ruhig erträgt. Oft um nur einen Kranken zu unterrichten zu lassen, müssen die armen bedauernswerten Kranken ein bis zwei Stunden wie Heringe zusammengepfercht in den schlecht gelüfteten Wartezimmern sitzen. Die Ueberbürdung der einzelnen Kassenärzte und die Ueberfüllung der Wartezimmer bilden seit vielen Jahren eine ständige Plage vieler Kassenkranken. Und trotzdem läßt der moderne Proletariat, der im Begriff steht, seine Klasseninteressen abzuhandeln, das im Begriff steht, z. B. das sommerwolle Dreiklassenwahlrecht, das ihn zu politischer Rechtfertigung verurteilt, zu beseitigen, diesen elenden Zustand weiter bestehen! Obwohl der Vorstand einer Krankenkasse leicht in der Lage wäre, Abhilfe zu schaffen durch Anstellung einer genügenden Anzahl von Ärzten! Freilich müßte jeder Bewerber um eine Kassenarztsstelle einen Fragebogen ausfüllen, der folgende Punkte enthielte: 1. Haben resp. werden Sie Privatpraxis und in welchem Umfang? 2. An welchen Krankenkassen sind Sie beteiligt resp. welches Einkommen beziehen Sie aus Ihrer bisherigen kassenärztlichen Tätigkeit? 3. Sind Sie Armen-, Schul- oder Impfarzt, Vertrauensarzt einer Berufsgenossenschaft? 4. Wieviel Patienten hatten Sie bisher durchschnittlich täglich abzufertigen?

Die wahrheitsgemäße Beantwortung dieser Fragen würde der Kasse ungefähre eine Vorstellung geben, ob der Bewerber für die feiner werdenden neuen Aufgaben noch genügend freie Zeit hätte. Fragen wir nach den Gründen, die es erklären, daß einzelne Ärzte sich zu Kassenlöwen entwickeln, so sind sie einmal in dem Umstand zu suchen, daß der betreffende Arzt das gewaltige Glück hatte, an einer oder mehreren großen Krankenkassen allein oder mit nur wenigen „Konkurrenten“ tätig zu sein, oder wenn es sich um allgemeine freie Arztwahl handelt, so liegt die Erklärung unter anderem darin, daß der betreffende Arzt sich einer guten Wohnlage erfreut, d. h. inmitten eines dicht bevölkerten Proletariatsquartiers wohnt, daß er neben einem anmutigen Weibchen über ein gewandtes, zudorfallendes, ansehnliches Leben verfügt; wie oft hört man besonders die jungen Mädchen schwärmen: „Rein, ist der Herr Doktor ein reizender, lebenswürdiger Herr!“, daß er auf die Wünsche der Kranken bereitwillig eingeht; Verschönerung der Arbeitsunfähigkeit, Verordnung von Spezialitäten und Stärkungsmitteln, Schonung der Simulanten resp. milde Beurteilung derselben; beständig die Kellermotormel tüßt, z. B. Vorträge abhält, sich ein Wohlstandsmittelchen umhängt — ein bekannter Kassenarzt schickte einmal einen Kranken auf seine Kosten in eine Lungenheilstätte, natürlich wurde die Notiz in die Presse gebracht — usw. usw. Ja, wenn noch der Beschäftigungsgrad der Ärzte und ihre Tätigkeit parallel gingen! Doch es ist in eingeweihten Kreisen kein Geheimnis, daß gerade Ärzte, die, was das Krankschreiben, Verordnung von teuren Medikamenten und Stärkungsmitteln betrifft, laue Anschauungen haben, den meisten Anspruch finden, unbekannt mit ihre Kenntnisse, die oft viel zu wünschen übrig lassen, und daß andere oft sehr wissenschaftliche Ärzte weniger angesehnt werden, weil sie bei Beurteilung der Frage, ob Erwerbsunfähigkeit vorliegt, ob Arznei resp. Stärkungsmittel nötig, strengeren Grundsätzen huldigen. Wenn der Grad der Beschäftigung einen Maßstab für die Tätigkeit eines Arztes abgibt, dann müßte z. B. mancher Kurpfuscher, wie Schöberl ist in Raddruck, der berühmteste, d. h. tüchtigste Heilsmittel Deutschlands sein! Die größten Charlatane unter den Ärzten, die sich oft einer ganz bedeutenden Anzahl Klientel erfreuen, müßten dann die tüchtigsten Ärzte sein.

Den Umstand will ich noch erwähnen, daß überfüllte Wartezimmer auf empfindliche Gemüter geradezu suggestiv, ja folgerierend wirken. Wo Tauben sind, liegen Tauben hin, sagt das Sprichwort. Doch nun noch eine ernste Seite: Welches sind die Schattenseiten überfüllter Wartezimmer von Kassenärzten? Wegen Mangel an Zeit ist eine peinlich gewissenhafte körperliche Untersuchung des Kranken unmöglich. Dieser Umstand machen sich Trübsalbrü-

gerne und suchen mit Vorliebe vielbeschäftigte Kassenärzte auf, wohl wissend, daß, da die Zeit zur genaueren Untersuchung fehlt, sie dann die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt erhalten, während eine gewissenhafte Untersuchung das Fehlen einer solchen würde festgestellt haben. Ferner geht erwerbsfähigen Kranken infolge des mit dem langen Warten verbundenen Verlustes Arbeitslohn verloren. Frauen werden ihrer häuslichen Tätigkeit entzogen, Kinder bleiben ohne Aufsicht usw. Ferner zieht das Einatmen der schlechten, von üblen Gerüchen erfüllten Luft in den überfüllten Räumen leicht für schwächliche Kranke Leibelien, Brechneigung, Ohnmachtsanfälle usw. nach sich! Oft bringt auch das lange Zusammensein mit Personen, die an ansteckender Krankheit, wie Masern, Diphtherie, Scharlach usw. leiden, die Gefahr der Ansteckung mit sich — sie erkranken selbst oder schleppen das Krankheitsgift nach Hause und übertragen es auf ihre Umgebung! Es ist im Publikum viel zu wenig bekannt, daß gerade die ärztlichen Wartezimmer Brutstätten gefährlicher Krankheitskeime darstellen! Besonders sollten es Patienten unterlassen, die dort liegenden Bücher, Zeitschriften usw., die gerade als Quelle ansteckender Krankheiten angesehen werden müssen, in die Hand zu nehmen. Wenn sogar Kranke der schädlichen Gewohnheit huldigen, beim Anwenden der schmutzigen infizierten Plätter den Finger mit Speichel anzufassen, so ist dem Eindringen von Bazillen in die Mundhöhle Tür und Tor geöffnet! Trotz der gefährlichen Umstände gibt es noch viele große Kassen, die sich sträuben, eine genügende Anzahl von Ärzten anzustellen, um den Kassenmatadoren die Kassenarbeiten nicht zu schwälern, obwohl sich die Kassen schwer an dem Wohle der Kassenmitglieder versündigen! Dabei ist mit einer Anstellung von einer Anzahl neuer Kassenärzte durchaus keine finanzielle Mehrbelastung verknüpft! Der Kasse kann es gleich sein, ob sich in das Honorar, das festgelegt ist, zwei oder zehn Ärzte teilen. Der Schein resp. Patientenjäger könnte die Kasse in der Weise entzweien, daß sie in gewissen Zwischenräumen statistische Erhebungen anstellt, wie hoch sich bei den einzelnen Ärzten die Ausgaben für Medikamente, Stärkungsmittel, Krankengeld usw. pro Kopf der Behandelten belaufen, wie hoch sich prozentualiter die Ueberweisungen an die Krankenhäuser, an die Spezialärzte usw. stellen. Auf diese Weise könnte jederzeit einem Mißbrauch der kassenärztlichen Funktionen ein Riegel vorgeschoben werden. Bei den meisten Krankenkassen ist es immer noch Usus, Bewerbschreiben von Ärzten — mögen sie noch so gut empfohlen sein, mögen sie noch so reiche Erfahrung im Kassenwesen besitzen — in den Briefkasten zu werfen zu lassen, und es bezieht weiter die befallenen Ärzte: auf der einen Seite überfüllte Wartezimmer bei den Kassenlöwen mit all den beschriebenen entsetzlichen Schattenseiten, und auf der anderen Seite leere Wartezimmer von Ärzten, die eine gewissenhafte Ausübung der kassenärztlichen Tätigkeit sich mühen angelegen sein lassen, aber durch Nichtanstellung daran gehindert werden. Sache der Kassenverwaltungen ist es, hier schleunigst Abhilfe zu schaffen.

Soweit die Zustände des Arztes. Sie enthält eine Reihe durchaus berechtigter, von unserer Seite wiederholt betonter Klagen. Anders liegt es mit dem nicht neuen Mittel, das der Einfacher vorschlägt. Die einzelne Kasse hat Selbstverwaltung und hat daher allein über die geeignete Art der ärztlichen Fürsorge zu bestimmen. Die Frage, ob fest angestellte Ärzte oder ob freie Arztwahl vorzuziehen ist, ist von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller Umstände zu entscheiden. Der eigentliche Grund für die vorliegenden Uebel liegt im Krankenkassenwesen, das den Kassen die Verpflichtung auferlegt, ärztliche Behandlung einzutreten zu lassen, aber weder eine Verpflichtung der Ärzte zur Uebernahme der Behandlung Kassenkranker ausspricht, noch die Mittel hierfür dem Reich oder dem Staat auferlegt. Diese Abwälzung der Armenlast auf die Schultern der Arbeiter und die falsche Ansicht einiger Ärzte, daß die Verwaltung der Kassen durch Arbeiter an den Mitgliedern schuld sei, ist von uns wiederholt ausführlich dargelegt. Die bürgerlichen Parteien sind an den jetzigen Verhältnissen schuld. Sie haben dieselben durch Ablehnung der bei Beratung des Krankenkassenversicherungsgesetzes gestellten Anträge der Sozialdemokraten hervorgerufen.

Die niedrige Säuglingssterblichkeit in Deutschland.

Wie wir den von der Chthausklinik Oben bei Oranienburg herausgegebenen „Edener Mitteilungen“ entnehmen, haben bisher die englischen Gartenstädte Leichworth und Hampstead den Ruf für sich in Anspruch genommen, mit 5,5 Proz. bezw. 6,6 Proz. die niedrige Säuglingssterblichkeitsziffer aufzuweisen. Ihnen macht aber unsere deutsche Gartenbau-Siedlung Eden bei Oranienburg die Palme streitig, da die Säuglingssterblichkeit dort nach sechsjährigem Durchschnitt nur 3,3 Proz. betragen hat. Eine Konkurrentin ist ihr neuerdings nur in der Gartenstadt Hellercau bei Dresden entstanden, die allerdings erst einen zweijährigen Durchschnitt (= 2,5 Proz.) zu verzeichnen hat, der mit dem sechsjährigen Edener Durchschnitt ohne weiteres nicht verglichen werden kann. Die Ziffern registrieren wir, betonen aber, daß die Keinen Siedlungen einen Vergleich mit größeren Gebieten nicht zulassen. Die Vergleichbarkeit scheitert schon an der geringen Zahl, die bei diesen Siedlungen in Betracht kommt. Es wäre ein Vergleich fort ebenso verfehlt, wie ein Vergleich der Säuglingssterblichkeit in Deutschland mit der in einer Familie, in der kein Säugling gestorben ist.

Der Zentralverband der Zimmerer

hat die jetzt ihrem Ende entgegengehende Tarifvertragsperiode dazu benutzt, seine Mitgliederzahl sowohl wie auch seine Finanzen auf einen Stand zu bringen, von dem aus er den kommenden Ereignissen mit der größten Ruhe entgegensehen kann.

Die Mitgliedererweiterung, die schon im Jahre 1911 einsetzte, hat auch im Jahre 1912 angehalten. Die Mitgliederzahl betrug 1912 im Jahresdurchschnitt 63.400 gegen 59.258 im Jahresdurchschnitt 1911 und 54.548 im Jahresdurchschnitt 1910. Das ist seit 1910 eine Zunahme von 8881. Eine ganz beachtliche Steigerung hat aber vor allem das Verbandsvermögen erfahren. Es betrug am Jahresabschluss 1910 in der Zentralkasse 1.143.534 M., in den Zahlstellen 618.182 M., zusammen 1.761.716 M.; am Jahresabschluss 1911 in der Zentralkasse 2.217.551 M., in den Zahlstellen 704.012 M., zusammen 2.921.563 M. Sinegen schloß das Jahr 1912 mit einem Vermögensbestand von 3.539.925 M., in der Zentralkasse ab und mit 821.341 M., in den Zahlstellen, zusammen mit 4.361.266 M. Der Gesamtvermögensbestand hat sich demnach seit 1910 um 2.601.550 M. erhöht. Das ist eine Leistung, die bisher ihresgleichen kaum haben dürfte, auf die deshalb der Zimmererverband mit Recht stolz sein kann. Damit der Verband an seiner finanziellen Leistungsfähigkeit auch in Zukunft nicht einbüße, hat die unlangst stattgefundene 20. Generalversammlung durch eine zweckentsprechende Verbandsregulierung umfassende Vorkehrungen getroffen, und es kann ercentlicherweise konstatiert werden, daß in fast sämtlichen Zahlstellen des Verbandes die in dieser Richtung gefassten Beschlüsse der Generalversammlung volles Verständnis gefunden haben. Diese Tatsache berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Der Zimmererverband hat im Jahre 1912 302 Lohnbewegungen geführt. Daran waren beteiligt 1049 Orte mit 1006 Betrieben und 8090 Zimmerern; davon 6108 Verbandsmittelglieder. Ohne Arbeitseinstellung fanden 141 Lohnbewegungen ihre Erledigung, an denen 4600 Zimmerer beteiligt waren. Von den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung endeten erfolgreich 101 mit 3406 Beteiligten, teilweise erfolgreich 22 mit 603 Beteiligten und erfolglos 18 mit 501 Beteiligten. Durch Arbeitseinstellung fanden 161 Lohnbewegungen ihre Erledigung. Daran waren beteiligt 339 Orte mit 363 Betrieben und 3400 Zimmerern; von den Arbeitseinstellungen waren 125 Antrittsverträge mit 1752 Beteiligten, 23 Abwechsellöhne mit 798 Beteiligten und 13 Aussperrungen mit 106 Beteiligten. Durch die Bewegungen wurde insgesamt erreicht: für 1702 Mann eine Ver-
längerung der Arbeitszeit um 5718 Stunden pro Woche, für 5007

Mann eine Lohnhöhung von 13.780 M. pro Woche. Die Lohnbewegungen erforderten einen Kostenaufwand von insgesamt 45.993 Mark; davon flossen aus der Zentralkasse 41.238 M. Im Jahre 1911 mußte die Zentralkasse für Lohnbewegungen im Betrag 61.887 Mark aufwenden.

Zu Beginn des Jahres 1912 bestanden im Zimmerergewerbe 626 Tarifverträge. Ihr Geltungsbereich erstreckte sich auf 9194 Orte mit 8844 Betrieben und 66.802 Zimmerern. Im Laufe des Jahres endeten 40 Tarifverträge. Erneuert und neu abgeschlossen wurden 111 Tarifverträge, davon 80 ohne Kampf, während 31 das Ergebnis von Kämpfen bildeten. Ihr Geltungsbereich umfaßte zusammen 1006 Orte mit 1130 Betrieben und 7142 Zimmerern. Am Schluß des Jahres 1912 bestanden somit 697 Tarifverträge für 12.806 Orte mit 9684 Betrieben und 73.527 Zimmerern; davon 56.268 Verbandsmittelglieder. Von den 697 Tarifverträgen kommen am 31. März d. J. zum Ablauf 626. Ihr Geltungsbereich umfaßt 12.544 Orte mit 9250 Betrieben und 70.982 Zimmerern; davon 54.324 Verbandsmittelglieder. An der diesjährigen Tarifbewegung sind demnach unter Zugrundelegung der Mitgliederzahl 87,65 Proz. der Gesamtmitgliedschaft beteiligt und 96,57 Proz. aller überhaupt unter Tarifvertrag stehenden Verbandsmitglieder. Daraus ergibt sich zur Genüge, daß der Zimmererverband an dem Ausgang der Bewegung in außerordentlich starkem Maße interessiert ist.

Nun seien bekanntlich die Unternehmer ihre bislang völlig ablehnende Haltung in der Hauptsache auf die ungünstige Konjunktur und die schlechten Aussichten für das Baujahr 1913. Ihre Informationen hierüber sind geschöpft aus einer durch den Unternehmerverband bei seinen Ortsverbänden gehaltenen Umfrage. Bei dieser Art der Information mußte ein Ergebnis herauskommen, wie man es wünschte, das aber für eine Beurteilung der Bauaussichten vollkommen wertlos ist. Wirklich zutreffende Anhaltspunkte hierüber lassen sich zur Zeit auch kaum gewinnen. Genaue Feststellungen über die letzten fünf Jahre besitzt der Zimmererverband und zwar auf Grund der von ihm ausgehenden Arbeitslosenunterstützung. Es entfielen im Jahre 1908 auf jedes Verbandsmitglied 8,29 unterstützte Arbeitslosentage, im Jahre 1909 9,80, im Jahre 1910 5,10, im Jahre 1911 7,99 und im Jahre 1912 7,30 Tage. Die pro Mitglied aufgewendete Unterstützung betrug im Jahre 1908 9,26 M., im Jahre 1909 10,91 M., im Jahre 1910 6,80 M., im Jahre 1911 7,99 M. und im Jahre 1912 10,83 M. Aus diesen Zahlen irgendwelche Schlüsse für das Baujahr 1913 zu ziehen, ist natürlich nicht angängig. Hätte man beispielsweise aus dem Jahre 1909, das, wie die angeführten Zahlen ergeben, das allerungünstigste war, auf das Jahr 1910 schließen wollen, man wäre sicher zu einem Trugschluß gelangt. Das gleiche müßte geschehen, wollte man das Jahr 1912 entscheidend sein lassen für eine Beurteilung der Bauzeitung 1913. Die Methode der Unternehmer aber, allein auf völlig unbegründete Vermutungen hin, die man sich teils gar nur vortäuscht, ein Urteil zu fällen, müßte als fribal bezeichnet werden.

Eins ist sicher: Eine Aussperrung — wenn der Unternehmerverband eine solche herbeizuführen beabsichtigt — trifft den Zimmererverband heute weit besser vorbereitet als im Jahre 1910. Damals trat er in die Aussperrung ein mit einem Vermögen in der Zentralkasse und in den Zahlstellen von zusammen 1.430.744 Mark. Heute verfügt er über ein Vermögen, das mehr als dreimal so groß ist. Hinzu kommt ferner, daß die Aussperrung von 1910 gewissermaßen den ersten allgemeinen Kampf im Baugewerbe bildete, zu dessen wirksamer Führung es begreiflicherweise an Erfahrungen mangelte. Das ist heute anders. Für den Zimmererverband wie auch für die übrigen in Frage kommenden Verbände ist die Aussperrung 1910 sehr lehrreich gewesen; die aus ihr gewonnenen Erfahrungen werden bei einer nochmaligen Aussperrung — selbst wenn diese auf einer viel breiteren Grundlage erfolgen sollte — sicherlich die beste Verwendung finden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn über Treppen — Fahrstuhl — wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Annoncenentgeltung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen ergehe man in der Sprechstunde vor.

- 3. 23. 21. Fordern Sie vom Herr. am besten durch eingeschriebenen Brief, Abhilfe binnen vierzehn Tagen und drohen Sie ihm, daß Sie nach Ablauf der Frist Klage auf Vertragsauflösung erheben werden. Eine solche Klage erheben Sie durchzuführen, sofern Sie die nötige Rubelzahlung berechnen können. — 2. 2. 100. 1. Das können Sie tun. 2. Es empfiehlt sich, nachdem Sie die Kinder zurückgeholt haben, dem Vormundschaftsgericht Mitteilung zu machen. — 3. 8. 1. Gehörig ja. 2. Mindestens 200 Beitragswochen. — 4. 1. Sie können einen Notar damit beauftragen, die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. 2. Beides nicht erforderlich. — 6. 10. Die Ansprüche sind nachzuweisen, verjährte sind diejenigen Forderungen, die länger als 4 Jahre zurückliegen. — 8. 100. Ja. — 11. 14. Scheidungsgründe liegen nach Ihrer Darstellung nicht vor. Für die Zeit der Minderjährigkeit ist Ihre Sohn auch zum Unterhalt der Frau verpflichtet. — 12. 1. In 1. und 2. kein 3. Geburtsurkunde und Willschloß des Namens. 4. Ja, sofern das Mädchen noch nicht 21 Jahre alt ist. 5. Ja. — Genossen 361. 1. Nein. 2. Nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres. 3. Mit Vollendung des nächsten Lebensjahres befristete, mit Vollendung des abgehenden Lebensjahres unbeschränkte Erbschaft. — 11. 100. Ja. — 11. 687. 1. Das Zeugnis kann erst bei Beendigung der Lehrzeit gefordert werden. 2. U. G. ja, und zwar während der letzten 14 Tage an etwa 2 Tagen der Woche etwa 2 Stunden. — 12. 9. 1. und 2. Nein, sofern die Ehe nach dem 11. 12. 99. geschlossen ist. 3. Eventuell Chrenzweig zu notariellen oder gerichtlichen Protokoll. — 6. 17. Sie sind nur dann von der Haftpflicht befreit, wenn mit dem neuen Erwerber ein neuer Mietvertrag geschlossen ist, ohne daß Sie Kenntnis erlangt haben und Ihnen gegenüber Ansprüche vorbehalten sind. — 6. 7. 63. Nur dann und soweit Einkünfte aus dem Grundstück mit Veranlagt werden. — 2. 2. 1000. Das hängt von dem Willen des Vaters ab. — Thüringen 1884. Die Segnung auf den Wählzettel ist zulässig. — Angelt. Das Gesetz befragt darüber nichts. Fragen Sie beim zuständigen Amtsvorsteher bezw. Landrat an. — 2. 100. Das Alter spielt in dem Falle keine Rolle. Ist der junge Mann in Berlin oder den Vororten tätig, dann halten wir eine Einbürgerung in der untersten Stufenstufe im Betrage von 6 Mark für zulässig. Der Betreffende soll reklamieren. — 2. 100. 1. Reklamieren Sie, die Veranlagung ist zu Unrecht erfolgt. 2. Ja. — 3. 1913. 1. Ja. 2. und 3. Eine erschöpfende Auskunft darüber läßt sich nicht geben, da einschlägige Bestimmungen nicht existieren. Es ist ratsam, sich vorher mit Personen, die in dem Orte wohnen, in dem die Überführung stattfinden soll, in Verbindung zu setzen. Die Mindestdauer, während welcher der Wohnort unterhalten sein muß, beträgt 15 Tage. Es müssen auch zwei Zeugen gestellt werden, die eventuell unter Eid berichten können, daß ihnen keine Hindernisgründe bekannt sind. — 11. 7. 71. Abgeltung ist in der Regel nicht abgängig. Dagegen können Sie den Beitrag zur Pflicht für den. Bei zwei Kindern haben Sie Anspruch auf Ermäßigung um eine Stufe. — 11. 100. Es genügt 20 Mark als Mindestzahl. Beim Umwandel ist der Beamte auf die Notwendigkeit der Namensänderung aufmerksam zu machen. — 11. 27. 1. und 2. Wenden Sie sich zunächst an den Vollstreckenden der Erlaßkommunikation mit dem Antrag auf Erteilung der Erlaßkommunikation und demnach an das Vollgericht auf Erteilung des Erlaßkommunikations. 3. Hierüber gibt am besten Rat die Auskunftsstelle der im Ausland lebenden Sozialdemokraten deutscher Sprache: Joseph Schreyer, Sekretär, 11 Bd. d'Anglais, Quai des Saules (E. u. C.), France. — 6. 24. 1. Unrechtes Erbschaft ja. 2. Um den Anwalt von Ihrer Verpflichtung zu befreien, richten Sie eine Anfrage an die Auskunftsstelle des Rentenversicherungsamtes in Wilmersdorf, Hobenzollernstr. 20. 3. Die erhaltene Auskunft mit der Versicherungsart übergeben Sie alsbald dem Anwalt. — 6. 12. 1. Ja. 2. Das ist gleichgültig. Sie haben ein Recht, die Karte jederzeit herauszufordern. 3. u. 4. Die Karte müssen Sie beifügen. Sie können sofortige Ausstellung verlangen. — 11. 100. 1. Ja, sofern nicht Anfechtungsgründe vorliegen sind. 2. 3. u. 4. Ja. 5. Nicht notwendig. 6. Nach Beitragszahlung. 7. Der Gläubiger würde wahrscheinlich mit einer Beitragsanfechtung nachzugehen. — 11. 77. Die Haushaltungsverhältnisse gehören der Witwe. Der Schwiegervater hat keinen Anspruch an denselben. — 11. 11. 1. Ja. 2. Nein. 3. u. 4. Es erhebt in den nächsten Tagen über die Frage eine Abhandlung im „Vorwärts“. — 6. 26. Um die infolge einer Krankheit drohende Invalidität eines Verheirateten oder einer Witwe abzumehren, kann die Versicherungskasse ein Heilverfahren einleiten. — 6. 65. Räder. — 11. 36. Das wäre möglich, ist aber nicht wahrscheinlich.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Verbreitung des Manifestes der französischen und deutschen Sozialdemokratie gegen das wahnwitzige, kriegerische Betragen findet am

Sonntag, den 16. März,

statt.

Wir erfordern die Parteigenossen und Genossinnen, frühzeitig zur Stelle zu sein, um zu ihrem Teil dem die Völker Europas erdrückenden Militarismus entgegen zu wirken.

Der Aktionsausschuss.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Die nächste Stunde des Kursus „Redebungen“ findet Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Wirtich statt. Am Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Wirtich, Hermannstr. 49: Märzfeier, bestehend in Chorbesang (Kammerchor Neukölln), Festrede und Rezitationen. Der Eintritt ist frei, doch bitten wir, zwecks Kontrolle, das Mitgliedsbuch vorzuzeigen.

Sonntag, den 16. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Neuköllner Theater, Bergstr. 147: Theatervorstellung. Zur Aufführung gelangt: Madame Sans-Gêne, Lustspiel in vier Akten von Victorien Sardou. Billetts a 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch zu haben: in den Parteispeditionen Redarstr. 3 und Siegfriedstr. 28 und bei den Genossen Pfeiffer, Hermannstr. 49, Gemmeder, Kaiser-Friedrich-Str. 232/233, Meier Adolf, Richter, Prinz-Handjery-Str. 3, und Karl Richter, Raßlower Str. 7/8 Ede Weisestraße.

Dahlemburg bei Jossen. Am Sonnabend, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von F. Wiese: Generalversammlung. Vortrag des Genossen Grogger über: „Programm und Ziele der Sozialdemokratie“. Bericht von der Kreisgeneralversammlung, Bericht des Vorstandes und der Redatoren und Neuwahl des Gesamtvorstandes.

Vorhagen-Wittenau. Die Mitglieder des Wahlvereins wollen bis zum 23. März ihre Mitgliedsbücher in Ordnung bringen. Bibliotheksbücher sind gleichfalls bis zu diesem Datum in der Bibliothek abzugeben.

Hermsdorf und Bezirk Coblau. Am Sonntag, den 16. März, nachmittags 5 Uhr, im Lokal Rabe in Coblau: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung u. a.: Bericht von der Kreisgeneralversammlung, die Landtagswahl.

Waldmannslust und Ullend. Sonntag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Hohen-Neuendorf bei Wesslin am Bahnhof Stolpe. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hermann Nolkenburger: „Der Nahrungswirtschaft, seine Ursachen und Wirkungen“. Beschlußfassung über unsere diesjährige Parteifeier. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Bei schönem Wetter treffen sich die Genossen von Waldmannslust und Hermisdorf am Sonntag, den 16. März in Hermisdorf, Ede Waldsee- und Berliner Straße, nachmittags Punkt 3 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten erledigte die zahlreichen zum Teil rückständigen Vorlagen im Geschwindigkeitsverfahren. Von besonderer Bedeutung war der Bericht, der über die Ausschussberatung gegeben wurde und der sich auf den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge bezog. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Antrag gestellt, die Stadtgemeinde möge mit den Organisationen der städtischen Arbeiter zwecks Abschluß von Tarifverträgen in Verbindung treten. Dieser Antrag war vom Ausschusse abgelehnt worden. Genosse Sassenbach legte dar, daß die Ablehnungsgründe sehr fadenförmig seien. Tarifverträge sollen nach der Mehrheitsansicht nur für die Privatindustrie nützlich sein, für die Gemeinde eigneten sie sich nicht. Was bedeute der Abschluß von Tarifverträgen! Doch lediglich nur, daß die Lohnfestsetzungen nicht einseitig geschähen, sondern unter Mitwirkung beider Teile, der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. Früher oder später würde die Stadtgemeinde doch den vorgeschlagenen Weg beschreiten müssen.

Herr Galland als Grundbesitzerschützer, wollte von Tarifverträgen zwischen Stadtgemeinde und Arbeiterorganisationen so wenig wissen wie Herr Bruns, der Holzindustrielle. Der sozialdemokratische Antrag wurde hierauf entsprechend dem Ausschussantrage abgelehnt; er wird wiederkommen.

Vorher wurde die Wahl des Stadtmedizinalrates vollzogen. Gewählt wurde zu dem wichtigen Posten der Geheimrat Dr. Weber, der bisher im kaiserlichen Gesundheitsamt wirkte und durch seine Tätigkeit auf vielen Ausstellungen, u. a. auch der in Dresden, weiteren Kreisen bekannt geworden ist.

Gegen die Berliner Biersteuer!

Der Verein der Brauereien Berlins und die ihm nicht angehörenden Brauereien und Biergroßhandlungen haben sich in ausführlicher Eingabe an die Minister des Innern und der Finanzen sowie an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gewendet und darum gebeten, der von der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 6. März gutgeheißenen Biersteuerordnung die Genehmigung zu verweigern, da sie in mehreren Bestimmungen gesetzlich ungültig und überhaupt praktisch vollkommen undurchführbar ist.

Hundesperrung und Eisenbahn. Ueber das infolge der Hundesperrung von der Eisenbahnverwaltung beobachtete Verfahren herrscht, wie zahlreiche Anfragen und Beschwerden beweisen, in den Kreisen des beteiligten Publikums große Unklarheit. An zuständiger Stelle wird zu dieser Frage folgendes mitgeteilt: Die Beförderung von Hunden und Katzen innerhalb des Sperrbezirks unterliegt keiner Beschränkung. Bei beachtlicher Ausfuhr solcher Tiere über die Grenzen des Sperrbezirks hinaus war bisher die ortspolizeiliche Genehmigung erforderlich, welche nur nach vorausgegangener tierärztlicher Untersuchung erteilt wurde. Kurch bei Vorlegung einer solchen Bescheinigung der Polizeibehörde wurden an den Fahrkartenschaltern der Eisenbahn Hundekarten verabfolgt. Diese Vorkaufsart ist auf Veranlassung der Staatsbahnverwaltung dahin abgemildert worden, daß von der Vorlegung einer polizeilichen Genehmigung in den Fällen abgesehen werden soll, in welchen der Reisende erklärt, daß es sich nur um einen Ausflug handelt (nicht um die Ueberschreitung des Sperrbezirks zu dauerndem oder längerem Aufenthalt nach einem anderen Orte). Auch in solchen Fällen, d. h. bei Ausflügen,

werden also die Hundekarten von den Schalterbeamten ohne weiteres verabfolgt.

Von der Straßenbahn. Die Große Berliner Straßenbahn läßt während der Hauptverkehrszeiten eine Einspinnlinie auf der Linie 12 zwischen der Ede-Turm- und Reußestraße und dem Dönhofsplatz verkehren. Diese Einspinnlinie wird vom 15. März an nicht mehr durch die Turmstraße, sondern durch die Reußestraße und die Straße Nr. 180 abgeführt. Sie wird auf diesem Wege unter der Nummer 18E betrieben.

Der Vof als Gärtner.

Fortgesetzte Diebstähle auf der Rennbahn zu Karlshorst hat die dortige Polizei unter der Leitung ihres neuen Kriminalkommissars aufgeklärt. Aus den Restaurations- und Klubräumen, aus den Fürstenterrassen und den Logen und aus anderen Räumen verschwanden schon seit einer Reihe von Jahren von Zeit zu Zeit allerhand Sachen, die zum Teil sehr wertvoll waren: goldene Festketten mit Widmungen, Bowlen, Taschen und Zeller, Tischdecken und andere Dinge, Sattelzeug und Sporen und dergl. mehr. Man dachte lange Zeit an Rennbahnbesucher als Täter, zumal da die Diebstähle in der Regel kurz nach Ablauf der Rennen eintrefften. Alle Beobachtungen und Nachforschungen nach dieser Richtung blieben jedoch erfolglos, unter dem Publikum wurde kein Dieb entdeckt. Ein größerer Diebstahl, der neuerdings wieder verübt wurde, lenkte die Aufmerksamkeit der Polizei auf den Wächter Geblert aus Lichtenberg, dessen Obhut alle die bezeichneten Räume seit vielen Jahren anvertraut waren. Der Verdacht gegen den Wächter, der volles Vertrauen genoß, erwies sich denn auch als berechtigt. Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte eine ganze Menge Sachen zutage, die erst in der letzten Zeit gestohlen worden waren. Ins Gebet genommen, räumte denn auch Geblert angesichts der Entdeckung in seiner Behausung ein, daß er die ganze Zeit über das in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht und fortgesetzt gestohlen hatte. Seine ständigen Abnehmer waren Gastwirte in Berlin und Lichtenberg. Der ungetreue Wächter wurde festgenommen und hinter Schloß und Riegel gebracht, gegen seine Abnehmer wurde ein Verfahren wegen Hehlerei eingeleitet.

Von einer umfallenden Mauer erschlagen

wurde gestern vormittag ein Arbeiter Schneider auf dem Tempelhofer Felde. Vier wird die alte Schärelei abgebrochen. Gestern morgen standen nur noch die Umfassungsmauern. Diese wurden durch Untergraben gestürzt. Die Arbeiten waren um 1/2 Uhr so weit vorgeschritten, daß die erste Mauer jeden Augenblick fallen konnte. Schneider, der erst gestern früh bei dem Abbruch angefangen hatte, stand noch in der Nähe und sprang nicht gleich weg, als ihm seine Arbeitsgenossen warnend zuriefen. Da stürzte plötzlich die Mauer zusammen und begrub ihn unter ihrer Last. Der Unglückliche war bereits tot, als man ihn unter den Trümmern hervorholte.

Verhaftet worden ist die Expedientin Hedwig Müller unter dem schweren Verdacht, ihren Bräutigam durch zwei Revolvergeschüsse getötet zu haben. Wir hatten kürzlich gemeldet, daß im Tiergarten ein junger Mann namens Reimann erschossen aufgefunden wurde, während die Hedwig Müller unverfehrt geblieben war, aber angeblich von Reimann, mit dem sie in den Tod gehen wollte, angeschossen, aber nur gestreift worden sei. Jetzt soll die Obduktion ergeben haben, daß Reimann die beiden Schüsse nicht selbst auf sich abgegeben haben kann. Ob diese Annahme wirklich zutrifft, muß abgewartet werden.

Furcht vor Erblindung hat die 46 Jahre alte Rentiere Helene Lertzsch aus der Rantewasserstr. 35 in den Tod getrieben. Sie sprang vor dem Hause Rotbuhler Ufer 29/40 in den Landwehkanal und ertrank, bevor man sie retten konnte. — Im Verfolgungswahnsinn ins Wasser gegangen ist der 29 Jahre alte Hausdiener Paul Herberg aus der Prenzlauer Straße 38, der seit ungefähr einem Vierteljahr vermisst und gestern an der Schleuseninsel im Tiergarten als Leiche wiedergefunden wurde.

Die hundertste Verkaufsstelle

eröffnet heute die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend in der Franzbäckerstr. 3. Mit der Eröffnung ist ein gemächliches Beisammensein verbunden, welches abends 8 Uhr, in den Phorus-Sälen stattfindet. Dieses Jubiläum der Genossenschaft fällt zusammen mit der Veröffentlichung ihres Berichts für den Monat Februar.

Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Umsatz 1 304 960,36 M. betrug. Das ist gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ein Mehr von 367 016,42 M. Außer diesem in den Verkaufsstellen erzielten Umsatz ist in den Filialerläden der Genossenschaft für 455 225 M. ausländisches Fleisch verkauft worden. Der Umsatz im Februar läßt erneut erkennen, daß die Konsumgenossenschaft im laufenden Geschäftsjahr einen Umsatz von über 15 Millionen erreichen wird.

Die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaft entwickelt sich gleich erfreulich: ist doch in der Bäckerei im Februar ein Umsatz von 254 481,17 M. erzielt worden. Davon entfielen 21 349 M. auf den Konditoreibetrieb. Mit Beginn des jetzigen Monats hat die Genossenschaft auch die Fabrikation von Zwieback selbst in die Hand genommen, so daß in Zukunft Zwieback nicht mehr von Privatfirmen bezogen werden braucht, sondern der Bedarf in der eigenen Anlage hergestellt wird.

In der Seltersfabrik wurden 29 040 Flaschen Selter und Branslimonaden hergestellt gegen 17 466 Flaschen im gleichen Monat des vorigen Jahres.

Der Umsatz in Kaffee Hag von 39 500 Pfund im Februar 1912 auf 58 375 Pfund im Februar 1913.

Die Sparkasse hat einen Bestand von über 3 Millionen erreicht. Durch die Ueberweisung der Spargelder an die Konsumgenossenschaft bringen die Mitglieder immer mehr zum Ausdruck, daß sie von der Solidität ihres Unternehmens vollkommen überzeugt sind und ihre Gelder nicht besser aufbewahrt finden als in der Konsum-Genossenschaft. Diese Sparkasse erfüllen damit aber auch schließlich eine hohe genossenschaftliche Pflicht, indem sie ihrem eigenen Unternehmen auf diese Weise billiges Geld zur Inbetriebnahme von neuen Produktivverhältnissen beschaffen. Zur Zeit wird draußen in Lichtenberg fleißig gearbeitet an dem Neubau der Bäckerei, die nach Fertigstellung einen Jahresumsatz von 3 Millionen bewältigen soll. Bis September soll diese Bäckerei betriebsfertig sein, und ist dann die Möglichkeit geschaffen, einen Jahresbedarf von 6 Millionen an Brot und Backwaren zu bewältigen.

Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaft stieg um 2787 und beträgt nunmehr 73 188.

Wir wollen ferner noch darauf hinweisen, daß am 6., 13. und 20. April allgemeine Besichtigungen der Betriebsanlagen stattfinden, und können unseren Lesern nur empfehlen, den Sonntag, der für ihren Wohnbezirk in Betracht kommt, zu benutzen, um die Betriebsanlagen in Augenschein zu nehmen.

Dachstuhlbrand im Norden Berlins. Gestern früh gegen 3 Uhr wurde die Feuerwehrröhre nach der Jasmunder Str. 8 im Norden Berlins gerufen, wo der Dachstuhl des Hauses in Brand geraten war. Die Löscharbeiten wurden sofort einen umfassenden Löscharbeit, und es gelang den Löschmannschaften, das Feuer in verhältnismäßig kurzer Zeit zu unterdrücken. Ein Teil des Dachstuhls wurde allerdings vollständig zerstört. Die Aufbaumensarbeiten nahmen eine Stunde in Anspruch. Ueber die Ursache des Brandes konnte nichts ermittelt werden.

Der Gesangsverein „Liberté“ (M. d. D. A. S. B.) veranstaltet am Sonntag, den 16. März 1913 (Palmsonntag), abends 7 Uhr, im Konzerthaus der „Neuen Welt“ (Hafenstraße), ein Frühjahrs-Konzert. Mitwirkende: Frau Margarethe Brieger-Palm (M),

Herr Eugen Brieger (Bariton). Am Flügel: Herr Joseph Einlaß 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Vorort-Nachrichten.

110 Prozent Gemeindesteueraufschlag.

Einen für die Finanzpolitik Groß-Berlins bedeutungsvollen Beschluß faßte am Mittwochsabend die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung. Als erstes der Groß-Berliner Gemeindeparlamente hat sie auf Antrag des Etatsausschusses beschloffen, für das Steuerjahr 1913 110 Prozent kommunalsteuerausschlag zu erheben. Der sozialdemokratische Redner Genosse Bernstein betonte hierzu, daß es ihm sowie seinen Fraktionsgenossen gerade nicht leicht geworden sei, dieser Erhöhung die Zustimmung zu geben. Im Interesse einer gesunden Finanzpolitik müsse dieser Schritt jedoch getan werden. Schöneberg unternehme damit nur etwas, was alle anderen Kommunen Groß-Berlins schon längst hätten tun müssen. Die an eine Erhöhung des kommunalen Zuschlags geknüpfte Befürchtung, daß eine erhebliche Zahl Mieter den Ort verlassen würden, sei sinnlos. Für die Wahl der Wohnung seien andere Verhältnisse maßgebend als eine so geringfügige Steuererhöhung. Städte, die nur um an dem bisherigen Steuerfuß festzuhalten, alle sozialen Aufgaben vernachlässigten, trieben eine Finanzpolitik, die den Manipulationen eines jeden Moment vom Staatsanwalt gefassten Geschäftsmannes gleiche. Die geringe Erhöhung sei als nichts anderes als eine Reform zu betrachten, durch die die Gemeinde in die Lage versetzt werden solle, ihre sozialen Pflichten zu erfüllen.

Der vom Etatsausschusse befürwortete und von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommene Antrag die Festsetzung des Steuerfußes betreffend verlangt außerdem: 196,71 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, umzuliegen nach der Steuerordnung vom Juni 1912 und einem Nachtrage mit a) 3 Prozent vom gemeinen Werte der bebauten Grundstücke, b) 6 Prozent vom gemeinen Werte der unbebauten Grundstücke, c) 5,5 Prozent Zuschlag vom gemeinen Werte der unbebauten Grundstücke am Stadtpark bis zu einer Entfernung von 100 Metern von den Grenzen des Parks, d) 5 Prozent Zuschlag vom gemeinen Werte der unbebauten Grundstücke am Stadtpark in einer Entfernung von mehr als 100 bis zu 400 Metern von den Grenzen des Parks, e) 4 Prozent Zuschlag vom gemeinen Werte der unbebauten Grundstücke von mehr als 400 bis zu 500 Metern von den Grenzen des Parks, f) 3 Prozent Zuschlag von mehr als 500 bis zu 700 Metern von den Grenzen des Stadtparks. Der Zuschlag zu e bis f wird nicht erhoben von den Grundstücken, die für den öffentlichen Verkehr freigelegt sind oder die als Hausgärten benutzt werden.

141,77 Prozent, der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer, umzuliegen mit a) 165 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer in Klasse I; b) 150 Prozent in Klasse II und III, c) 100 Prozent in Klasse IV. Die zur Erhebung gelangenden Realsteuern, Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer, sind 187,03 Prozent der staatlich veranlagten Höhe. Betriebssteuer. a) die Betriebssteuer des Stadtkreises und b) 50 Prozent Gemeindesteueraufschlag. Die Gesamteinkommen von nicht mehr als 900 M. werden nicht herangezogen. Ebenfalls ist der Beschluß als erledigt anzusehen, mit den Gemeinden Groß-Berlins in Verhandlungen zu treten in Sachen der kommunalen Zuschläge.

Von den übrigen Beratungsgegenständen sei ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion erwähnt, der für die Unterbeamten günstigere Beförderungsverhältnisse und die Unterbreitung einer entsprechenden Vorlage verlangt. Die freie Fraktion legte sich für die Militäramwärter ins Zeug. Unsere Genossen Bernstein und Kater betonten die Pflicht der Gemeinde, für die schon seit langer Zeit tätigen Zivilamwärter zu sorgen. Abdann wurde ein mit dem Elektrizitätswerk „Schöneberg“ geschlossener Vertrag angenommen. Der Vertrag läuft bis 1928 und soll bis 1930 verlängert werden. Die Stadt erhält für 3 Millionen Mark Aktien zum Selbstkostenpreis. Die neuen Aktien ergeben eine Dividende von 12,5 Prozent, also 375 000 M. jährlich. Sollte die Dividende niedriger sein, so ist die Gesellschaft verpflichtet, die Differenz zu tragen. Ferner verpflichtet sich die Gesellschaft, zu einem Pauschalpreis die Abgabe elektrischen Stromes für Kleinwohnungen von einem bis höchstens drei Zimmern und Küche einzuführen. Ebenfalls übernimmt die Gesellschaft das frühere Drudenmüllerei Gelände zum Preise von 1350 M. für die Quadratrate; außerdem erhält die Stadt eine einmalige Vergütung von drei Millionen Mark. Mit der Annahme dieses Angebots wird die Stadt zu einem Drittel Mitbesitzerin des Werkes. Die Stadtverordneten nahmen dieses Angebot mit großer Mehrheit an. Von der Hausbesitzergruppe stimmten vier dagegen.

Angenommen wurde ein Vertrag mit dem Abfuhrunternehmer Knauer, dem infolge des Uebergangs zur Eigenregie in der Straßenreinigung statt 125 000 M. nur noch 63 000 M. gezahlt werden, und auch diese Summe wird erheblich gekürzt, sobald die elektrischen Abfuhrwagen eintreffen.

Zur Förderung der Kanalisation zucht forderte der Magistrat 2000 M., weil bisher 12 Parzellen nicht bebaut werden konnten, da die ausgeworfenen Mittel nur für 20 Ställe reichten. Die Ställe sowie das Düngematerial gehen in Eigentum der Stadt über. Dem wurde zugestimmt. — Für die Regulierung des Spielplatzes in der Rubensstraße wurden 5500 M. beantragt. Stadtv. Linicus erhob dagegen Einspruch und meinte, der Antrag sei nicht formgerecht. Nach Aenderung des Antrags wurde derselbe einstimmig angenommen.

Neukölln.

Das Umwohnbezirksverzeichnis sowie das alphabetische Straßenverzeichnis soll einem Beschluß der letzten Magistratsitzung zufolge durch Druck vervielfältigt und an die hiesigen Bürger zur Vorbereitung der Wahl unentgeltlich abgegeben werden. Sodann nahm der Magistrat von der Bilanz der städtischen Hypothekenanstalt für das Jahr 1912 Kenntnis und beschloß, den Gewinn der Anstalt im Betrage von 6812,04 M. zur Hälfte dem Reservefonds der Hypothekenanstalt und zur Hälfte dem Räumereisfonds zwecks späterer Verwendung für städtische Zwecke zu überweisen. — Im Einverständnis mit der Deputation für die höheren Lehranstalten beschloß der Magistrat: 1. Am 1. April 1913 wird in dem Gebäude der städtischen Realschule 7 hierseitig die Sexta einer neuen höheren Lehranstalt für Knaben errichtet, welche nach dem Lehrplan einer höheren Reformlehranstalt mit Latein eingerichtet werden soll. 2. Am 1. Oktober 1913 soll eine weitere Vorklassifikation an der Realschule nicht eingerichtet werden. Die vorhandenen Klassen werden nur noch bis zum Abschluß der Vorklassifikation ihrer Schüler fortgeführt. — Der Magistrat setzte das Schulgeld für den vom 1. Oktober d. J. ab an der Realschule zu erteilenden Handfertigkeitsunterricht für das Halbjahr wie folgt fest: a) für Pfortarbeiten 6 M. und b) für leichte Holzarbeiten 8 M. — Auf den Antrag der Arbeitnehmerbeiräte des Gewerbegerichts um Erhöhung der Entschädigung für Zeitverhältnis wurde beschloffen, diese Entschädi-

gung auf 6 M. zu erhöhen und bezüglich der Abänderung des Ortsstatuts das Weitere zu veranlassen.

Eine Neuregelung des russischen Fleischverkaufs ist nunmehr nach längeren Verhandlungen getroffen worden. Von jetzt ab ist der Fleischverkauf der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung übertragen, die in besonders hierfür gemieteten Läden das Fleisch an jedermann abgibt.

Der Verkauf findet an folgenden Stellen statt: Kaiser-Friedrich-Str. 9, Erlanger Straße 15, Herxbergstraße 82/83, Laubestr. 18 und Schierkestr. 35.

Die werktätige Bevölkerung Kaulöfens wird nunmehr ersucht, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen.

Charlottenburg.

Am Montag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus die Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugendheim Charlottenburg statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Jugendheimleiters über die Volksgesinnung gegen das Jugendheim. 3. Anträge der Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen erlucht.

Sanktitz.

In der letzten Gemeindevorversammlung wurde der Schöffe Franz Lüdke mit 11 von 13 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. In den Kanalisationszweckverband Sanktitz-Mariensfelde wurden der Schöffe Lüdke und die Gemeindevorsetzer Hildebrandt und Krohn, als Stellvertreter die Gemeindevorsetzer Herrsen, Lüdke und Dr. Sauer gewählt. Alsdann wurde die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises beschlossen und dafür 500 M. zur Verfügung gestellt. Genosse Radtke verlangte, daß die Errichtung des Arbeitsnachweises einer Kommission überwiesen werde, welche gleichzeitig eine Vorlage für die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung mit ausarbeiten solle. Dafür war jedoch weder der Gemeindevorsetzer, noch einer der bürgerlichen Vertreter zu haben. Herr Fortmann, ein Erbhälter der ersten Klasse, behauptete sogar, daß 75 Prozent der Arbeitslosen nicht arbeitslos wären, wenn sie nur aus Land gehen würden, wo immer Arbeit vorhanden sei. Genosse Radtke wies diese Ausführungen energig zurück. Dem gelehrten arbeitslosen Handwerker, welcher vier Jahre Lehrzeit durchgemacht habe, könne man nicht zumuten, sich als Landarbeiter zu verbinden. Die Umwandlung einer Wäcker- in eine Vollzeitergänzungsstelle wurde von der Mehrheit beschlossen, trotzdem am erst in vorletzter Sitzung die Wäckerstelle eingerichtet hatte, da die Bezirke für die drei vorhandenen Wäcker viel zu groß sind. Die im vorigen Jahre vorgenommene Wahl zur Gemeindevorstellung der dritten Klasse wurde vom Kreisaußschuß für ungültig erklärt. Als Gründe wurden angegeben, daß die Wahlzeit von 11-1 und von 3-9 Uhr angelegt gewesen sei, eine solche Unterbrechung der Wahlzeit sei jedoch unzulässig. Auch die Ergänzung des Wahlvorstandes durch einen anderen Weisiger wurde als Grund der Ungültigkeitserklärung anerkannt.

Oberröhenweide. Gemeindevorversammlung. Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung der in der Erstwahl vom 16. Februar gewählten Genossen Schwarzbürger und Rissan, nachdem vorher die Gültigkeit der Wahlen ausgesprochen war. Vom Vorleser wurde der Wortlaut eines Schreibens bekanntgegeben, welches der Schöffe Radtke wegen der gegen ihn gerichteten Beschuldigung, bei der Kreisstadtsabgeordnetenwahl für einen Sozialdemokraten gestimmt zu haben, an den Landrat gerichtet hat. Von dem Wählerorchestrier ist die Anregung betreffs Veranstaltung eines Volks-Symphonie-Konzertes ergangen. Schöffe Herwig hält die Bevölkerung des Ortes für zu wenig musikalisch und plädierte deshalb für Ablehnung. Die Vertretung beschloß, von dem Anerbieten Gebrauch zu machen und bewilligte für diesen Zweck einen Zuschuß bis zur Höhe von 200 M. Das Konzert soll an einem Sonntag im April nachmittags stattfinden und dafür ein Eintrittsgeld von 30 Pf. erhoben werden. Die Vorlagen betreffend anderweitiger Regelung des Armenwesens und eines Abkommens betreffs Beheizung von Tierlaboren fanden Zustimmung. In geheimer Sitzung wurde neben diversen Angelegenheiten noch beschlossen, die Stelle eines Berufsvormundes auszufüllen.

Behlendorf (Wannseebahn).

Einen Bildwettbewerb hat das Gewerkschaftskomitee am Sonntag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Riel, Marktstr. 12, veranstaltet. Genosse Ludwig Steinberg wird das Thema behandeln: "Wie die deutschen Gärtner wohnen!" Die Arbeiterschaft wird um den Besuch des Vortragsabends gebeten.

Pankow.

Die Gemeindevorstellung hatte sich am Dienstag zunächst als Amtsausschuß mit dem Erlaß einer Polizeiverordnung über Herstellung und Betrieb von Grundstücksentwässerungen und Verhütung der Verunreinigung der Abwasserleitung zu beschäftigen. Es handelte sich darum, auf diesem Gebiet einheitliche Verhältnisse mit Groß-Berlin herbeizuführen, und des weiteren die teilweise noch in die Schmutzwasserkanalisation entwässernden Grundbesitzer zum Anschluß an die von der Gemeinde unter Aufwendung erheblicher Mittel geschaffenen Regenwasserkanäle zu veranlassen. Da letzteres für die Grundbesitzer mit Kosten verknüpft ist, so wurde von bürgerlicher Seite das unermessliche Lamento über die Belastung des Grundbesitzes angestimmt und verlangt, vom Erlaß dieser Polizeiverordnung vorläufig abzusehen. Diesem Verlangen trat Bürgermeister Kuhn entgegen, und nach längerer Debatte stimmte die Vertretung dem Erlaß der Polizeiverordnung zu. Unter großer Spannung auf der überfüllten Tribüne wie auch im Sitzungssaal wurde nun in die Gemeindevorstellung eingetreten. Bildete doch den ersten Beratungsgegenstand die Entscheidung über das Schicksal der in letzter Sitzung an die Finanzkommission zurückverwiesene Luftballonsteuer. Versürworter wie Gegner dieser Steuer konnten zur Begründung ihrer Auffassung über diese Steuer natürlich wenig neues mehr vorbringen. Bürgermeister Kuhn versicherte wiederum, daß er kein Freund der Steuer sei; wenn aber keine anderen Vorschläge zur Verminderung eines noch höheren kommunalsteuerzuschlages als 100 Prozent gemacht werden könnten, verbleibe sie als einziger Ausweg. Die Steuer wird, wie Syndikus Müller darlegte, als

Willkür- und Pauschalsteuer erhoben. Sie ist gegen den ersten Entwurf wesentlich gemildert. Die Willkürsteuer beispielsweise sollte nach dem ersten Entwurf für jede gegen Eintrittsgeld erworbene Karte erhoben werden, und zwar bis 50 Pfennig 5 Pfennig und für jede weitere angefangene halbe Karte weitere 5 Pf. Im nunmehr vorliegenden Entwurf beginnt die Steuer erst bei einem Eintrittsgeld von mehr als 15 Pf. Es sollen dann erhoben werden: bei einem Eintrittsgeld von 15-25 Pf. 3 Pf., bei einem solchen von 25-50 Pf. 5 Pf. und für jede weitere angefangene halbe Karte weitere 5 Pf. Ebenso haben die Pauschalsteuer teilweise Ermäßigung erfahren. Auch der Begrenzungskreis der steuerpflichtigen Luftballonfahrten ist diesmal etwas enger gezogen und klar ausgedrückt, welche Veranstaltungen steuerfrei bleiben sollen. In der sehr eingehenden Debatte bekämpften die bürgerlichen Vertreter Ringel, Kaufmann und Hirte die Steuer. Herr Ringel schlug zur Erschließung neuer Geldquellen die Gründung einer Feuerzögler durch die Gemeinde sowie die Erhebung einer Kaffeesteuer vor. Seine Vorschläge fanden jedoch wenig Anklang. Außer den Gemeindevorstandsmitgliedern fand die Luftballonsteuer noch einen warmen Befürworter in Herrn Goldkötter. Genosse Kubig präziserte nochmals kurz und prägnant unseren ablehnenden Standpunkt. Nach dem Verlauf der Debatte blieb es noch im Zweifel, welchen Ausgang das Ringen nehmen würde. Die allgemeine Spannung löste sich erst, als die Abstimmung die Annahme der Luftballonsteuerordnung mit 13 gegen 12 Stimmen ergab. — Schon in der vorausgegangenen Sitzung hatte die Vertretung sich mit dem Beitritt zum Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen unter Beteiligung mit einem Jahresbeitrag von 100 M. beschäftigt. Trotz lebhafter Versürwortung durch den Gemeindevorstand und auch durch unsere Vertreter fürchteten die bürgerlichen Herrschaften eine Schädigung ihrer Grundbesitzerinteressen, wählten erst die Statuten des Vereins kennen lernen und verwiesen die Angelegenheit in die Finanzkommission zurück. Nachdem nun die Statuten vorlagen, wußten die Herren nichts Besseres zu tun, als den Beitritt abzulehnen — angeblich, weil ihnen die 100 M. eine zu hohe Ausgabe wäre, in Wahrheit aber aus Furcht, daß jener Verein durch Schaffung menschenwürdigerer Wohnungsverhältnisse auch für das Proletariat ihre Grundbesitzerinteressen einengen könnte. — Nach Erledigung einer Reihe weniger interessierender Angelegenheiten folgte der öffentlichen eine geheime Sitzung.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Mitgliedsliste. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Bahnhofs Lokal, Gadowstraße. Heute Freitag, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Rathaus. Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Brecke. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Das mysteriöse Luftschiff.

Wir haben wirklich keine Ursache mehr, über englische Luftballonfahrten zu spotten, denn auch in Preußen-Deutschland erleben wir die seltsamsten Visionen. In Schleien hat kürzlich ein Landrat den Aufschuß erlassen, ihm sofort Nachricht zu geben über ein geheimnisvolles Flugzeug, das sich schon fünfmal hatte sehen lassen, ohne daß festzustellen war, woher es kam der Fahrt und auch was sein Name und Art. Der Herr Landrat hatte deshalb angeordnet, daß das reglementwidrige Flugzeug bei der ersten Gelegenheit dingfest zu machen sei.

In Caputh bei Potsdam ist nun aber am Mittwochabend ein großer Luftballon gesehen worden, von dessen Existenz bisher man noch nichts wußte. In dieser Luftballon ist sogar explodiert und auf das Gelände herniedergestürzt, ohne daß von seinem sterblichen Resten bei der Nachschau irgend eine Spur zu entdecken gewesen wäre. Zwei am Felde arbeitende Frauen, die von früheren Fahrten der „Gansa“ her das Aussehen eines „Zeppelins“ sehr genau kannten und auch ihres Rufes wegen als „durchaus glaubwürdig“ betrachtet werden mußten, hatten deutlich wahrgenommen, wie ein Luftballon mit zwei Gondeln von dem Aussehen der „Gansa“ plötzlich in Brand geriet. Zuerst war die eine Gondel herabgestürzt, dann hatte sich unter Rauch und Flammen die zweite Gondel gelöst, und schließlich war der emporgeschossene Ballonkörper selbst in Brand geraten und löpflüber in die Tiefe gestürzt. Nicht nur diese beiden Frauen hatten das sensationelle Schauspiel beobachtet, sondern es fand sich später auch noch eine dritte Frau, die den Vorgang wortgetreu bestätigte.

Es fehlte nicht an frivolen Zweifelsäffigen, die das explodierte Luftschiff von vornherein in das Fabelreich verwiesen; immerhin darf man dem Ortsvorsteher von Caputh keinen Vorwurf daraus machen, daß er es angeht der bestimmten Versicherung der beiden Frauen für seine Pflicht hielt, sofort Feuerwehr und Gendarmen mobil zu machen und Feld und Wald nach dem Verbleib der Ballontrümmer absuchen zu lassen. Aber alle Forschungen blieben resultatlos, so daß man schließlich zu der Ueberzeugung gelangte, daß es sich bei der Beobachtung der Frauen wohl um eine optische Täuschung gehandelt habe. Diese Annahme wurde zur Gewißheit, als die Anfrage bei allen Luftschiffstationen ergab, daß keiner der vorhandenen Luftballons in Frage kommen könne und ebensowenig eine Flugmaschine vermist werde.

Da bei den Frauen unbedingt der gute Glaube angenommen werden muß und der Verdacht einer Halluzination ebenso fern liegt, hat man sich jetzt die Sache dadurch erklärt, daß die Frauen zwei Flieger gesehen haben, die um die betreffende Abendstunde über die fragliche Gegend hinwegflogen. Da es schon zu dunkeln begann, nimmt man an, daß die vom Rotor ausgeworfenen Funken für Flammen gehalten wurden. Und da eine der beiden Flugzeuge in ziemlich steilem Gleitflug landete, vermutet man, daß dieser niedergehende, Rauch und Funken spreizende Flugapparat als herabstürzende Luftschiffgondel angesehen wurde. — So wäre es für diesmal erfreulicherweise nichts mit der Luftschiff-

katastrophe gewesen, über die ein Teil der Presse bereits lange Sensationsartikel gebracht hatte.

Drei französische Ballonfahrer,

die am Montag in der Nähe von Soldin in der Neumark gelandet und den Bestimmungen gemäß von der dortigen Gendarmerie festgenommen waren, sind am Dienstagvormittag aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Es handelte sich um drei in Paris lebende Studenten, den Brasilianer Arthur Raaf, den Spanier Horatio Fernandez und den Franzosen Pierre Salmon, die an einer Freiballonfahrt in Vile teilgenommen hatten. Der Ballon, der von dem Brasilianer geführt wurde, war am Sonntagabend in dieser Stadt Nordfrankreichs aufgestiegen und am nächsten Morgen gegen 6 1/2 Uhr in der Nähe von Soldin glatt gelandet. Die drei Luftfahrer hatten eine ziemlich aufregende Fahrt hinter sich. Sie waren bei strammem Westwind in Vile aufgestiegen, gerieten unterwegs jedoch während der Nacht und gegen Morgen in so starken Nebel, daß eine Orientierung unmöglich wurde. Aus Mangel an Ballast mußten sie schließlich bei Soldin landen. Sie haben die circa 750 Kilometer lange Strecke mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 65 Kilometern pro Stunde zurückgelegt. Da die drei Luftfahrer weder photographische Aufnahmen gemacht, noch sonst Zeichnungen oder Skizzen in die Karten eingetragen hatten, erfolgte die Freilassung der drei Sisythen.

Kleine Notizen.

Großfeuer in Hamburg. In der Nacht zum Mittwoch brach in einem Holz- und Baumaterialienlager ein mit großer Gewalt um sich greifendes Großfeuer aus. Die Wandscheider Feuerwehr konnte das Feuer nicht Herr werden; sie beschränkte sich zunächst auf das Schützen der umliegenden Wohnhäuser. Nachdem die Hamburger Feuerwehr mit drei Löschzügen herbeigerufen war, konnte der Brand nach drei Stunden gelöscht werden. Der Schaden soll sich auf über 100 000 Mark belaufen und Brandstiftung vorliegen.

Attentat eines Irren auf einen Arzt. Auf den Leiter der Irrenanstalt des städtischen Krankenhauses Altona, Dr. Umbal, wurde von dem Zimmermann Gerles aus Hamburg, der seine in der Anstalt befindliche Frau besucht hatte, beim Verlassen des Gebäudes ein Schuß aus einem Revolver abgefeuert, der den Arzt glücklicherweise nur am Kopf streifte. Der Täter selbst ist erst kürzlich aus einer Irrenanstalt entlassen.

Der Schulmädchen bei einem Klassenausflug ertrunken. Auf einem Ausflug, den am Donnerstag eine Mädchenklasse der Volksschule von Hagen (Westf.) unternahm, ereignete sich ein schweres Unglück. Beim Ueberqueren über die Lenne kippte der Kahn um. Sieben Mädchen fielen in Wasser. Drei nur konnten gerettet werden, die vier anderen, im Alter von 13 bis 14 Jahren, ertranken.

Zwei französische Fliegerunteroffiziere verunglückt. Aus Reims wird gemeldet: Zwei Unteroffiziere, die während der Manöver in der Umgegend von Sainte-Menehould mit einem Gindecker Flieger unternahmen, wurden durch einen Windstoß mit ihrem Apparat festig gegen den Erdboden geschleudert und schwer verletzt. Laminar-katastrophe in Norwegen. Nach einer Meldung aus Kristiania sind in Hol (Gudbrandsdal) in der Nacht zum Donnerstag durch zwei Laminarströme drei Bauernhöfe zerstört worden, wobei 15 Personen, darunter fünf Kinder, ihren Tod fanden.

Brückeneinsturz auf der Wolga. Wie aus Sydran gemeldet wird, stürzte auf der Wolga eine Brücke ein, wobei die Tribüne auf einen Lastkahn fielen, der zerbrach. Personen wurden nicht verletzt.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Die Teilnehmerliste für die 2-3tägige Osterwanderung nach Westenburg (Neu-Ruppin-Rheinberg-Färdenberg-Lochen) liegt im Jugendheim zur Einzeichnung aus. Offenschluß: Montag, den 17. März. Am selben Tage, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim eine Teilschmerz Zusammenkunft statt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 9. 29). Hamburg. Illustrierte Baumaterialienzeitung. Der Mitglieder, die in Reptom wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 15. März, im Lokal von Jul. Schmitz, Riefholzerstr. 22, abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, laffert wird.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Am Sonntag, den 16. März, findet keine Tour statt. Vom 21.-25. März unternimmt unser Verein nachfolgende Ostertour und bitten wir alle Genosseninnen und Genossen, welche sich an der Tour beteiligen wollen, am Mittwoch, den 19. März, abends 8 Uhr, in unserem Vereinslokal A. Wälders, Schillerstr. 22, zu erscheinen. 1. Tag: Alt-Gütendorf-Angermünde. 2. Tag: Angermünde-Schwedt a. D. 3. Tag: Schwedt a. D.-Röhmigberg i. Neum. 4. Tag: Röhmsberg i. Neum. — Jelden — Frielenswalde. 5. Tag: Frielenswalde-Neuesberg. Die Teilnehmer können sich an einem beliebigen Tag der Tour anschließen resp. zurückfahren.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Drittgruppe Berlin. Sonntag, den 16. März. Wanderungen I: Spandau-Horshaus Nieder-Reutendorf-Hohenschöpping-Birkenwerder. Abfahrt nach Spandau vom Lehrter Hauptbahnhof 7³⁰. — II. Hennigsdorf-Hohenschöpping-Birkenwerder. Abfahrt nach Birkenwerder vom Steilener Bahnhof vorm. 11³⁰.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist Jordan das 24. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Lamm. Von R. H. — Marx' Bekanntheit. Von R. Rosenoff. — Die Akkumulation des Kapitals. Von Otto Bauer. Wien. (Zählz.) — Landarbeiteranstaltung und Sozialdemokratie. Von Otto Braun. — Zeitschriftenkassen.

Wetterprognose für Freitag, den 14. März 1913. Bielefeld heiter und am Tage mild, aber veränderlich, mit etwas Regen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 12. März 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,42 bis 19,50, mittel 19,25-19,34, geringe 19,10-19,15. Roggen, gute Sorte 16,24-16,25, mittel 16,20-16,20, geringe 16,20-16,21 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 15,20-16,30, mittel 15,60-16,10, geringe 15,00-15,20. Hafer, gute Sorte 17,60-19,90, mittel 16,20-17,50 (jeft Wagen und ab Bahn). Weizenhalbenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Spelzbohnen, weiße 35,00-30,00. Linsen 35,00-30,00. Kartoffeln (Reinbbl.) 5,00-10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50-1,50. Schweinefleisch 1,60-2,00. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,20. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 3,60-5,60. 1 Kilogramm Karpfen 1,20-2,40. Kalk 1,60-3,20. Zander 1,80-3,60. Hechte 1,60-2,80. Barsch 1,00-2,40. Schlei 1,60-3,20. Flets 0,80-1,50. 60 Stück Stroh 4,00-24,00.

5 MAGGI'S Bouillon-Würfel 20 Pfg. Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie augenblicklich delikate Fleischbrühe zu Suppen, Gemüsen, Saucen und Trinkbouillon.

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI'S** Bouillon-Würfel und weise andere Marken zurück!

MAGGI'S gute, sparsame Küche!

Verbandstag der Steinseher.

Am Donnerstag setzte der Verbandstag die Diskussion über den Reichstarifvertrag fort.

Sie bewegte sich in denselben Bahnen wie am Tage zuvor. Gegen den Reichstarif an sich hatte niemand etwas einzuwenden. Nur der Einigungszwang war es, der von mehreren Rednern als unannehmbar erklärt wurde, während andere Redner die gegen den Einigungszwang geltend gemachten Bedenken zu zerstreuen suchten.

Ein Redner meinte, nur die Verbandsangestellten hätten hier für die unveränderte Annahme des Vertragsentwurfs gesprochen, während die bis jetzt zum Wort gekommenen Delegierten gegen den Einigungszwang eingetreten seien. Der Standpunkt der Delegierten entspreche der Stimmung der Mitglieder.

Gegen das Verlangen mehrerer Redner, die Mitglieder müssten erst zu dem Vertragsentwurf Stellung nehmen, wurde von Vorstandsseite bemerkt, dazu sei Gelegenheit gegeben worden, denn der Entwurf sei den Jütalen vor dem Verbandstage zugegangen, auch sei der Gedanke des Reichstarifs seit Jahren im Verbandsorgan behandelt worden.

Am 11. führte in seinem Schlusswort unter anderem aus: Es sei hier gesagt worden, die Steinseher sollten sich hüten, die erste Gewerkschaft zu sein, welche den Einigungszwang annimmt. Er wisse nicht, sagte der Redner, ob nicht schon die eine oder andere kleine Gewerkschaft den Einigungszwang angenommen habe.

Der Referent betonte, es wäre ihm lieber, wenn die Resolution ohne diesen Passus angenommen würde. In namentlicher Abstimmung wurde die ganze Resolution mit 78 Stimmen, welche 6099 Mitglieder vertreten, gegen 12 Stimmen, welche 1322 Mitglieder vertreten, angenommen.

Der Verbandstag erklärt sich mit dem vorliegenden Vertragsentwurf grundsätzlich einverstanden. Da es sich bei dem in dem Entwurf festgelegten Einigungszwang jedoch um ein ganz neues Prinzip handelt, so beschließt der Verbandstag als einmalige Ausnahme:

Für den Fall, daß bei dem Ablauf der ersten Reichstarifperiode (31. 12. 1915) eine größere Anzahl von Einzelstarifen durch Schiedspruch des Tarifamtes erledigt werden sollte, die die Zustimmung der in Betracht kommenden Tarifbezirke nicht finden, so hat die erstmalige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Schiedsprüche ein Verbandstag zu treffen.

Als nächster Punkt handelte die Beschränkung der Tagesordnung. Der vorige Verbandstag hat einen Beschluß gefaßt, dessen wesentlicher Punkt anerkennt, daß mit der zunehmenden Konzentration der Unternehmersonganisation und der dadurch bedingten Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe der Zusammenschluß mit einer Bruderorganisation notwendig werden kann und wird.

Der Referent An 011 sagte, es habe seinerzeit den Wunsch gehabt, daß sich die Steinseherunternehmer dem Bunde der Unternehmer im Baugewerbe anschließen und dessen Vorgehen gegen die Arbeiter mitmachen würden. Das sei nicht geschehen, also lägen die Voraussetzungen einer Verschmelzung des Steinseherverbandes mit einer anderen Organisation zurzeit nicht vor.

an die Frau Behm erklärt diese, daß ihr Mann, nachdem ein Schuß gefallen sei, „Mama, Mama“ gerufen habe. Dies sei der Hofname gewesen, mit dem sie ihr Mann genannt habe. Kolbe habe unmittelbar nach der Tat geäußert: „Dein Oker hat einen bösen Schuß, der erste Schuß reichte wirklich nicht, er konnte bloß nach „Mama“ blöken!“ Bei einer anderen Gelegenheit habe Kolbe geäußert, er wolle die Leiche im Garten vergraben, dort gebe sie „schönen Dung für die „Apfelbäume“.

In einem zur Verlesung gedachten Brief an ihre Schwiegermutter erklärt Frau Behm, daß ihr von Kolbe erschossener Mann nun endlich ein anständiges Begräbnis in Mariendorf gefunden habe. Dieser Brief ist unterzeichnet: „Es mag Dich trotzdem zu grünen Deine Helene!“

Der Vorsitzende ermahnt wiederholt die Angeklagte Behm, keinerlei Einzelzüge zu machen, sondern die volle Wahrheit nimmend zu sagen. Es seien noch mehrere Punkte dringend der Aufklärung bedürftig: „Rüsten Sie den Schlichter, ehe es zu spät für Sie ist! Das Verdict ist sehr wohl in der Lage, auch die Frage nach Ihrer Mittäterschaft den Geschworenen zu unterbreiten. Überlegen Sie sich das ja; Sie haben noch zwei Tage Zeit und denken Sie daran, daß es eventuell auch um Ihren Kopf geht!“

Frau Behm erklärt auf weiteres Vorhalten, daß sie aus Angst vor Kolbe dem vorigen Schwurgericht alle die Mordchen aufgezählt habe. Die Nachricht von dem Verschwinden ihres Mannes an die Polizei habe sie beide aufgeführt. — Vorl.: Können Sie denn schreien? — Angekl.: Nein. — Vorl.: Sie haben angegeben, daß nach Ihrer Freisprechung Mitglieder einer Kamille Bengs mit allerlei Summungen an Sie herangetreten sind. Ist dies richtig? — Angekl.: Ja wohl! Man hat mir zureden wollen, doch auf der Straße Geld zu verdienen. Frau Bengs hatte mir sogar angeboten, mir Geld zur Lieberbedelung von Friedrichshagen nach Berlin und zur Einrichtung einer Wohnung in Berlin vorzuschlagen.

Auf Vorhalt des N.-L. Dr. Schmidt bestätigt Kolbe, daß Frau Behm von seinem Vorleben nichts gewußt habe, und daß er erst in letzter Zeit in intimen Verkehr mit ihr getreten sei, vorher aber ein solcher nicht bestanden habe.

Die Zeugenvernehmungen betrafen nur bereits bekannte Tatsachen. Aus den Zeugenaussagen sind folgende erwähnenswert: Herr Dr. Böttcher, der die ganze Voruntersuchung geführt und auch nach der Auffindung der Leiche die beiden Angeklagten vernommen hat, befand u. a. folgendes: Frau Behm habe bei letzterer Gelegenheit erklärt, Kolbe habe ohne ihr Wissen ihren Mann erschossen; Kolbe hätte ihr nach der Tat erzählt, er hätte Behm schon drei Tage vorher totschießen wollen; er sei aber damals gestört worden, auf die Frage, weshalb sie denn nicht von Anfang an die Wahrheit gesagt, erklärte Frau Behm: Kolbe habe ihr gedroht, sie totzuschießen, und wenn er eingesperrt werden sollte, so würden es andere tun. In den früheren Stadien des ganzen Strafverfahrens habe Frau Behm immer mit dem größten Eifer den Kolbe in Schutz genommen. Als Kolbe verhaftet werden sollte, habe die Angeklagte, die doch eigentlich froh hätte sein müssen, einen solchen Menschen, der sie angeblich bedroht, loszulassen, geschrien: Kolbe sei ihr Schutz und Schirm, ohne Kolbe gebe sie nicht nach Hause, lieber gebe sie auch in das Gefängnis. Auch später sei sie immer nachdrücklich für Kolbe eingetreten.

Der schon vorgesehene bei dem Kollateralm informatorisch vernommene Bahnwärter Dienst erklärt, daß er zwei Schüsse gehört habe, nach dem zweiten Schusse sei die Behm herausgelaufen. Kolbe habe ihm schon damals erzählt, daß Behm erschossen worden sei, er wolle aber die Frau schonen. Frau Behm habe sich nicht eines guten Rufes erfreut, der Väterwogen habe manchmal Stundenlang vor dem Behmschen Hause gehalten, wenn der Mann nicht zu Hause war. — Die Ehefrau dieses Zeugen befindet u. a., daß ihr Mann, nachdem er die beiden Schüsse gehört hatte, sofort zu ihr gesagt habe: „Wenn man da nicht etwas passiert ist.“ Einige Tage später habe sie eine von dem Behmschen Hause ausgehende Spur eines Handwagens wahrgenommen. Eines Tages habe Kolbe zu ihrem Platte gesagt, ihm sei nicht gut zumute, seitdem die Sache passiert sei. Auf die Aufforderung ihres Mannes, doch sein Gewissen zu erleichtern, habe Kolbe geantwortet, daß er dies nicht könne, da die Frau an der ganzen Sache schuld sei und diese wolle er schonen. Behm sei erschossen worden, und zwar, wie Kolbe seinerzeit erzählte, von einem Hauptmann. Anscheinend sollte hiermit jener Artillerieoffizier gemeint sein, mit dem Frau Behm in Schwedt in Beziehung gestanden hatte.

Die 17-jährige Mutter des Ermordeten, Frau Sophie Behm, erzählt als Zeugin, daß ihr verstorbenen Sohn von seiner Frau sehr viel gehalten habe, bis er dahinter gekommen sei, daß diese in Schwedt mit einem Artillerieoffizier ein Verhältnis hatte. Ihr Sohn sei ein lieber guter Mensch, der Stolz der Familie gewesen, der zu ihr niemals ein unvorsichtiges Wort gesprochen habe. In der letzten Zeit, als die Behms in Dabendorf wohnten, habe ihr Sohn in keiner Weise über seine Frau geredet. Als die Zeugin auf eine Frage des Vorsitzenden bestätigt, daß der jetzt in Stude geschnittene Koppid, auf dem sich Blausäure befand, noch bis zum Verschwinden ihres Sohnes in der Wohnung gelegen habe, erwähnt der Vorsitzende nochmals eindringlich die Angeklagte Behm, die Wahrheit zu sagen. — Eines Tages sei, so erzählt die alte Frau weiter, die Angeklagte zu ihr gekommen und habe gefragt, ob „Frang“, ihr Mann, bei ihr gewesen sei. Sie habe ihr dann erzählt, daß ihr Mann sie mit dem Revolver bedroht habe, hierbei habe ihm Scham vor dem Munde gestanden, er habe auch vor Blut mit den Augen gerollt. — Trotzdem die Angeklagte Behm nach ihrem jetzigen Geständnis längst wußte, daß ihr Mann umgebracht war, habe sie ihr, der Zeugin, gegenüber angegeben, er habe das ganze Geld mitgenommen und sei sogar mit einem schmutzigen Argenen weggegangen. Einige Tage später habe ihre Schwiegermutter ihr erzählt, ihr Mann liege im Elisabeth-Krankenhaus. Gleich darauf kam sie nochmals und erklärte, daß dies ein Verstum sei.

Die Verhandlungen wurden auf heute um 9 1/2 Uhr vertagt.

Zur Irrenangelegenheit. Mitte November v. J. verhandelte die Bonner Strafkammer in einem Verleumdungsprozeß gegen den Kommerzienrat Ursprung in

Parmen und den verantwortlichen Redakteur der „Oberessener Zeitung“, Heeg. Beide Angeklagte hatten sich in Zeitungsdarstellungen mit der aufsehenerregenden und ungerechtfertigten Internierung der achtzigjährigen Rentiere Peil, der Schwiegermutter des würtembergischen Hofkapellmeisters Professor v. Schilling, in der Anstalt des Geheimen Sanitätsrats v. Ehrenwall bei Ahrenweiler besetzt. In der Verhandlung war von einem Verteidiger behauptet worden, daß in der Anstalt des Geheimen Sanitätsrats v. Ehrenwall zunächst herrschten, wie sie in einer Irrenanstalt nicht sein sollten. Es wurden von dem Verteidiger schwere Vorwürfe gegen die Leitung wie gegen die Ärzte der Anstalt erhoben. Im Interesse seiner Anstalt hatte Geheimrat v. Ehrenwall kurz nach jenem Prozeß ein Verfahren gegen sich selbst beantragt. Daraufhin wurde eine eingehende Untersuchung angeordnet. Das Resultat war, daß die Staatsanwaltschaft ein Verfahren abgelehnt hat, da sich nicht die mindesten Spuren eines Beweises für die fraglichen Behauptungen ergeben hätten.

Im Interesse einer Aufklärung hätte die Vernehmung der Zeugen in öffentlicher Sitzung gelegen.

Aus Industrie und Handel.

Schweizer-Vorbau.

In einer außerordentlichen Generalversammlung des Schweizer Bergwerksvereins wurde gestern die Interessengemeinschaft mit den Vereinigten Hüttenwerken Vurbach-Gis-Dählungen beschlossen. Zur Begründung bewies die Verwaltung darauf, daß der Gedanke von dem Hüttenverein ausgegangen sei mit der Absicht, sich für seinen großen Kolbedarf eine eigene Zeche zu sichern, und die Möglichkeit zu schaffen, eine Stätte für das Weiterarbeiten der Kohlfosse zu finden. Bei dem Schweizer Bergwerksverein komme in Betracht, daß er mit dem Kolbedarf auf das lothringisch-luxemburgische und ostfranzösische Ablaßgebiet abgewiesen sei, wogegen ihm das rheinisch-westfälische verschlossen bleibe. Man sei um so eher zu dem Abkommen mit dem Hüttenverein gekommen, als nur noch ein luxemburger Werk bestünde, das sich vom Kohlenbezug noch nicht unabhängig gemacht habe. Gleichzeitig würden die Hütten des Schweizer Bergwerksvereins in die Lage versetzt, die Weiterverarbeitung kräftig auszubauen.

Zur Gründung eines Röhrenfabrikats. Die Verhandlungen wegen Gründung eines Gesamtrohrfabrikats auf Grund der von dem Mannesmann-Röhrenwerken vorgelegten Vorschläge haben noch zu keinem positiven Ergebnis geführt und sind vertagt worden. An dem Ausbau der bestehenden Konvention wird gearbeitet. Auch die Firma Stamm ist jetzt der Konvention beigetreten.

Krupp in Ungarn. Wie der „Verl. Börsen-Courier“ erzählt, wird die Firma Krupp zusammen mit den Skodawerken zu Pilsen (dem österreichischen Krupp) eine Kanonenfabrik in Ungarn errichten.

Aus der Frauenbewegung.

Die Geburtenbeschränkung — eine revolutionäre Waffe?

Am Dienstagabend wiederholte Frauenteilnehmerin Dr. Alfred Bernstei in einer öffentlichen Frauenversammlung des sechsten Wahlkreises Ausführungen, die er in der vergangenen Woche bereits im zweiten Wahlkreis gemacht hat (vgl. „Vorwärts“ vom 7. d. M.) Neben dem Alkoholopfer, dem Austritt aus der Landeskirche und dem Generalstreik hält Alfred Bernstein die künstliche Geburtenbeschränkung für eine wirkliche Waffe im Befreiungskampf der Arbeiter, für eine revolutionäre Waffe. Wie wenig der politische und soziale Befreiungskampf von der Geburtenbeschränkung abhängig ist, geht allein daraus hervor, daß gerade der unselbständige und selbständige Mittelstand und die französische Bauernbevölkerung dieses angeblich revolutionäre Mittel am kräftigsten anwenden. Jedenfalls wissen wir nichts davon, daß französische Bauern oder deutsche Beamte und Kaufleute durch ihre weit geringere Fruchtbarkeit irgendwie den sozialen Befreiungskampf unterstützen oder fördern. Die Sozialdemokratie bedenkt es niemand, daß er unter den heutigen Verhältnissen zu der künstlichen Geburtenbeschränkung schreitet; sie wendet sich daher gegen die Beschränkungen im Handel mit antikonzeptionellen Mitteln (die insbesondere auch für die Eindämmung der Geschlechtskrankheiten, der kriminellen Abtreibungen und des Kindesmordes von Wichtigkeit sind) und bekämpft die harten Strafen auf Abtreibung. Aber das alles geschieht aus Ermüdungen heraus, die mit dem Ziel ihres politischen Befreiungskampfes nichts zu tun haben. Alfred Bernstein begehrt einen Fehlschlag, wenn er von dem Geburtenrückgang eine Verringerung sozialen Elends erhofft. Für die Lage einer Klasse ist ihre ökonomische und politische Machtstellung entscheidend. Nicht dadurch gewinnt das Proletariat gegenüber der Bourgeoisie an Kraft, daß seine Angehörigen nur noch zwei statt vier Kinder besitzen. Die Zunahme der Geburtenbeschränkung ist in politischer Hinsicht keine Erscheinung, die von der Sozialdemokratie besonders zu fördern oder auch zu bekämpfen wäre. Politisch kommt sie für die Sozialdemokratie nur insofern in Frage, als sie der Ausbreitung wirtschaftlicher Not ist, der durch Verringerung der Zoll- und Steuerpolitik und durch den gewerkschaftlichen Kampf zu steuern ist.

Damen der Gesellschaft als Krankenpflegerinnen im Kriege. Die von Professor Clairmont in Wien zur Sprache gebrachte moralische Unzulänglichkeit der feinen Damen als Kriegspflegerinnen kam in der Versammlung der Gesellschaft der Ärzte am 28. Februar nochmals zur Sprache. Im Namen Clairmonts trat Dr. Breitner dem Oberstabsarzt Steiner, der kürzlich einen abweichenden Standpunkt eingenommen hatte, entgegen. Er nannte die Erfahrungen, die er gemacht hatte, vernichtend für die Verwendbarkeit der Frauen im Kriege, meinte aber nur die Damen, da die ausgezeichneten Leistungen der Ordensschwester besonders betont werden. Bei jenen aber habe überhaupt der Wille zur Arbeit gefehlt. Nicht eine erwarb sich das Anrecht auf unser uneingeschränktes Lob. Sie haben alle versagt. Sie haben ihre göttliche Unfähigkeit, sich in einer harten, schweren Situation opfermüßig zurechtfinden, mit schauerlicher Deutlichkeit erwiesen. Keine kam rechtzeitig zur Arbeit. Die Ärzte mühten die Patienten selbst ausgiebig, reinigten, beteten, alles, was irgend „unappetitlich“ war, selbst besorgen. Manche wandten sich mit offensbarem Abscheu ab, was die Verwundeten tief berleben mußte. Während die Ärzte Armeelärnen annähten, unterhielten sich die Damen mit leichtverwundeten Offizieren. Wenn man zwei Monate lang mit allen diesen vornehmen Samariterinnen derartige Erfahrungen macht, kann kaum ein anderes, als ein vernichtendes Urteil erwartet werden. Es schelte am guten Willen. ... Prof. Clairmont hat die laienlose Sensationslust, Vorzeit im Dienste, Disziplinlosigkeit, Mangel an Aufopferungsfähigkeit mit aller Schärfe zurückgewiesen. Unsere Erfahrungen haben ihn dazu vollaus berechtigt. — Ob diese Damen im Seebad, beim Wintersport und auf Wohlthatenstafetten auch so versagt haben? Die soziale Unbrauchbarkeit einer Klasse, die nur zum Genuße auf Rollen rollen und zur geschlechtlichen Neigung ihrer Mäntel herangezogen wird, ist noch kaum je so scharf wie hier aus dem Leben und sicher sehr „ordnungs-treuer“ wurde geschildert worden. Und damit diese taufflosen Hölzer in Wang und Duff das Leben durchatmen, müssen zahllose wertvolle, wertschaffende Glieder der Volksgemeinschaft auf den geringsten Anteil an den Gütern des Lebens verzichten, müssen sich selbst und ihre Kinder in Not und Verklümmung dahinschieben.

Gerichts-Zeitung.

Der Mord in Dabendorf.

Landgerichtsrat Nebel eröffnete die gestrige Sitzung um 9 1/2 Uhr. Da sich der Angeklagte Kolbe bei dem gestrigen Kollateralm in einem starken Gegensatz zu seinen früheren Behauptungen gesetzt hatte, wurden von dem Vorsitzenden eine Reihe von Fragen an ihn gerichtet, die aber eine Erklärung jener Widersprüche nicht brachten. Der Vorsitzende bringt hierbei zur Sprache, daß der Angeklagte Kolbe, nachdem ihm von dem Kriminalkommissar Lehner das Geständnis der Frau Behm vorgehalten worden war, erklärt hatte, er wolle jetzt öffentlich aussprechen, denn ein paar Jahre Justizhaus seien ihm lieber als eine Einweisung. Kolbe bestreitet auf Vorhalt diese Behauptung. Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden

